



Rheinland-Pfalz

STATISTISCHES LANDESAMT

01 | 2013

STATISTISCHE MONATSFESTE




Statistik nutzen

Aus dem Inhalt:

Zensus 2011

Hochschulen 2011/12

Einkommensverteilung 2007



Fotonachweis

T i t e l f o t o : Werner Schwarz, Romantischer Rhein Tourismus GmbH (Motiv: Sankt Goarshausen)

In den vergangenen beiden Jahren wurde erstmals in Deutschland ein registergestützter Zensus durchgeführt, um differenzierte Daten über die Bevölkerung sowie die Gebäude- und Wohnungsbestände zum Stichtag 9. Mai 2011 zu erhalten. In dieser Ausgabe der Statistischen Monatshefte wird über die Vorbereitung und Durchführung der Gebäude- und Wohnungszählung in Rheinland-Pfalz berichtet, bei der rund 1,1 Millionen Eigentümerinnen und -eigentümer von Gebäuden und Wohnungen postalisch zu ihren Immobilien befragt wurden. Ziel dieser Erhebung ist es, flächendeckende Bestandsdaten zur Wohninfrastruktur unterem anderem als Grundlage für Planungen auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen zu erhalten.

B e i l a g e : Informationsbroschüre zum Band "Die Landwirtschaft"

01 | 2013

STATISTISCHE MONATSHEFTE

66. Jahrgang

kurz + aktuell 3

Industrie ■ Bauhauptgewerbe ■ Bruttoinlandsprodukt
Außenhandel ■ Erwerbstätigkeit ■ Gründungen ■ Insolvenzen
Tourismus ■ Landwirtschaft ■ Bevölkerung ■ Bildung
Soziales ■ Energie ■ Verkehr

Verbraucherpreise 20

Rheinland-Pfalz in Karten: Einschulungen im Schuljahr 2012/13
nach Verwaltungsbezirken 21

Zensus 2011 – Teil 1: Durchführung der Gebäude- und
Wohnungszählung 22

Hochschulen 2011/12 – Teil 2 : Durchschnittlicher Mittel-
einsatz je Studentin und Student deutlich gestiegen 29

Einkommensverteilung 2007 – Analyse der Lohn- und
Einkommensteuerstatistik mit besonderer
Betrachtung der Einkommensmillionäre 41

Daten zur Konjunktur 56

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz 89

Neuerscheinungen 105

Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z2201, ISSN: 0174-2914

Kostenfreier Download im Internet unter www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2013

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

Industrieproduktion im Oktober höher als im Vormonat

Im Vergleich zum Vormonat stieg die Produktion in der rheinland-pfälzischen Industrie im Oktober 2012 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 2,7 Prozent. Insbesondere die Konsumgüterhersteller (+8,2 Prozent) produzierten mehr als im September. Auch die Vorleistungsgüterproduzenten (+2,6 Prozent) erhöhten ihren Output, während im Investitionsgüterbereich die Produktion um 1,5 Prozent sank. Von den drei großen rheinland-pfälzischen Industriebranchen verzeichnete die chemische Industrie einen Zuwachs des Güterausstoßes um 3,6 Prozent. Dagegen verbuchten der Fahrzeugbau (-4,4 Prozent) und der Maschinenbau (-2,2 Prozent) Rückgänge.

Gegenüber dem Vorjahr sank der Output der rheinland-pfälzischen Industrie im Oktober 2012 um 1,1 Prozent. Sowohl die Investitionsgüterproduzenten (-6,7 Prozent) als auch die Vorleistungsgüterproduzenten (-3,3 Prozent) stellten weniger her als im Vorjahr. Dagegen stieg die Produktion bei den Konsumgüterherstellern kräftig um elf Prozent. Von den drei großen Branchen registrierten der Maschinenbau (-12 Prozent), der Fahrzeugbau (-11 Prozent) und die chemische Industrie (-4,6 Prozent) einen geringeren Güterausstoß als im Oktober 2011.

Auftragseingänge in der Industrie im Oktober rückläufig

Im Vergleich zum Vormonat sank der Auftragseingang im Oktober 2012 preis-, kalender- und saisonbereinigt

Konjunktur in Rheinland-Pfalz

Gütergruppe / Branche	Okt. 2012	Jan. bis Okt. 2012	
	Sep. 2012	Okt. 2011	Jan. bis Okt. 2011
Veränderung des Indexwertes ¹ zu			
Entwicklung der Produktion			
Industrie	2,7 % ↑	-1,1 % ↓	-0,9 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	2,6 % ↑	-3,3 % ↓	-3,6 % ↓
Investitionsgüterproduzenten	-1,5 % ↓	-6,7 % ↓	2,9 % ↑
Konsumgüterproduzenten	8,2 % ↑	10,6 % ↑	0,5 % ↑
Chemie	3,6 % ↑	-4,6 % ↓	-4,2 % ↓
Fahrzeugbau	-4,4 % ↓	-10,8 % ↓	4,4 % ↑
Maschinenbau	-2,2 % ↓	-12,2 % ↓	-1,6 % ↓
Entwicklung der Auftragseingänge			
Industrie	-0,6 % ↓	-3,8 % ↓	-3,0 % ↓
Inland	-3,5 % ↓	-7,2 % ↓	-5,3 % ↓
Ausland	1,8 % ↑	-1,2 % ↓	-1,2 % ↓
Vorleistungsgüterproduzenten ²	2,0 % ↑	5,3 % ↑	0,2 % ↑
Investitionsgüterproduzenten	-3,3 % ↓	-11,7 % ↓	-6,9 % ↓
Konsumgüterproduzenten	-0,8 % ↓	-10,1 % ↓	-2,2 % ↓
Chemie	3,2 % ↑	9,5 % ↑	1,9 % ↑
Fahrzeugbau	-1,9 % ↓	-10,9 % ↓	-8,0 % ↓
Maschinenbau	-4,6 % ↓	-11,8 % ↓	-7,6 % ↓

1 Preis-, kalender- und saisonbereinigte Werte. – 2 Einschließlich Energie.

um 0,6 Prozent. Während sich die Inlandsnachfrage um 3,5 Prozent verschlechterte, stieg die Auslandsnachfrage um 1,8 Prozent. Insbesondere die Investitionsgüterproduzenten (-3,3 Prozent) waren von dem Rückgang der Nachfrage betroffen. Auch die Konsumgüterproduzenten (-0,8 Prozent) verzeichneten weniger Auftragseingänge, während die Vorleistungsgüterproduzenten (+2 Prozent) mehr Bestellungen erhielten. Von den drei großen Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie verbuchten der Maschinenbau (-4,6 Prozent) und der Fahrzeugbau (-1,9 Prozent) einen Auf-

tragsrückgang. Die chemische Industrie verzeichnete eine um 3,2 Prozent höhere Nachfrage als im September.

Gegenüber dem Vorjahresmonat gingen die Auftragseingänge um 3,8 Prozent zurück. Die Inlandsnachfrage fiel um 7,2 Prozent niedriger aus als im Oktober 2011, im Auslandsgeschäft wurde ein Auftragsminus von 1,2 Prozent verbucht. Die Investitionsgüterproduzenten (-12 Prozent) und die Konsumgüterproduzenten (-10 Prozent) verzeichneten einen deutlichen Rückgang. Dagegen verbesserte sich die Nachfrage bei den Vorleistungs-

Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



güterproduzenten um 5,3 Prozent. Der Maschinenbau (-12 Prozent) und der Fahrzeugbau (-11 Prozent) verbuchten zweistellige Rückgänge, während in der chemischen Industrie 9,5 Prozent mehr Aufträge eingingen als im Vorjahresmonat.

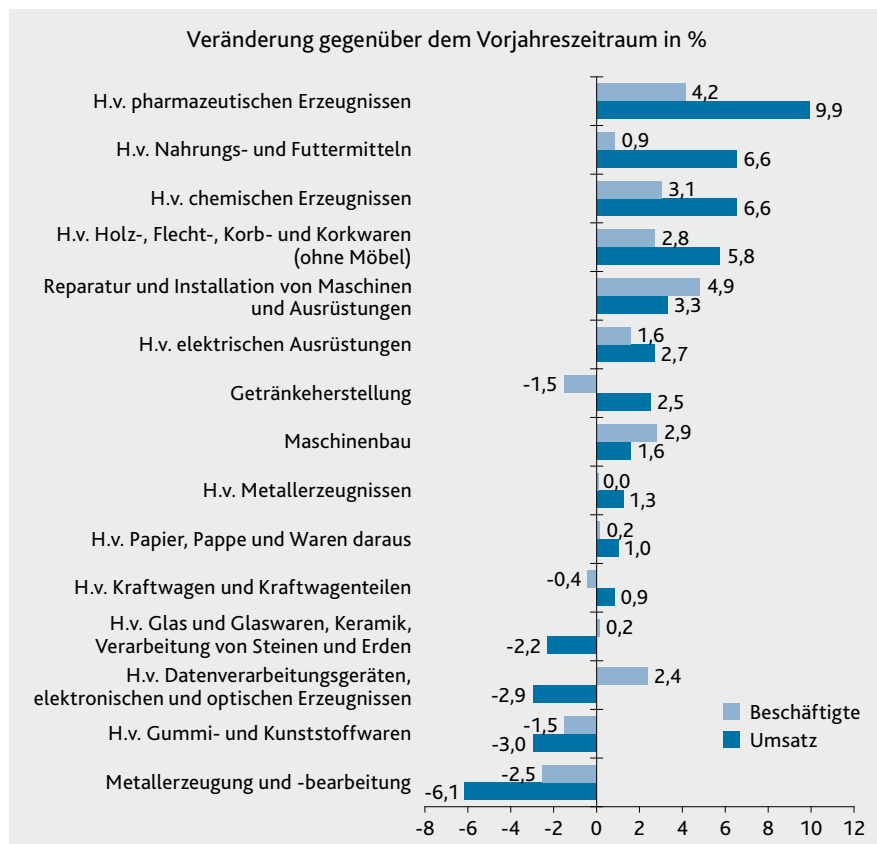
Industrieumsätze bis Oktober im Plus

Die rheinland-pfälzische Industrie erzielte in den ersten zehn Monaten des Jahres 2012 Umsätze in Höhe von 71,2 Milliarden Euro. Das waren drei Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +1,6 Prozent). Die Auslandserlöse stiegen deutlich um 5,5 Prozent (Deutschland: +2,8 Prozent), die Inlandsumsätze um 0,2 Prozent (Deutschland: +0,6 Prozent). Der Auslandsumsatz machte 54 Prozent des Gesamtumsatzes aus (Exportquote Deutschland: 46,7 Prozent).

Die Zahl der Beschäftigten lag mit 251 050 um 2 800 bzw. 1,1 Prozent über dem Wert von Oktober 2011 (Deutschland: +1,6 Prozent). Von Januar bis Oktober wurden 1,6 Prozent mehr Arbeitsstunden geleistet als im gleichen Vorjahreszeitraum (Deutschland: +1,9 Prozent).

Sieben der zehn umsatzstärksten rheinland-pfälzischen Industriebranchen erwirtschafteten in den ersten zehn Monaten mehr Umsatz als im Vorjahreszeitraum. Vor allem die Produzenten von pharmazeutischen Erzeugnissen meldeten erneut überdurchschnittliche Erlöszuwächse (+9,9 Prozent). Die gute Entwicklung wurde hier maßgeblich von der

Umsätze von Januar bis Oktober 2012 und Beschäftigte im Oktober 2012 in der Industrie nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Inlandsnachfrage bestimmt (+12,5 Prozent), aber auch das Auslandsgeschäft florierte (+8,7 Prozent). Mit größerem Abstand folgten die chemische Industrie und die Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln mit jeweils +6,6 Prozent. In der Metallerzeugung und -bearbeitung fielen die Erlöse dagegen deutlich niedriger aus (-6,1 Prozent): Der Zugewinn im Auslandsgeschäft (+2,6 Prozent) konnte den zweistelligen Rückgang der Inlandserlöse (-14,7 Prozent) nicht kompensieren.

Die meisten umsatzstarken Industriezweige zählten mehr Beschäftigte als im Oktober 2011. Die Pharmaindustrie erhöhte ihren Personalstand um

4,2 Prozent. Die chemische Industrie legte um 3,1 Prozent zu, der Maschinenbau um 2,9 Prozent. Die Metallerzeugung und -bearbeitung (-2,5 Prozent), die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (-1,5 Prozent) sowie von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (-0,4 Prozent) wiesen einen niedrigen Personalbestand auf als ein Jahr zuvor.

Bauhauptgewerbe gegenüber Oktober 2011 im Plus

Die Auftragseingänge im rheinland-pfälzischen Bauhauptgewerbe sind im Oktober im Vorjahresvergleich um 16 Prozent gestiegen. Gegenüber dem Vormonat September kam es

dagegen zu einer deutlichen Verschlechterung um 19 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich um 1,6 Prozent gegenüber dem Ergebnis vom Oktober 2011, im Vormonatsvergleich war ein Anstieg um 11,5 Prozent zu verzeichnen.

Gegenüber dem Vorjahresmonat stiegen die Auftragseingänge um 16 Prozent. Der Anstieg der Nachfrage im Hochbau (+18 Prozent) ist vor allem auf die günstige Entwicklung im öffentlichen Hochbau zurückzuführen (+78 Prozent). Der Tiefbau (+15 Prozent) verbuchte ebenfalls eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Vorjahresergebnis.

Im Vergleich zum Oktober 2011 legte der baugewerbliche Umsatz um 1,6 Prozent auf knapp 293 Millionen Euro zu. Während die Umsätze im Hochbau anzogen (+5,2 Prozent auf rund 141 Millionen Euro), war im Tiefbau ein leichter Rückgang zu verzeichnen (-1,5 Prozent auf etwa 151 Millionen Euro).

Gegenüber dem September 2012 verschlechterte sich die Nachfrage nach Bauleistung um 19 Prozent. Sowohl der Hochbau (-18 Prozent) als auch der Tiefbau (-20 Prozent) hatten beträchtliche Einbußen zu verkraften. Lediglich der Wohnungsbau verbuchte steigende Auftragseingänge (+15 Prozent).

Der Umsatz lag um 11,5 Prozent höher als im September 2012. Im Hochbau wurde ein Plus von 15 Prozent registriert, im Tiefbau von 8,1 Prozent.

In den ersten zehn Monaten 2012 verbesserten sich die Auftragseingänge

Konjunktur im Bauhauptgewerbe

Indikator	Okt. 2012		Jan. bis Okt. 2012	
	Veränderung des Indexwertes zu			
	Sep. 2012	Okt. 2011	Jan. bis Okt. 2011	
Auftragseingang	-19,0 % ↓	16,1 % ↑	3,4 % ↑	
Hochbau insgesamt	-18,3 % ↓	17,8 % ↑	5,5 % ↑	
Wohnungsbau	15,4 % ↑	10,9 % ↑	14,9 % ↑	
gewerblicher Hochbau	-18,4 % ↓	-4,5 % ↓	-4,1 % ↓	
öffentlicher Hochbau	-37,0 % ↓	78,0 % ↑	13,9 % ↑	
Tiefbau insgesamt	-19,7 % ↓	14,7 % ↑	1,6 % ↗	
gewerblicher Tiefbau	-3,2 % ↓	6,8 % ↑	-10,9 % ↓	
öffentlicher Tiefbau	-8,5 % ↓	4,4 % ↑	-2,2 % ↓	
Straßenbau	-28,9 % ↓	24,8 % ↑	9,3 % ↑	
Baugewerblicher Umsatz	11,5 % ↑	1,6 % ↗	0,0 % →	
Hochbau insgesamt	15,3 % ↑	5,2 % ↑	6,0 % ↑	
Wohnungsbau	18,0 % ↑	24,4 % ↑	23,0 % ↑	
gewerblicher Hochbau	15,8 % ↑	-4,8 % ↓	-0,3 % ↓	
öffentlicher Hochbau	10,3 % ↑	2,8 % ↑	-2,2 % ↓	
Tiefbau insgesamt	8,1 % ↑	-1,5 % ↓	-5,4 % ↓	
gewerblicher Tiefbau	-14,0 % ↓	-13,7 % ↓	-3,4 % ↓	
öffentlicher Tiefbau	27,9 % ↑	10,9 % ↑	-3,5 % ↓	
Straßenbau	7,8 % ↑	-3,0 % ↓	-7,1 % ↓	

im Bauhauptgewerbe gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,4 Prozent. Im Hochbau wurde ein Plus von 5,5 Prozent registriert; im Tiefbau kam es zu einem Anstieg um 1,6 Prozent.

Der baugewerbliche Umsatz blieb gegenüber dem Ergebnis der ersten zehn Monate des Vorjahres nahezu unverändert. Zu der Umsatzsteigerung im Hochbau (+6 Prozent) trug ausschließlich der stark verbesserte Wohnungsbau bei (+23 Prozent). Im Tiefbau wurde dagegen ein Umsatzrückgang um 5,4 Prozent beobachtet.

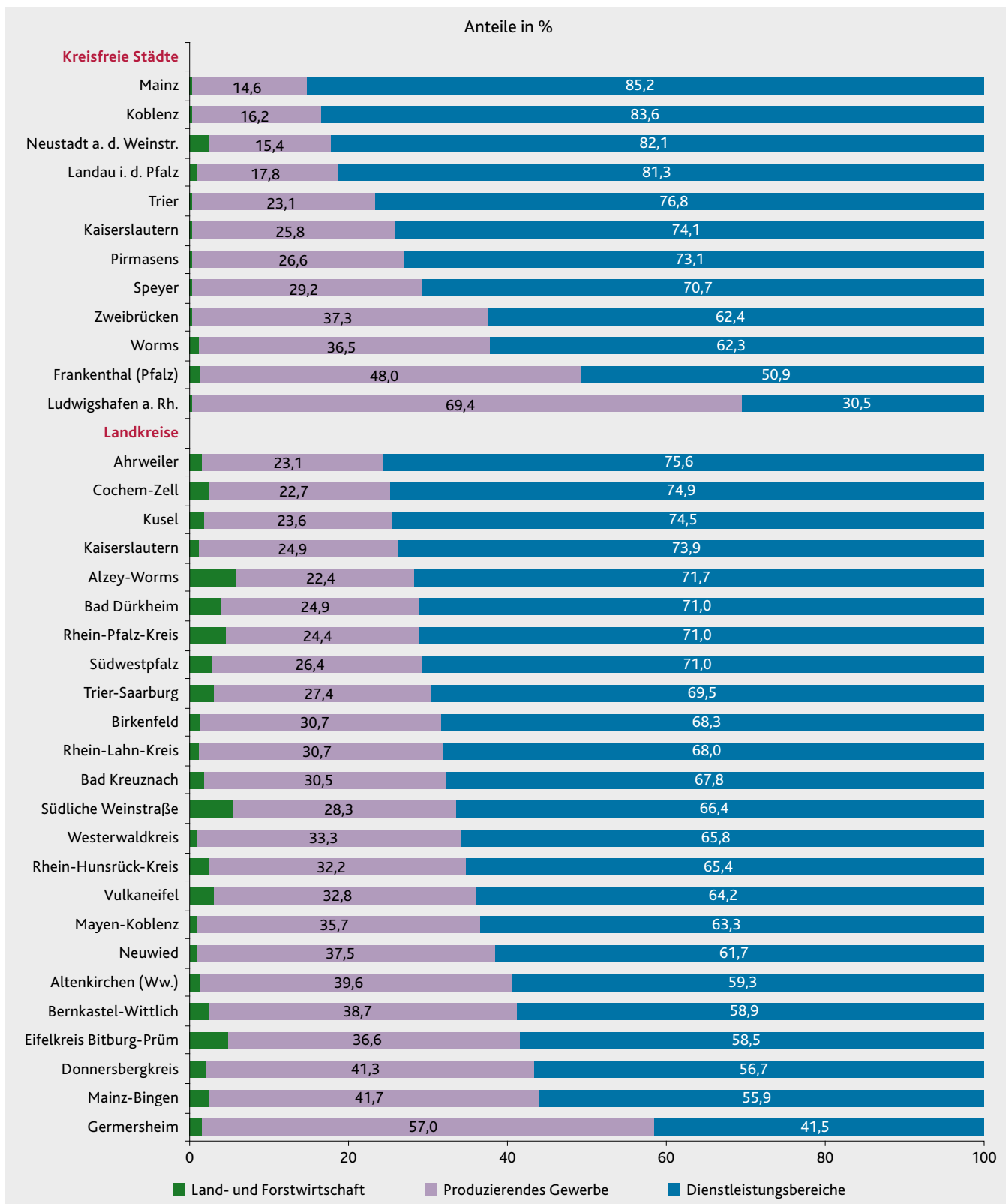
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen in Ludwigshafen mit Abstand am höchsten

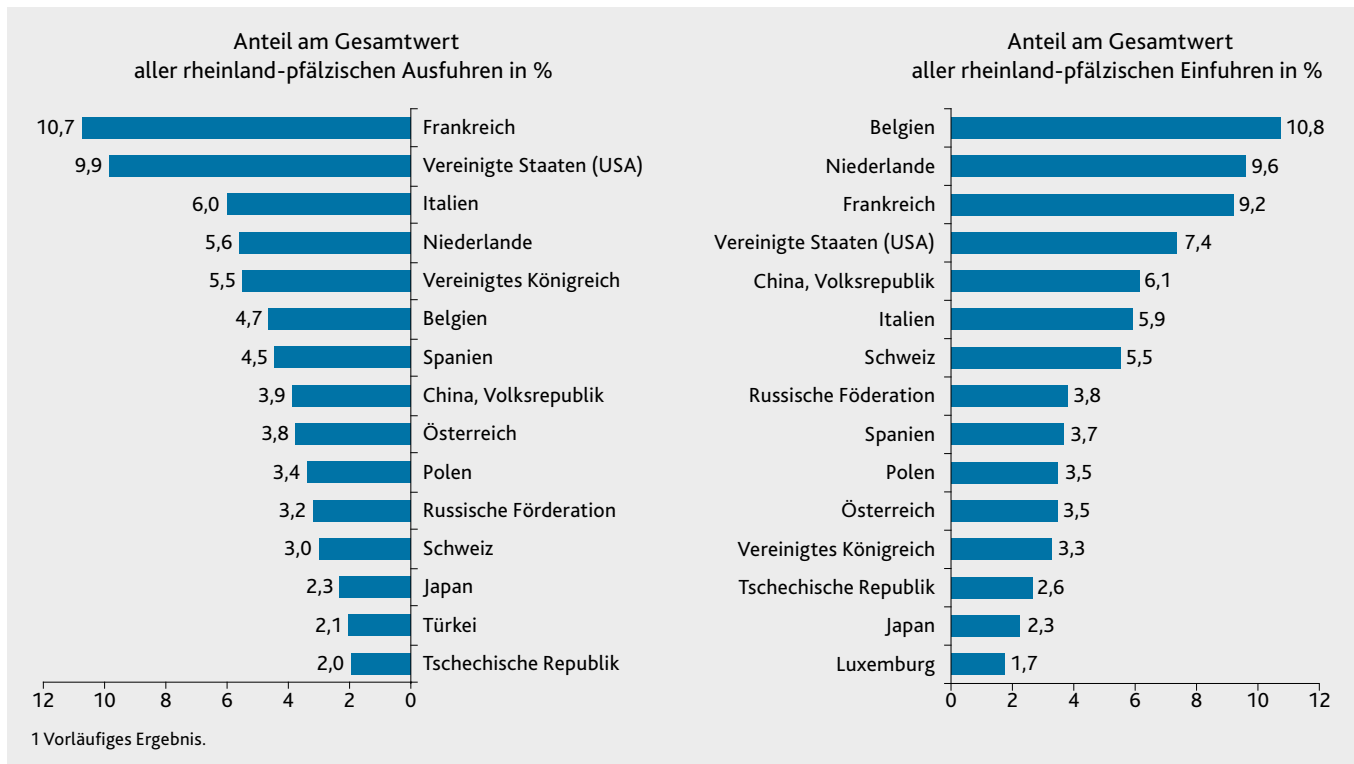
Jeder Erwerbstätige trug im Jahr 2010 im Landesdurchschnitt 57 615 Euro zum Bruttoinlandsprodukt bei. Der Wert lag in den Landkreisen mit

55 158 Euro deutlich niedriger als in den kreisfreien Städten mit 61 715 Euro. Der Durchschnitt der Städte wurde maßgeblich von Ludwigshafen bestimmt, wo jeder Erwerbstätige durchschnittlich 94 178 Euro erwirtschaftete, 63 Prozent mehr als im Landesdurchschnitt. Den höchsten Pro-Kopf-Wert unter den Landkreisen wies Mainz-Bingen mit 70 247 Euro auf.

Die Dienstleistungsbereiche trugen im Jahr 2010 mit Ausnahme von Ludwigshafen und Germersheim in allen Regionen mindestens zur Hälfte der gesamten Wertschöpfung bei. In den Städten Mainz, Koblenz, Neustadt an der Weinstraße und Landau lag der Anteil des tertiären Sektors sogar über 80 Prozent. In den Landkreisen Ahrweiler und Cochem-Zell kamen rund drei Viertel der gesamten Wert-

Bruttowertschöpfung 2010 nach Verwaltungsbezirken und Wirtschaftsbereichen



Die 15 wichtigsten rheinland-pfälzischen Außenhandelspartner 1.–3. Quartal 2012¹

schöpfung aus diesem Bereich. Dagegen dominiert in Ludwigshafen mit großem Abstand das produzierende Gewerbe; es hatte 2010 einen Anteil von gut 69 Prozent. Auch im Landkreis Germersheim wurde mit 57 Prozent der größere Teil der Wertschöpfung im sekundären Sektor erwirtschaftet.

Im Jahr 2010 stieg das Bruttoinlandsprodukt in fast allen Verwaltungsbezirken wieder an, nachdem die Wirtschaftsleistung im Krisenjahr 2009 in den meisten Gebieten gesunken war. Der Landkreis Germersheim und der Donnersbergkreis verzeichneten die kräftigsten Zuwächse (+27 bzw. +15 Prozent); allerdings war in diesen beiden Kreisen der Wert im Jahr zuvor auch am stärksten gesunken (–18 bzw. –13 Prozent).

Rekordwerte bei Aus- und Einfuhren

Der rheinland-pfälzische Außenhandel befindet sich nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 im dritten Jahr in Folge auf Wachstumskurs. Nach vorläufigen Zahlen wurden von Januar bis September 2012 Güter im Wert von gut 35,6 Milliarden Euro exportiert, das waren 4,1 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum (Deutschland: +4,1 Prozent). Der Exportwert übertraf damit in den ersten drei Quartalen die guten Ergebnisse der Jahre 2008 und 2011 und erreichte einen neuen Höchststand.

Noch deutlicher als die Exporte zogen die rheinland-pfälzischen Importe an. Von Januar bis September wurden

Waren im Wert von gut 23,9 Milliarden Euro eingeführt, das war ein Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2011 (Deutschland: +1,2 Prozent).

Die Europäische Union war mit einem Anteil von fast 57 Prozent aller Ausfuhren wichtigster Handelspartner. Allerdings lag der Wert der Exporte mit 20,2 Milliarden Euro um 1,3 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Für die negative Entwicklung waren die Ausfuhren in die Eurozone verantwortlich, die 14,5 Milliarden betrug und damit um 2,7 Prozent niedriger lagen als im Vorjahreszeitraum. Dagegen legten die Exporte in die übrigen EU-Länder um 2,4 Prozent auf 5,8 Milliarden Euro zu. Auch in die europäischen Staaten

außerhalb der EU wurde mehr exportiert. Das Volumen stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,4 Prozent auf 3,6 Milliarden Euro.

Nach Amerika wurden Waren im Wert von 5,3 Milliarden Euro ausgeführt (+27 Prozent), das waren 15 Prozent der rheinland-pfälzischen Exporte. Auf die USA entfielen davon 3,5 Milliarden Euro.

Waren für gut 5,2 Milliarden Euro – 15 Prozent des Ausfuhrvolumens – wurden nach Asien exportiert. Das waren 5,5 Prozent mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Wichtigster Abnehmer dort war China mit knapp 1,4 Milliarden Euro, gefolgt von Japan mit 809 Millionen Euro.

In den ersten neun Monaten des Jahres 2012 wurden Waren im Wert von 14,7 Milliarden Euro (+1,4 Prozent) aus EU-Ländern importiert, das entsprach 61 Prozent des rheinland-pfälzischen Einfuhrvolumens. Dabei kamen Produkte im Wert von 11,3 Milliarden Euro aus der Eurozone (–0,5 Prozent). Aus den anderen EU-Ländern wurden Waren im Wert von 3,3 Milliarden Euro eingeführt (+8,5 Prozent). Die aus Asien stammenden Lieferungen beliefen sich auf 3,5 Milliarden Euro (–3,3 Prozent), was einem Anteil von 14,5 Prozent entsprach. Importe aus Amerika machten mit einem Warenwert von 2,6 Milliarden Euro (+4,8 Prozent) insgesamt elf Prozent der rheinland-pfälzischen Einfuhren aus.

Die meisten der für den rheinland-pfälzischen Export bedeutenden Branchen verzeichneten in den

ersten drei Quartalen 2012 eine höhere Nachfrage aus dem Ausland. Überdurchschnittlich entwickelten sich insbesondere die Ausfuhren der Produzenten pharmazeutischer Erzeugnisse (+21 Prozent). Auch die Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+5,6 Prozent) sowie der Maschinenbau (+3,4 Prozent) meldeten deutliche Zuwächse. Die chemische Industrie, die umsatzstärkste rheinland-pfälzische Branche, lieferte gegenüber dem Vorjahreszeitraum insgesamt 0,8 Prozent mehr Waren ins Ausland. Rückläufig verlief indes das Exportgeschäft mit Gummi- und Kunststoffwaren (–3,8 Prozent) sowie mit Metallen (–0,6 Prozent).

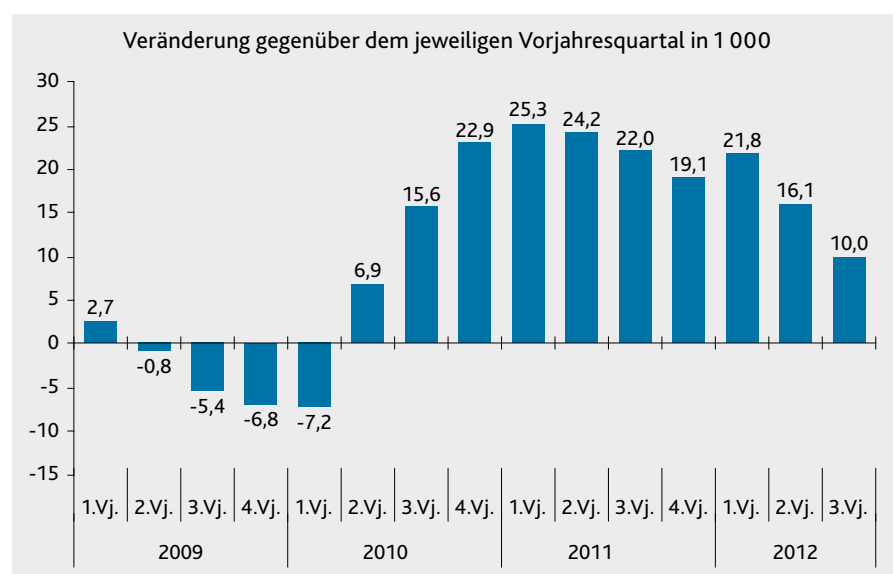
Erwerbstätigkeit stieg im dritten Quartal 2012 um 0,5 Prozent

Die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz hat im dritten Quartal 2012

weiter zugenommen. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder hatten durchschnittlich 1,929 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz, so viele wie noch nie. Dies waren 10 000 mehr als im dritten Quartal 2011 (+0,5 Prozent; Deutschland: +0,9 Prozent). Der Zuwachs schwächt sich allerdings ab. In den ersten beiden Quartalen 2012 hatte der Anstieg 1,2 bzw. 0,8 Prozent betragen.

Im produzierenden Gewerbe war weiterhin ein überdurchschnittlicher Anstieg festzustellen. Nachdem im vergangenen Jahr ein Zuwachs um 1,6 Prozent und in den ersten beiden Quartalen um 1,6 bzw. 1,2 Prozent zu verzeichnen war, nahm die Zahl der Erwerbstätigen hier im dritten Quartal 2012 um 5 300 bzw. 1,1 Prozent zu (Deutschland: +1 Prozent). Zu dieser positiven Entwicklung leis-

Erwerbstätige am Arbeitsort 2009–2012



tete das Baugewerbe einen erheblichen Beitrag; hier lag die Zahl der Arbeitsplätze um 1,9 Prozent höher als im dritten Quartal des Vorjahres (Deutschland: +1,2 Prozent). Im übrigen produzierenden Gewerbe war ein Zuwachs um 0,8 Prozent zu verzeichnen (Deutschland: +0,9 Prozent). In der Land- und Forstwirtschaft gab es einen Rückgang um 200 Personen bzw. 0,4 Prozent (Deutschland: -0,3 Prozent).

In den Dienstleistungsbereichen hat sich der Zuwachs deutlich abgeschwächt. Nach +1 bzw. +0,8 Prozent in den ersten zwei Quartalen, betrug der Anstieg im dritten Quartal gegenüber dem Vorjahresquartal nur noch 0,4 Prozent (Deutschland: +0,9 Prozent). Somit waren hier 4900 Personen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor. Zurückzuführen ist die im Vergleich zum zweiten Quartal deutlich geringere Zunahme auf den Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr, Information und Kommunikation“. Hier ging die Erwerbstätigenzahl um 0,6 Prozent zurück (Deutschland: +0,6 Prozent). Weiter gestiegen ist die Zahl der Arbeitsplätze dagegen im Bereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen“ mit +1,2 Prozent (Deutschland: +1 Prozent). Auch im größten Teilbereich des Dienstleistungssektors, „Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“, erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen, und zwar um 0,8 Prozent (Deutschland: +1 Prozent).

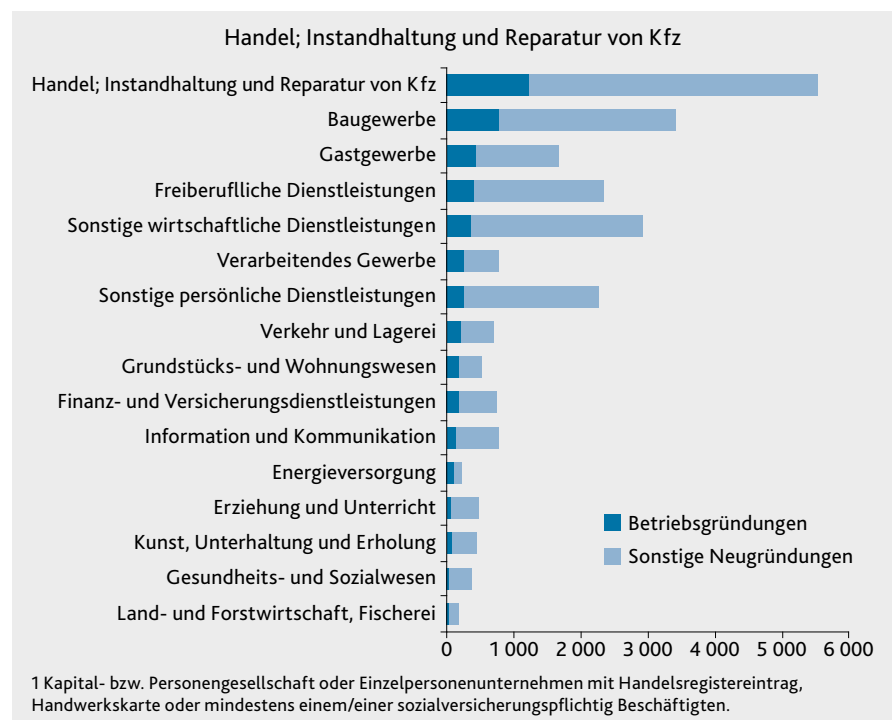
Weniger Betriebsgründungen in den ersten drei Quartalen 2012

In Rheinland-Pfalz wurden in den ersten drei Quartalen 2012 weniger Betriebe gegründet, bei denen aufgrund ihrer Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz vermutet werden kann. Die Zahl dieser sogenannten Betriebsgründungen ging im Vergleich zu den ersten drei Vorjahresquartalen um 4,1 Prozent auf 4771 zurück. Zu den Betriebsgründungen zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, bei denen ein Handelsregistereintrag oder eine Handwerkskarte vorliegt oder die mindestens einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen in den Monaten Januar bis September 2012 hatte der Bereich „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ mit einem Anteil von 26 Prozent. Es folgten das Baugewerbe mit einem Anteil von 16,5 Prozent, das Gastgewerbe (9,2 Prozent) sowie die Wirtschaftszweige „Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“ (8,1 Prozent) und „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ (8 Prozent).

Die Anzahl der sonstigen Neugründungen war in den ersten neun Monaten des Jahres 2012 um 8 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum; ihre Anzahl verringerte sich um 1622 auf 18561. Dieser Rückgang betraf insbesondere den Wirtschaftszweig

Betriebsgründungen¹ und sonstige Neugründungen
1.–3. Quartal 2012 nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen



„Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen“, in dem 400 sonstige Neugründungen weniger getätigt wurden, sowie den Bereich „Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen“ mit einem Rückgang um 337 Neugründungen. Als sonstige Neugründungen gelten Einzelunternehmen ohne Handelsregistereintrag oder Handwerkskarte, die nicht über sozialversicherungspflichtig Beschäftigte verfügen. Unter den 18 561 sonstigen Neugründungen waren 10 065 Gründungen im Nebenberuf.

In den ersten drei Quartalen 2012 wurden insgesamt 28 382 Gewerbe angemeldet, das waren 6,1 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Durch Neugründungen wurden 82 Prozent der Gewerbebeanmeldungen veranlasst, 11 Prozent entfielen auf Zuzüge aus anderen Gewerbebezirken, 6,5 Prozent auf Übernahmen infolge Kauf, Pacht, Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt sowie 0,3 Prozent auf Umwandlungen.

Die Zahl der Betriebsaufgaben stieg gegenüber dem Vorjahreszeitraum deutlich um 7,2 Prozent an. In den ersten drei Quartalen 2012 gab es 4 324 Betriebsaufgaben, bei denen Rechtsform und Beschäftigtenzahl auf eine größere wirtschaftliche Bedeutung schließen lassen. Die sonstigen Stilllegungen verringerten sich um 5 Prozent auf 18 588. Insgesamt wurden 27 727 Gewerbe abgemeldet, das waren 2,4 Prozent weniger als in den ersten drei Quartalen 2011.

Zahl der Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen nimmt ab

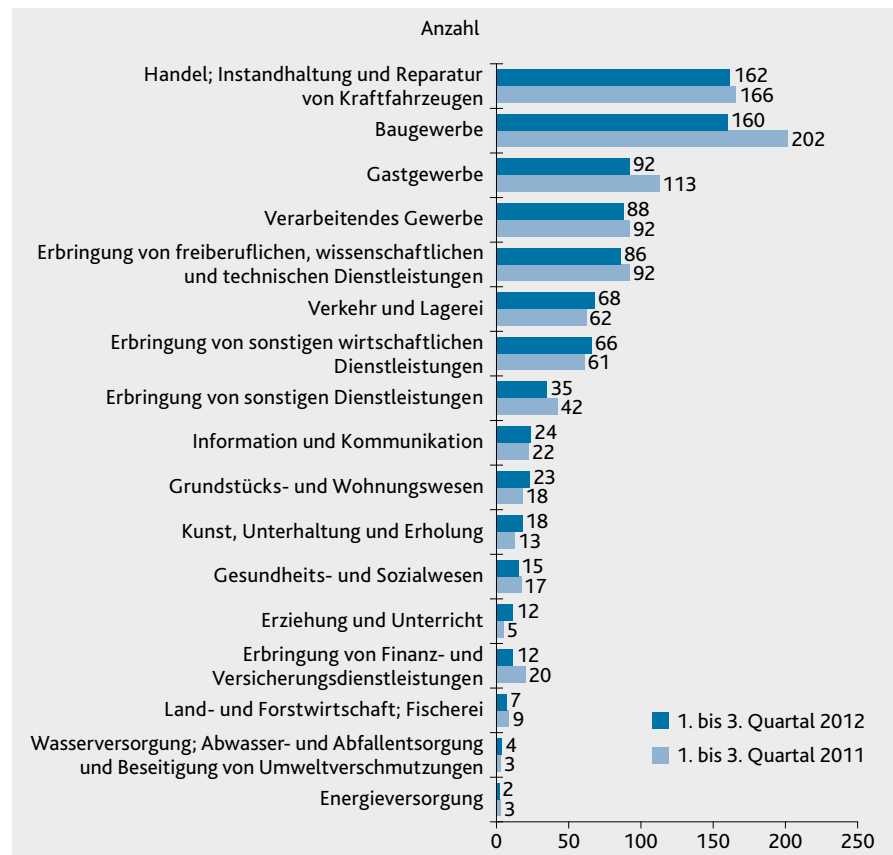
In den ersten neun Monaten des Jahres 2012 mussten merklich weniger rheinland-pfälzische Unternehmen einen Insolvenzantrag stellen als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ging gegenüber dem Vorjahreszeitraum um sieben Prozent auf 874 zurück. Dies ist der niedrigste Stand im vergleichbaren Zeitraum seit 2002. Die Zahl der Verbraucherinsolvenzen nahm leicht um ein Prozent auf 3 453 Fälle ab.

Von den in den ersten drei Quartalen 2012 beantragten Unternehmensin-

solvenzen waren insgesamt 3 820 Beschäftigte betroffen; die Zahl der gefährdeten Arbeitsplätze lag damit um 2,7 Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Die Summe der geltend gemachten Gläubigerforderungen überschritt mit 551 Millionen den Vorjahreswert deutlich um 34 Prozent. Somit war jedes insolvente Unternehmen durchschnittlich mit 630 321 Euro verschuldet (Januar bis September 2011: 436 705 Euro).

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen aus dem Wirtschaftszweig „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (162 Unternehmen) und dem Bau-

Unternehmensinsolvenzen 1.–3. Quartal 2011 und 2012 nach Wirtschaftszweigen



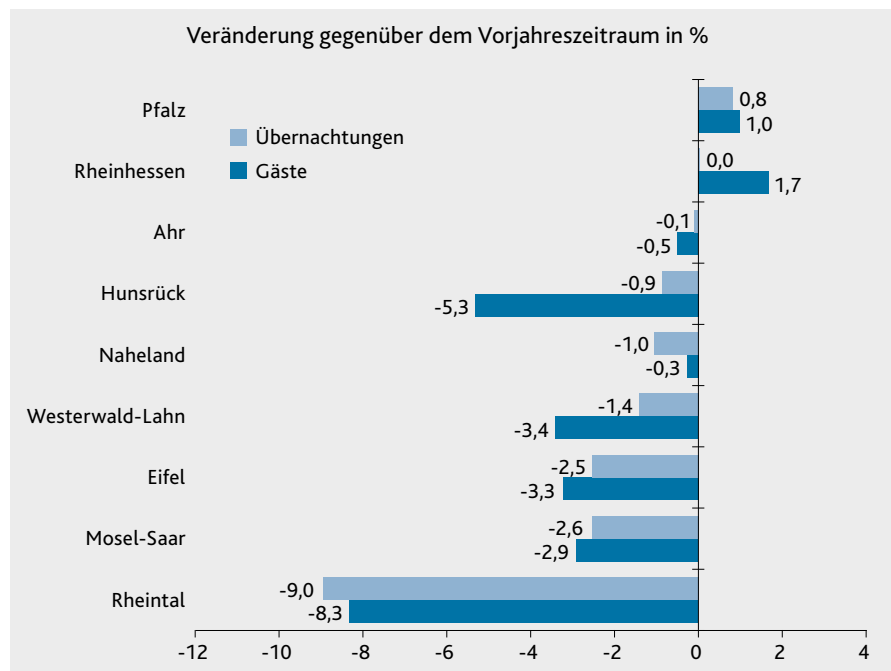
gewerbe (160). Mit großem Abstand folgten das Gastgewerbe (92), das verarbeitende Gewerbe (88) und der Bereich „Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ (86). Die insgesamt günstige Entwicklung beruhte vor allem auf den rückläufigen Insolvenzzahlen im Bau- und im Gastgewerbe.

Die Summe der voraussichtlichen Forderungen der 3 453 Verbraucherinsolvenzen belief sich auf 214,1 Millionen Euro, das waren 1,9 Prozent weniger als von Januar bis September 2011. Der Schuldenberg je insolventem Verbraucher betrug 61 997 Euro (2011: 62 601 Euro).

Tourismusbilanz zum Saisonende: Weniger als im Rekordjahr 2011, mehr als in früheren Jahren

Der rheinland-pfälzische Tourismus wird in diesem Jahr nicht ganz an die Rekordwerte des Vorjahres heranzureichen, aber ein Ergebnis erzielen, das über dem früherer Jahre liegt. Bis einschließlich Oktober kamen rund 7,2 Millionen Gäste, das waren 2,3 Prozent weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Übernachtungen verminderte sich um 2,1 Prozent auf 19,7 Millionen. Im Durchschnitt der Jahre 2002 bis 2011 lag die Zahl der Gäste bis einschließlich Oktober bei 6,6 Millionen und die Zahl der Übernachtungen bei 19 Millionen. Das Jahr 2011 hatte – nicht zuletzt wegen der Bundesgartenschau in Koblenz – der Branche einen Rekord beschert.

Gäste und Übernachtungen von Januar bis Oktober 2012 nach Tourismusregionen



Etwas mehr als 5,6 Millionen Gäste aus Deutschland besuchten Rheinland-Pfalz in den ersten zehn Monaten 2012, das waren 2,5 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl ihrer Übernachtungen ging um 2,4 Prozent auf 15,2 Millionen zurück. Ebenfalls rückläufig war die Entwicklung bei den Touristen aus dem Ausland. Hier fiel die Zahl der Gästeankünfte um 1,4 Prozent auf 1,6 Millionen und die der Übernachtungen um 1,1 Prozent auf 4,5 Millionen.

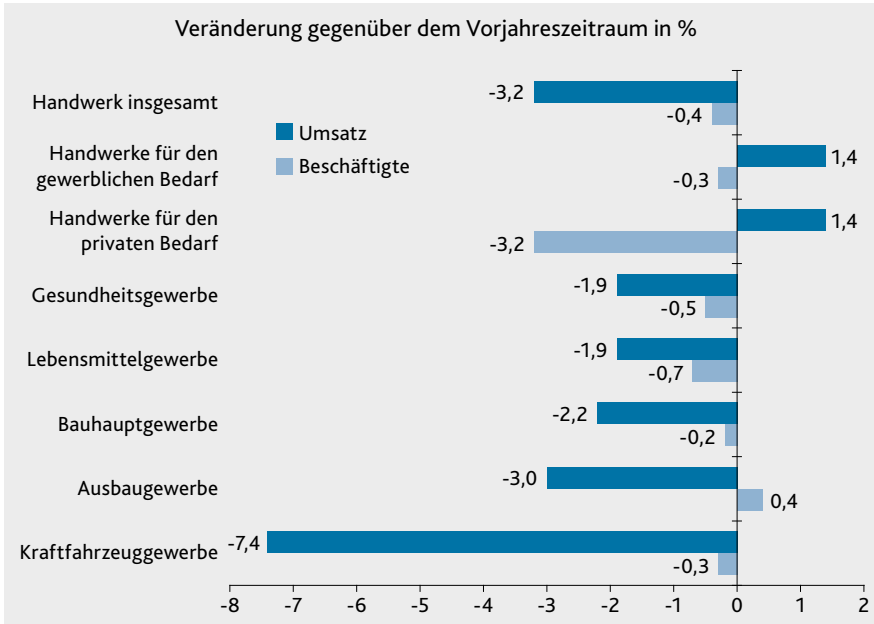
Unter den Gästen aus dem Ausland bilden die Niederländer nach wie vor die mit Abstand größte Gruppe, gefolgt von Gästen aus Belgien, den USA und Großbritannien. Von diesen Gästegruppen verzeichneten lediglich die Belgier eine Zunahme der Übernachtungszahlen um 1,3 Prozent. Dagegen buchten Gäste aus Großbri-

tannien (–5,7 Prozent) und Frankreich (–5,6 Prozent) deutlich weniger Übernachtungen. Merkliche Zuwächse zeigten die Zahlen der Dänen (+7,1 Prozent) und Italiener (+3,6 Prozent).

Mehr Gäste und Übernachtungen als im Vorjahr registrierte nur die Tourismusregion Pfalz. In die Region Rheinhausen kamen zwar mehr Gäste als im Vorjahr, die Zahl der Übernachtungen blieb jedoch nahezu unverändert. In allen anderen Tourismusregionen konnten die Vorjahreswerte nicht erreicht werden.

Bei den Betriebsarten verzeichneten lediglich Vorsorge- und Rehabilitationskliniken, Pensionen sowie Jugendherbergen, Hütten und ähnliche Einrichtungen Zuwächse. Andere Betriebsarten mussten teils deutliche Gäste- und Übernachtungsrückgänge hinnehmen.

Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 3. Quartal 2012 nach Gewerbebezweigen



Im Oktober empfangen die rheinland-pfälzischen Beherbergungsbetriebe fast 905 000 Gäste, das waren 4,1 Prozent weniger als im Vorjahresmonat. Auch die Zahl der Übernachtungen sank um 4,1 Prozent und lag bei 2,5 Millionen.

Handwerksbetriebe erzielten im dritten Quartal weniger Umsatz

Die Umsätze des zulassungspflichtigen Handwerks in Rheinland-Pfalz sind im dritten Quartal 2012 erneut gesunken. Die Betriebe setzten 3,2 Prozent weniger um als im dritten Quartal des Vorjahres. Wie bereits in den Vorquartalen verzeichnete das Kraftfahrzeuggewerbe mit einem Minus von 7,4 Prozent den stärksten Umsatzrückgang. Dagegen erzielten die Handwerke für den gewerblichen und privaten Bedarf ein Umsatzplus von jeweils 1,4 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten verringerte sich gegenüber dem Vorjahresquartal insgesamt um 0,4 Prozent. Einzig das Ausbaugewerbe verzeichnete einen leichten Zuwachs um 0,4

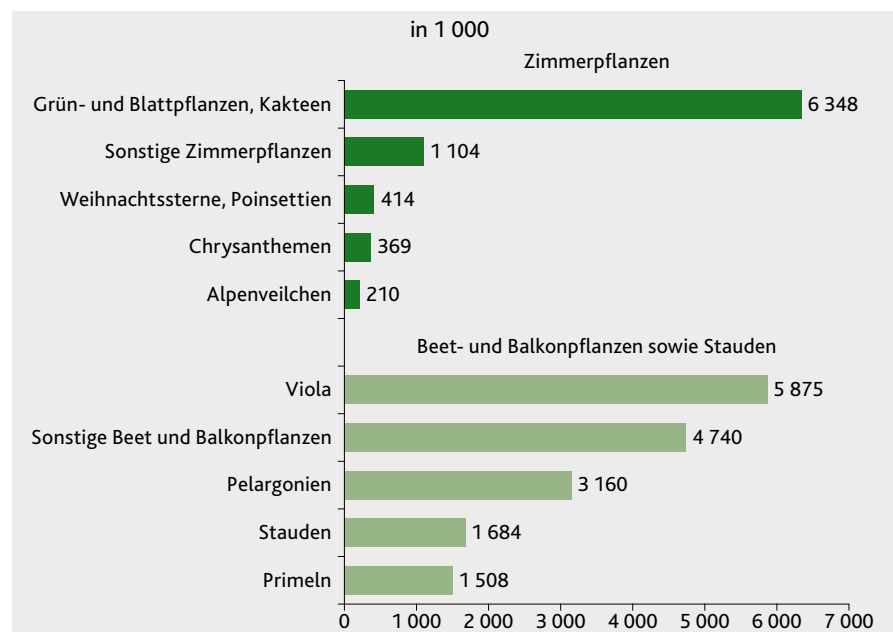
Prozent. Den stärksten Rückgang gab es mit 3,2 Prozent bei den Handwerken für den privaten Bedarf.

Gut 414 000 Weihnachtssterne produziert

Auch zum Weihnachtsfest 2012 wurden in vielen Geschäften wieder Weihnachtssterne angeboten. Die 44 heimischen Produzenten von Weihnachtssternen erzeugten letztes Jahr gut 414 000 Pflanzen als sogenannte Fertigware, die zum Verkauf an Endverbraucher bestimmt ist.

Insgesamt waren 2012 noch 201 Zierpflanzenbetriebe mit der Produktion von Blumen und Zierpflanzen befasst. Innerhalb von vier Jahren hat sich die Zahl der Betriebe um fast 43 Prozent verringert. Die Produktionsfläche ging demgegenüber nur um 13 Prozent auf 258 Hektar zurück. Ein Zierpflanzenbetrieb bewirtschaftete

Erzeugte Fertigware von Zierpflanzen 2012 nach Arten



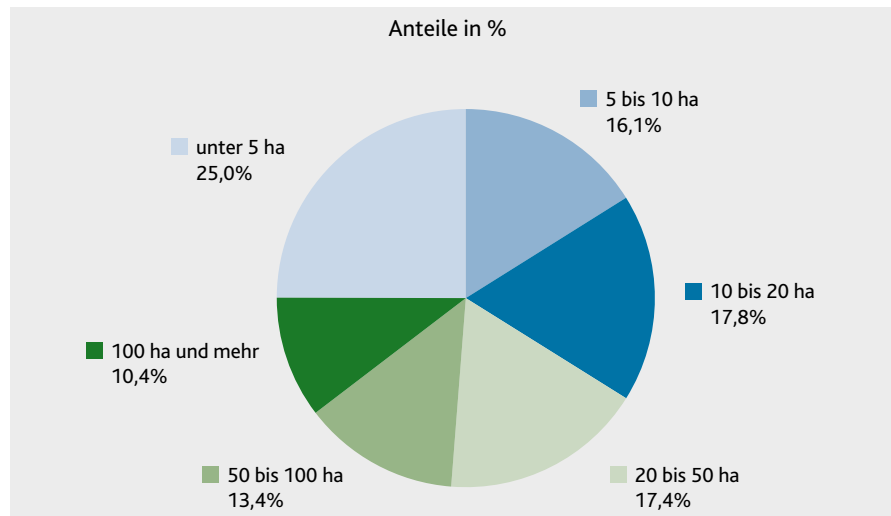
somit durchschnittlich 1,28 Hektar. Im Jahr 2008 waren es 0,84 Hektar.

Im Blumen- und Zierpflanzenbereich kommt dem Anbau in Gewächshäusern und anderen Schutzanlagen eine große Bedeutung zu. Die Größe dieser Anlagen betrug insgesamt 65 Hektar. Das waren 20 Prozent weniger als im Jahr 2008. Neben dem allgemeinen Strukturwandel dürften auch die hohen Energiekosten des Betriebs von Gewächshäusern zu dem Rückgang beigetragen haben.

Neben Weihnachtssternen erzeugen die rheinland-pfälzischen Zierpflanzenbetriebe als Fertigware vor allem Veilchen und Stiefmütterchen (5,9 Millionen Stück) sowie Geranien (3,2 Millionen Stück). Aber auch Stauden (1,7 Millionen), Primeln (1,5 Millionen) und Begonien (1 Millionen) gehören zum Sortiment. Neben den genannten Beet- und Balkonpflanzen werden auch Zimmerpflanzen produziert. In diesem Segment werden bevorzugt Grün- und Blattpflanzen, einschließlich Kakteen, erzeugt (6,3 Millionen Stück).

Ein weiterer Produktionsbereich ist die Erzeugung von Schnittblumen. Auf 175 Hektar Freilandflächen wurden 2012 z. B. Gehölze zum Grün- und Blütenschnitt (49 Hektar) sowie Rosen (36 Hektar) produziert. Im Gewächshausbereich dominierten Rosen mit gut vier Hektar. Insgesamt wurden für die Erzeugung von Schnittblumen und Zierpflanzen zum Schnitt rund zehn Hektar genutzt, die mit hohen begehbaren Schutzabdeckungen versehen waren.

Landwirtschaftliche Betriebe 2012 nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche



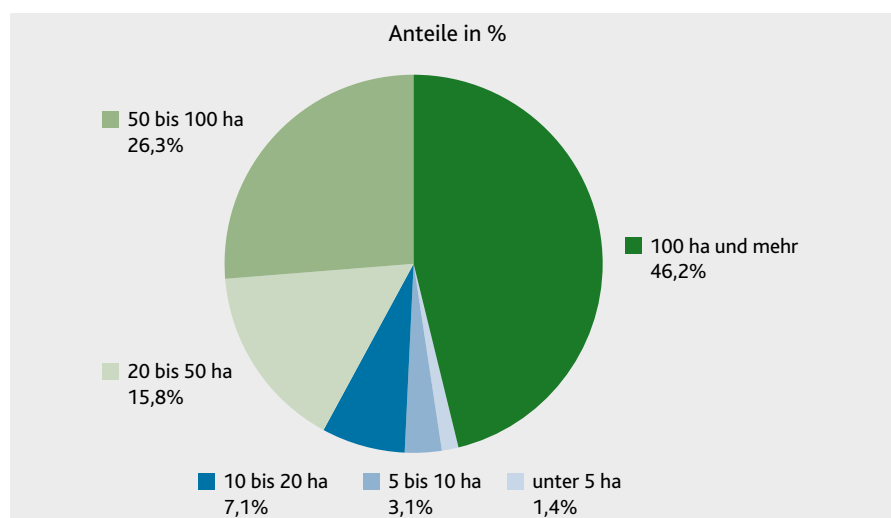
Seit 2002 ein Drittel weniger landwirtschaftliche Betriebe

Im März 2012 waren in Rheinland-Pfalz noch 19 200 landwirtschaftliche Betriebe tätig. Das waren fast 37 Prozent weniger als im Jahr 2002, als es noch 30 400 landwirtschaftliche Betriebe gab. Gegenüber dem Vorjahr betrug der Rückgang 3,5 Prozent. Die landwirtschaftlich genutzte

Fläche verringerte sich zwischen 2002 und 2012 dagegen nur um 1,3 Prozent. Dadurch stieg die durchschnittlich genutzte Fläche je Betrieb von 23 auf 36 Hektar.

Ein Viertel der Betriebe bearbeitete weniger als fünf Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche. In diesem Segment sind vor allem Wein-, Obst- und Gartenbaubetriebe zu finden.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2012 der landwirtschaftlichen Betriebe nach Größenklassen der landwirtschaftlich genutzten Fläche



Diese Betriebe benötigen wegen der höheren Wertschöpfung pro Flächeneinheit eine kleinere Flächenausstattung als z. B. die Getreideerzeuger. Knapp 400 Betriebe (2,1 Prozent) bewirtschaften inzwischen mehr als 200 Hektar. Sie verfügen damit über rund 15 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche des Landes. Vor zehn Jahren gab es weniger als 200 Betriebe mit einer derartigen Flächenausstattung. Sie bewirtschafteten seinerzeit 5,8 Prozent der gesamten Fläche.

Bundesweit wurden noch 288 200 landwirtschaftliche Betriebe gezählt, 1,9 Prozent weniger als im Jahr zuvor und gut 31 Prozent weniger als 2003. Insgesamt betrug die landwirtschaftlich genutzte Fläche 16,7 Millionen Hektar, sodass ein Betrieb in Deutschland auf durchschnittlich 58 Hektar kam. Der rheinland-pfälzische Anteil an den Betrieben insgesamt betrug 6,7 Prozent und bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche vier Prozent. In Deutschland bearbeiten inzwischen vier Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe 200 Hektar und mehr.

Bevölkerung schrumpft weiter

Am 30. Juni 2012 hatten 3 997 857 Personen in Rheinland-Pfalz ihren Hauptwohnsitz. Dies ist das Ergebnis der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung. Damit ist die Bevölkerungszahl gegenüber Ende 2011 um 1260 Personen gesunken.

Die Bevölkerungsentwicklung war seit Ende der 80er-Jahre durch Zuwachsraten geprägt. Dagegen ist seit 2005

ein eindeutig rückläufiger Trend zu verzeichnen, der sich aber von Mitte 2011 an leicht abgeschwächt hat. Grund dafür sind gestiegene Zuwanderungszahlen aus dem Ausland. So kamen im ersten Halbjahr 2012 rund 7 400 Personen mehr aus dem Ausland nach Rheinland-Pfalz als umgekehrt. Der größte Wanderungsgewinn entfiel auf die östlichen EU-Mitgliedsstaaten Polen (rund 2 000 Personen), Rumänien (1 000), Bulgarien (700) und Ungarn (500). Gegenüber den anderen Bundesländern gab es einen Wanderungsverlust von 900 Personen.

Gleichzeitig waren wieder deutlich mehr Sterbefälle als Geburten zu verzeichnen. In der ersten Hälfte 2012 erblickten rund 14 300 Kinder das Licht der Welt, nahezu 22 100 Menschen starben. Der Verlust in der natürlichen Bevölkerungsbewegung konnte durch die insgesamt positive Wanderungsbilanz nicht ausgeglichen werden.

In drei Viertel der Landkreise und der Hälfte der kreisfreien Städte sanken die Bevölkerungszahlen im ersten Halbjahr. Auffällig ist die Entwicklung in Koblenz. Hier wuchs die Bevölkerung im genannten Zeitraum um mehr als ein Prozent. Wurden Ende 2011 noch 106 677 Einwohner mit Hauptwohnsitz in der drittgrößten Stadt des Landes registriert, waren es ein halbes Jahr später 107 785. Hintergrund der Entwicklung ist die Einführung einer Zweitwohnungsteuer. Personen mit einer Nebenwohnung müssen in Koblenz seit dem 1. Juni

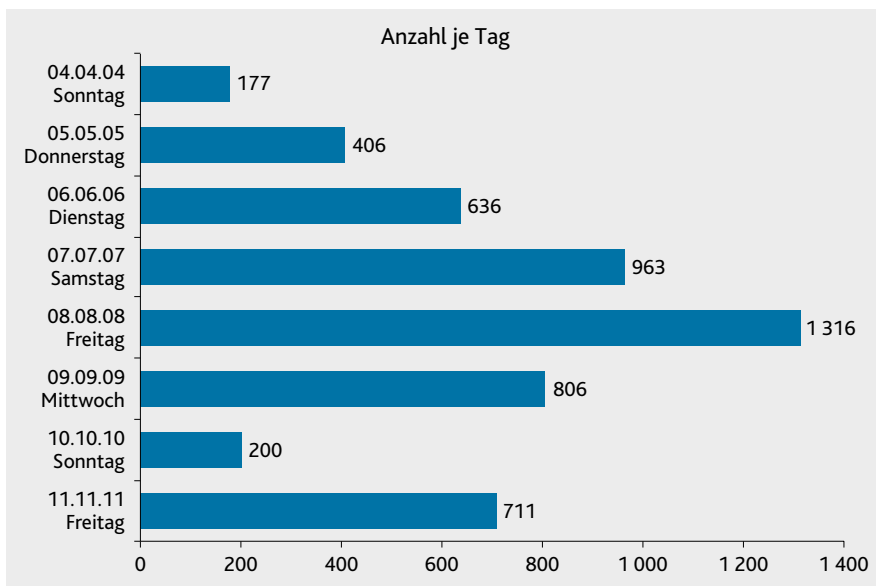
2012 eine Abgabe in Höhe von zehn Prozent ihrer Kaltmiete zahlen. Um diese Abgabe zu umgehen, haben zahlreiche Einwohner ihren Zweitwohnsitz in den Hauptwohnsitz umgewandelt. Dabei dürfte es sich überwiegend um Studenten handeln, die damit ihre Hauptwohnung am Heimatwohnsitz aufgegeben haben. Die Bevölkerungsfortschreibung zählt die Umwandlung in eine Hauptwohnung statistisch als Zuzug, der einen Zuwachs der Bevölkerung auslöst, obwohl keine Änderung der realen Wohnsituation erfolgt ist.

Auch in den Städten Ludwigshafen (+0,5 Prozent), Frankenthal (Pfalz) und Mainz (jeweils +0,3 Prozent) gab es nennenswerte Zuwachsraten. Von den Landkreisen konnten sechs eine positive Bevölkerungsentwicklung verzeichnen. Der höchste Zuwachs entfiel auf die Südliche Weinstraße (+0,2 Prozent).

Am 12.12.12 ging es in den Standesämtern wieder hoch her

Einen erneuten Ansturm erlebten die Standesämter am Mittwoch, den 12. Dezember. An den vergleichbaren Terminen in den Vorjahren gab es wesentlich mehr Hochzeiten als an anderen Tagen. Im Jahr 2011 beispielsweise schlossen insgesamt 20 212 Paare den Bund fürs Leben, das waren rein rechnerisch gut 55 am Tag. Am 11.11.11 waren es 711. Dabei ist der November bei Brautpaaren keinesfalls besonders beliebt. Bevorzugt werden eindeutig die warmen Sommermonate, allen

Eheschließungen an ausgewählten Tagen 2004–2011



voran der August. Wenn dann noch ein magisches Datum ansteht und zudem der Wochentag günstig liegt, sind Hochzeitsrekorde angesagt. So fielen von den rund 20 000 Eheschließungen des Jahres 2008 fast 3 900 in den August, davon mehr als 1 300 auf Freitag, 08.08.08. Vergleichbare Spitzenwerte sind für den 12.12.12 nicht zu erwarten. Die endgültigen Zahlen zu den Eheschließungen werden erst in den nächsten Monaten verfügbar sein.

Sicherlich spielen praktische Erwägungen für die Wahl eines derart einprägsamen Datums eine Rolle; schließlich ist die Gefahr, einen solchen Hochzeitstag zu vergessen, nicht so groß. Der 12.12.12 war aber in diesem Jahrhundert die letzte Gelegenheit für ein Hochzeitsdatum, das man nicht so leicht vergisst. Aber es gab in diesem Jahr noch eine Alternative zum „Schnapszahlendatum“:

Mehr Brautpaare als üblich fanden auch am 20.12.2012 den Weg zum Standesamt.

Der Dezember zählt traditionell zu den Monaten mit den meisten Hochzeiten. Im Durchschnitt der vergangenen Jahre liegt er – nach August, Juli und Juni – an vierter Stelle. Das liegt vermutlich nicht nur an der (vor-)weihnachtlichen Stimmung. Vielmehr ist anzunehmen, dass Brautpaare den letzten Monat auch wegen der steuerlichen Vorteile wählen, die sie dann noch für das gesamte Jahr in Anspruch nehmen können.

Der Blick auf „magische“ Hochzeitstermine darf über eine Tatsache nicht hinwegtäuschen: Langfristig ist die Zahl der Eheschließungen rückläufig. So liegt die jährliche Zahl der Trauungen in den vergangenen Jahren bei rund 20 000. Dagegen gaben sich etwa im Jahr 1990 noch über 25 000

Paare das Ja-Wort. Auch die zukünftige Entwicklung ist vorgezeichnet, denn der demografische Wandel bringt es mit sich, dass es immer weniger junge Menschen im heiratsüblichen Alter geben wird.

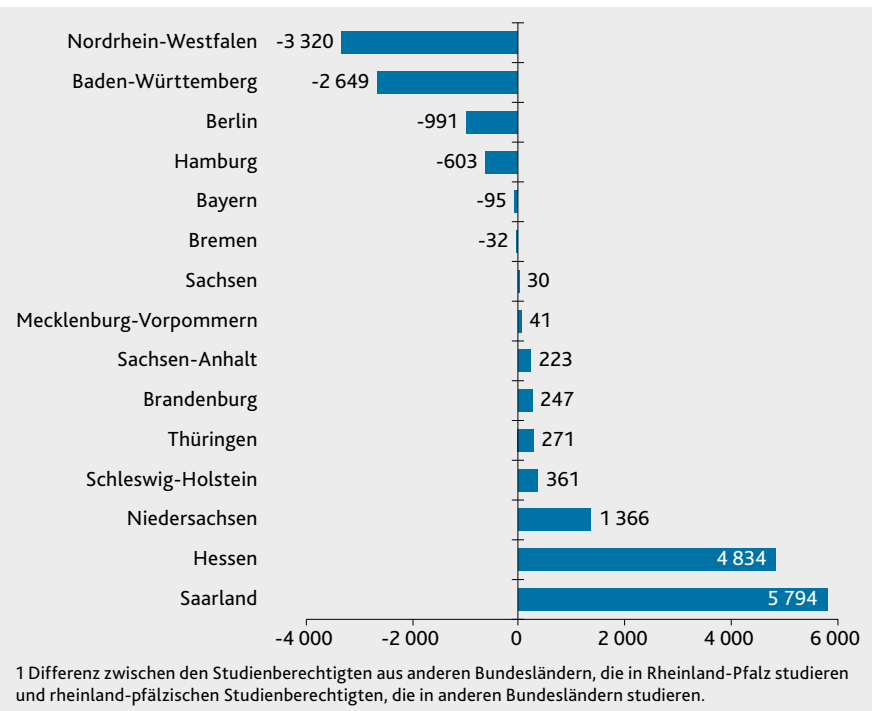
Mehr als die Hälfte der Studienberechtigten aus Rheinland-Pfalz studiert im Land

Heimatkunde ist ein wichtiges Kriterium bei der Hochschulwahl. Im Wintersemester 2011/12 waren deutschlandweit 103 520 Studierende eingeschrieben, die ihre Studienberechtigung in Rheinland-Pfalz erlangt hatten. Mehr als die Hälfte von ihnen besuchte eine Hochschule in Rheinland-Pfalz (52 Prozent). Weitere 38,5 Prozent studierten in den Nachbarländern Nordrhein-Westfalen (13,5 Prozent), Baden-Württemberg (12,5 Prozent), Hessen (9,9 Prozent) oder dem Saarland (2,6 Prozent).

Der Anteil der Landeskinder an den insgesamt 117 105 Studierenden an rheinland-pfälzischen Hochschulen lag bei 46 Prozent. Weitere 38 Prozent hatten ihre Hochschulzugangsberechtigung in Nachbarbundesländern erworben. Aus Hessen kamen 15 048, aus Nordrhein-Westfalen 10 620, aus Baden-Württemberg 10 290 und aus dem Saarland 8 535. Aus dem Ausland stammten 8 108 der angehenden Akademikerinnen und Akademiker.

Die größten innerdeutschen Wanderungsüberschüsse erzielte Rheinland-Pfalz im Wintersemester 2011/12

Studierenden-Wanderungssaldo¹ mit anderen Bundesländern im Wintersemester 2011/12



gegenüber dem Saarland (+5 794) und Hessen (+4 834). Die größten Wanderungsdefizite wurden gegenüber Nordrhein-Westfalen (-3 320) und gegenüber Baden-Württemberg (-2 649) verzeichnet. Insgesamt ergibt sich für Rheinland-Pfalz hinsichtlich der „Studierendenwanderung“ zwischen den Bundesländern ein Überschuss von 5 477 Studierenden. Im Wintersemester 2010/11 lag dieser Wert noch bei 7 508.

Info

Ausführliche Ergebnisse der Hochschulstatistik 2011/12 finden Sie im Artikel „Hochschulen 2011/12 – Teil 2: Durchschnittlicher Mittlereinsatz je Studentin und Student deutlich gestiegen“ ab Seite 29 in diesem Heft.

Mehr als 113 000 Pflegebedürftige

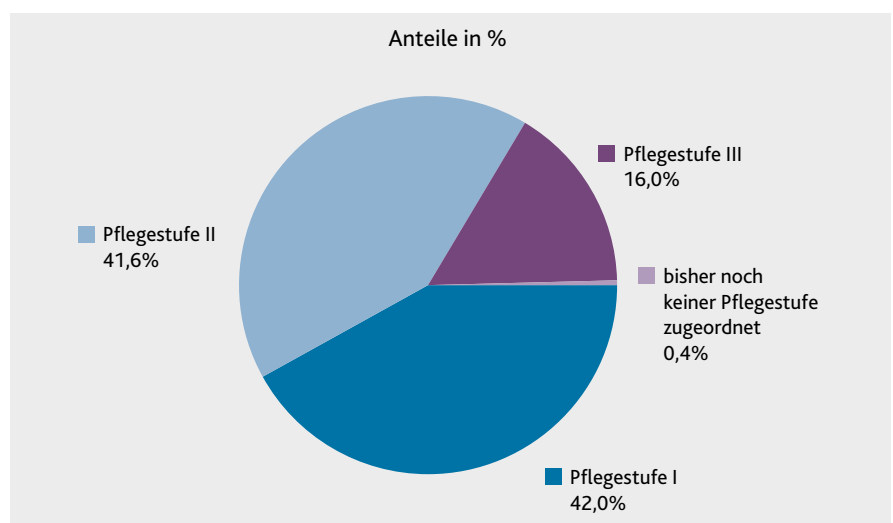
Die Zahl der Pflegebedürftigen in Rheinland-Pfalz steigt weiter. Ende 2011 gab es rund 113 500 pflegebedürftige Personen nach dem Pflege-

versicherungsgesetz. Das waren über 7 000 bzw. 6,7 Prozent mehr als bei der Erhebung Ende 2009.

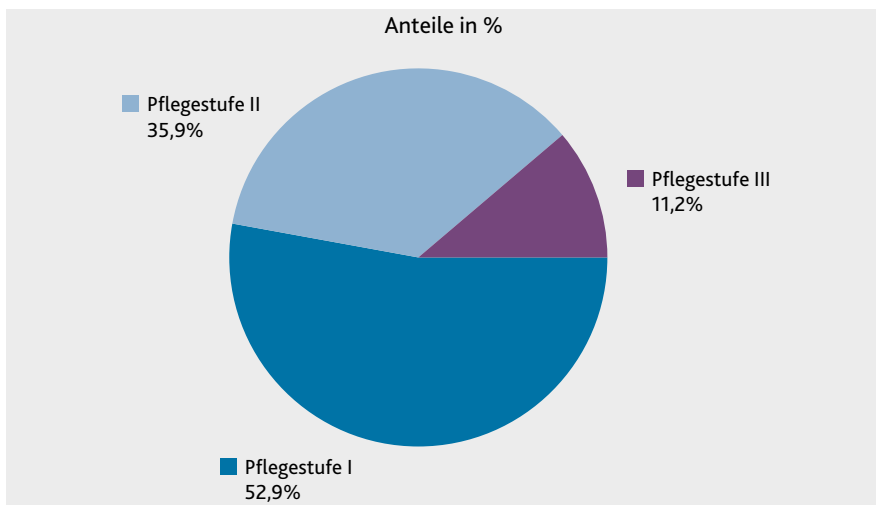
Im stationären Bereich wurden in 472 Pflegeheimen rund 32 800 Pflegebedürftige versorgt. Rund 42 Prozent der Leistungsempfänger waren der Pflegestufe I zugeordnet, knapp 42 Prozent gehörten der Pflegestufe II an und 16 Prozent der Pflegestufe III. Nur wenige Pflegebedürftige waren noch keiner Pflegestufe zugeordnet (0,4 Prozent). Die stationären Einrichtungen beschäftigten mehr als 30 900 Personen. Das waren acht Prozent mehr als Ende 2009. Fast 60 Prozent davon arbeiteten in Teilzeit. Im Rahmen des Bundesfreiwilligendienstes waren gut 100 Beschäftigte eingesetzt.

Fast 23 300 Pflegebedürftige versorgten die 446 ambulanten Pflegedienste im Land. Der Pflegestufe I waren 53 Prozent zugeordnet, 36 Prozent der Pflegestufe II und elf Pro-

Stationäre Pflegebedürftige am 15.12.2011 nach Pflegestufen



Ambulante Pflegebedürftige am 15.12.2011 nach Pflegestufen



zent der Pflegestufe III. Die Zahl des ambulanten Pflegepersonals stieg gegenüber dem Jahr 2009 um 8,9 Prozent auf rund 11700. Davon gingen rund 70 Prozent einer Teilzeitbeschäftigung nach.

Von den stationär und ambulant betreuten Personen waren 82 Prozent 75 Jahre und älter, knapp 12 Prozent waren zwischen 65 und 75 Jahre alt. Rund sechs Prozent waren jünger als 65 Jahre, unter ihnen 105 Kinder unter 15 Jahre.

Darüber hinaus erhielten gut 57 400 Pflegebedürftige ausschließlich Pflegegeld, mit dessen Hilfe sie die erforderliche Grundpflege und hauswirtschaftliche Versorgung sicherstellten. Dies beinhaltet eine Betreuung durch Angehörige oder sonstige ehrenamtlich tätige Personen bzw. eine fest angestellte Pflegekraft.

Werden die Empfängerinnen und Empfänger von Pflegegeld sowie die von ambulanten Pflegediensten versorgten Personen zusammenge-

rechnet, so werden gut 71 Prozent der rheinland-pfälzischen Pflegebedürftigen in den eigenen vier Wänden betreut.

Die Pflegequote, d.h. der Anteil der Pflegebedürftigen an allen Menschen dieser Altersgruppe, steigt mit zunehmendem Alter. Während sie bei den 65- bis 75-Jährigen 3,5 Prozent betrug, lag sie bei den über 75-Jährigen bei 18 Prozent. Die höchste Pflegequote verzeichneten die über 90-Jährigen mit 50 Prozent.

Energieverbrauch in der Industrie leicht rückläufig

Die rheinland-pfälzische Industrie benötigte im Jahr 2011 rund 85700 Gigawattstunden Energie. Das waren im Vergleich zum Vorjahr 1,7 Prozent weniger. Fast die Hälfte des Energiebedarfs deckte die Industrie durch Erdgas (41700 Gigawattstunden).

Energieverbrauch im verarbeitenden Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden 2011 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Mineralöle bzw. Mineralölprodukten (20 600 Gigawattstunden) trugen mit einem knappen Viertel zum Energieverbrauch bei. Der Stromverbrauch belief sich auf 15 400 Gigawattstunden, was einem Anteil von 18 Prozent entsprach. Knapp die Hälfte des Stromverbrauchs erzeugte die Industrie in eigenen Kraftwerken. Zum Vergleich: Die gesamte Strom einspeisung aus erneuerbaren Energien in die Stromnetze zur öffentlichen Versorgung betrug im Jahr 2011 rund 3 600 Gigawattstunden.

Rund 70 Prozent des Energieverbrauchs entfiel auf die chemische Industrie, die zu den energieintensiven Wirtschaftszweigen gehört. Sie benötigt zur Erzielung von 1 000 Euro Umsatz über 2 200 Kilowattstunden Energie. Der Durchschnittswert für die Industrie lag im Jahr 2011 bei 968 Kilowattstunden. Zu berücksichtigen ist hierbei, dass insbesondere die chemische Industrie einen beachtlichen Teil der Energieträger nicht energetisch, sondern als Ausgangsstoff für chemische Produkte nutzt. Mehr als ein Drittel des Energieverbrauchs der Industrie in Rheinland-Pfalz entfällt auf diese Verwendung.

Bundesweit hatte das verarbeitende Gewerbe einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden einen Energieverbrauch von fast 1,2 Millionen Gigawattstunden. Der rheinland-pfälzische Anteil hieran betrug 7,3 Prozent. Auf 667 Kilowattstunden je 1 000 Euro Umsatz beläuft sich der bundesweite Durchschnittswert für die Industrie. Dies zeigt, dass

die rheinland-pfälzische Industrie eine besonders energieintensive Produktpalette herstellt.

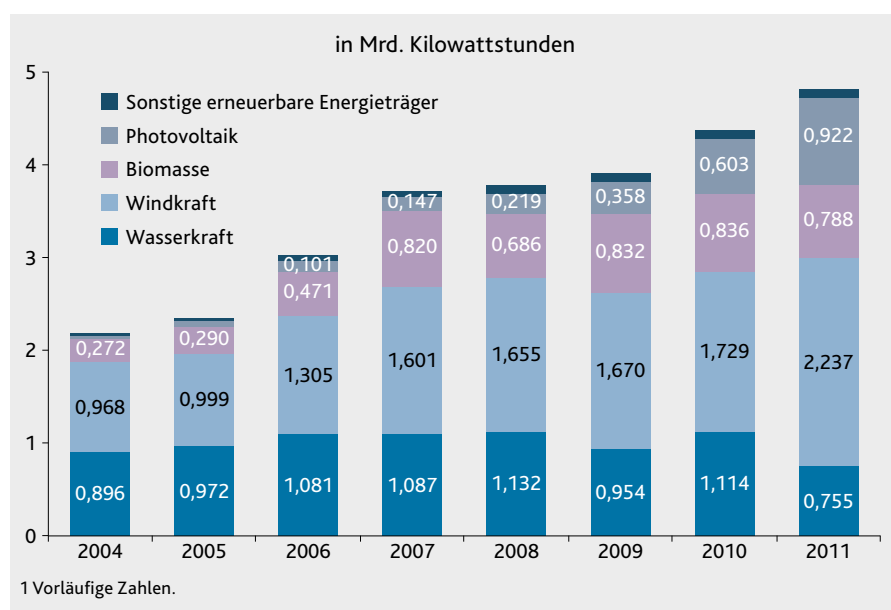
Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auf Höchststand

Die rheinland-pfälzische Bruttostromerzeugung lag im Jahr 2011 nach einer vorläufigen Auswertung der Energiestatistiken bei knapp 16,4 Milliarden Kilowattstunden und damit rund ein Prozent niedriger als im Jahr zuvor. Die hohe Zahl an neu installierten Windkraft- und Photovoltaikanlagen ließ den Anteil des aus erneuerbaren Quellen erzeugten Stroms auf über 29 Prozent steigen, nachdem er im Vorjahr bei rund 26 Prozent gelegen hatte. Die so erzeugte Strommenge erhöhte sich gegenüber dem Jahr 2010 um zehn Prozent auf den neuen Rekordwert von 4,8 Milliarden Kilowattstunden.

Den größten Zuwachs wies die Stromerzeugung aus Windkraft auf. Sie stieg um 509 auf über 2 200 Millionen Kilowattstunden (+29 Prozent). Aus Photovoltaikanlagen stammten 922 Millionen Kilowattstunden, 53 Prozent mehr als in 2010. Die Wasserkraftanlagen im Land lieferten dagegen nur 754 Millionen Kilowattstunden, fast ein Drittel weniger als im Jahr zuvor. Ursache hierfür waren die geringen Niederschläge und die demzufolge niedrigen Wasserstände in den Flüssen. Nach dem Klimaschutzbericht des Deutschen Wetterdienstes fiel im Jahr 2011 in Rheinland-Pfalz nur 80 Prozent der Niederschlagsmenge der Referenzperiode 1961 bis 1990.

Erdgas ist mit einem Anteil von rund 64 Prozent der wichtigste Energieträger für die Stromerzeugung. Insgesamt stammten knapp 71 Prozent des heimischen Stroms aus herkömmlichen Energieträgern.

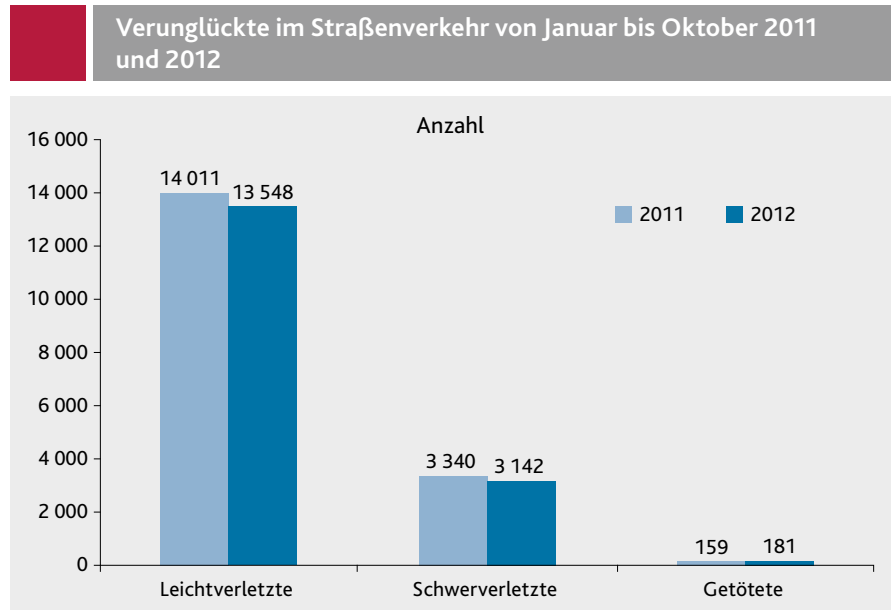
Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energieträgern 2004–2011¹



Nach der Energiebilanz des Landes wurden im Jahr 2010 in Rheinland-Pfalz 28,9 Milliarden Kilowattstunden Strom verbraucht. Wird dieser Verbrauch auch für das Jahr 2011 zugrunde gelegt, hätten rechnerisch knapp 17 Prozent des verbrauchten Stroms aus erneuerbaren Energien gedeckt werden können. Die gesamte im Land erzeugte Strommenge erreichte demnach rechnerisch 57 Prozent der verbrauchten Menge.

Mehr Todesopfer auf den Straßen

Im Zeitraum von Januar bis Oktober 2012 wurden in Rheinland-Pfalz mehr Menschen bei Verkehrsunfällen getötet als im gleichen Zeitraum des Vorjahres, 181 Menschen verloren bei Unfällen ihr Leben, das waren 22



mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Schwerverletzten ging dagegen um 5,9 Prozent auf 3 142 zurück. Leicht verletzt wurden 13 548 Personen (-3,3 Prozent).

Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten zehn Monaten 110 021 Verkehrsunfälle auf rheinland-pfälzischen Straßen, das waren 972 mehr als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Verbraucherpreise im Dezember 2012

Der Verbraucherpreisindex lag im Dezember 2,2 Prozent über dem Niveau des Vorjahresmonats. Der im November beobachtete Rückgang der Teuerungsrate hat sich damit nicht fortgesetzt.

Abgeschwächt hat sich hingegen der Anstieg der Energiepreise (+3,2 Prozent). Kraftstoffe verteuerten sich binnen Jahresfrist um 2,9 Prozent, wobei der Preisanstieg für Diesel (+1,5 Prozent) etwas geringer ausfiel als für Superbenzin (+3,4 Prozent). Die Preisentwicklung bei Haushaltsenergie verlief uneinheitlich. Die Preise für Strom (+4 Prozent) zogen deutlich an, während sich die Preise für Gas (+0,4 Prozent) und Heizöl (+0,9 Prozent) nur wenig veränderten.

Überdurchschnittlich erhöhten sich die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke (+5,1 Prozent).

Frisches Obst und Gemüse (+5,1 Prozent) wurde spürbar teurer. Aber auch für Brot und Getreideerzeugnisse (+3,9 Prozent), Fleisch und Fleischwaren (+5,7 Prozent) sowie Fische und Fischwaren (+7,5 Prozent) mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher tiefer in die Tasche greifen. Preisrückgänge waren hingegen bei Speisefetten und -ölen (-3,5 Prozent) zu verzeichnen.

Gegenüber November 2012 stieg der Verbraucherpreisindex um ein Prozent. Maßgeblich hierzu beigetragen haben die saisonal bedingten Preiserhöhungen in der Hauptgruppe Freizeit, Unterhaltung und Kultur (+5,7 Prozent) sowie für Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen (+6 Prozent). Überdurchschnittliche Preisanstiege waren auch bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken zu beobachten (+1,3 Prozent).

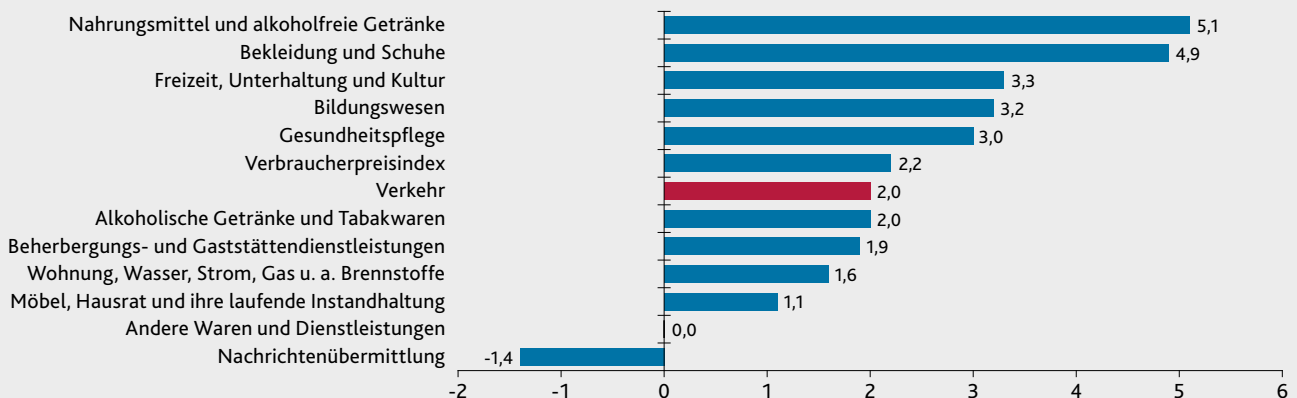
Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in elf Berichtsgemeinden 17 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in mehr als 2000 Berichtsstellen (z. B. Kaufhäuser) gut 20000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von rund 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

Verbraucherpreisindex im Dezember 2012

Veränderung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen gegenüber Dezember 2011 in %



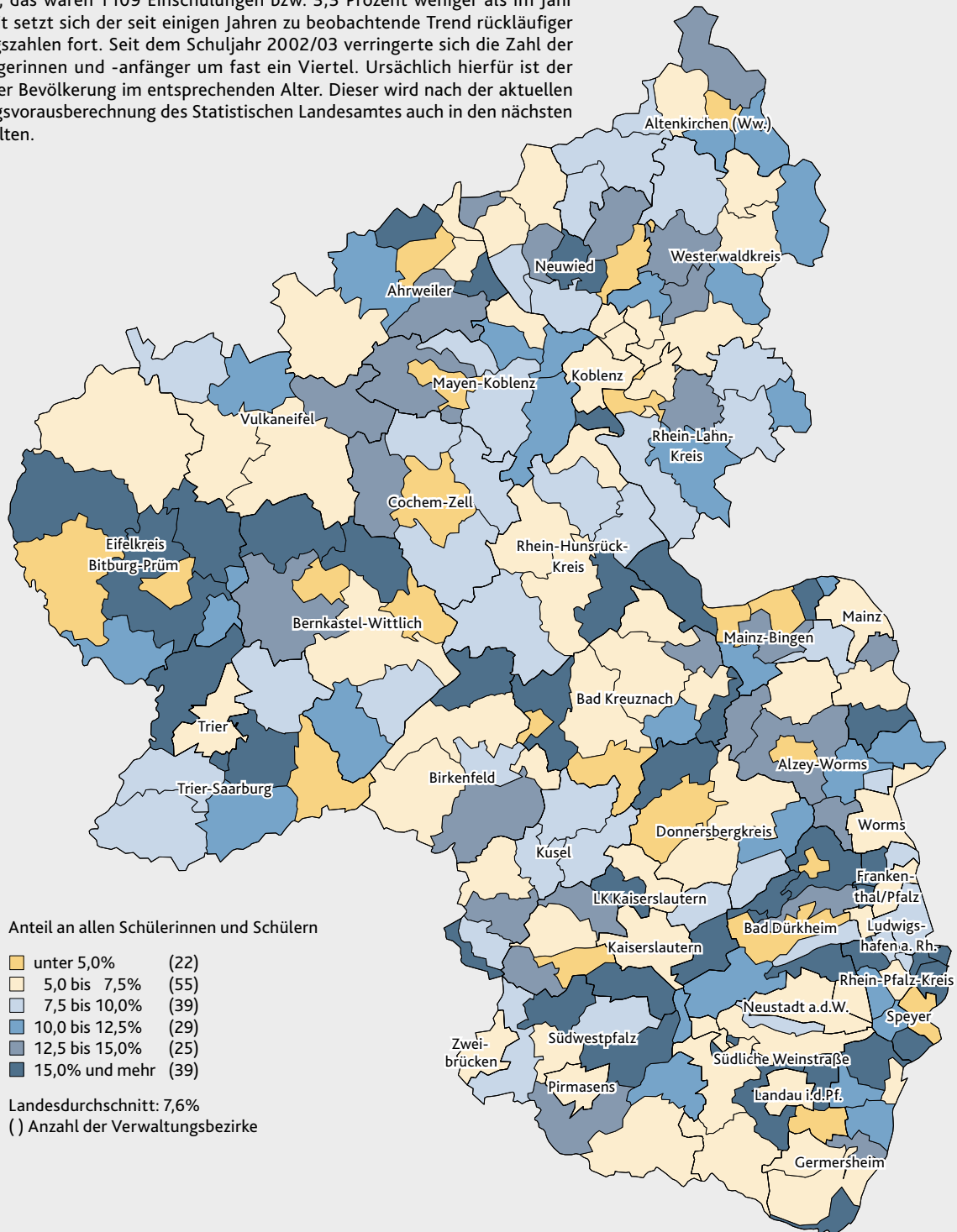
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Einschulungen im Schuljahr 2012/13 nach Verwaltungsbezirken

Weniger Einschulungen zum laufenden Schuljahr

Zu Beginn des laufenden Schuljahres 2012/13 wurden in Rheinland-Pfalz 32 722 Kinder eingeschult, das waren 1109 Einschulungen bzw. 3,3 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Damit setzt sich der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend rückläufiger Einschulungszahlen fort. Seit dem Schuljahr 2002/03 verringerte sich die Zahl der Schulanfängerinnen und -anfänger um fast ein Viertel. Ursächlich hierfür ist der Rückgang der Bevölkerung im entsprechenden Alter. Dieser wird nach der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes auch in den nächsten Jahren anhalten.



Zensus 2011

Teil 1: Durchführung der Gebäude- und Wohnungszählung

Von Sabine Ruhnke und Gerd Reh

In den vergangenen beiden Jahren wurde erstmals in Deutschland ein registergestützter Zensus durchgeführt, um differenzierte Daten über die Bevölkerung sowie die Gebäude- und Wohnungsbestände zum Stichtag 9. Mai 2011 zu erhalten. Die letzte flächendeckende Erhebung der Bevölkerungs- und Immobilienbestände in der Bundesrepublik Deutschland fand 1987 und damit vor 24 Jahren statt. In diesem Beitrag wird schwerpunktmäßig über die Vorbereitung und Durchführung der Gebäude- und Wohnungszählung in Rheinland-Pfalz berichtet, bei der rund 1,1 Millionen Eigentümerinnen und Eigentümer von Gebäuden und Wohnungen postalisch zu ihren Immobilien befragt wurden. Ziel dieser Erhebung ist es, flächendeckende Bestandsdaten zur Wohninfrastruktur unter anderem als Grundlage für Planungen auf der Ebene des Bundes, der Länder und der Kommunen zu erhalten.

Registergestützter Zensus – eine völlig neue Methode

Zum Stichtag 9. Mai 2011 wurde in der Bundesrepublik Deutschland erstmals ein registergestützter Zensus durchgeführt. Registergestützt bedeutet, dass Informationen aus bereits vorhandenen Verwaltungsregistern für statistische Zwecke aufbereitet und verwertet werden. Lediglich zählungsrelevante Daten, die nicht oder nicht in ausreichender Qualität in Registern vorlagen, wurden in ergänzenden Primärstatistiken unmittelbar bei Bürgerinnen und Bürgern erfragt.

Die so gewonnenen Daten wurden und werden in den kommenden Monaten aufbereitet und zusammengeführt. Das Projekt Zensus 2011 stellt angesichts des neuen methodischen Ansatzes für alle Beteiligten im Bund und in den Ländern eine große Herausforderung dar.

Durch die Nutzung umfassender Verwaltungsdatenbestände ergibt sich gegenüber einer traditionellen Vollerhebung eine deutliche Entlastung der Bevölkerung von Auskunftspflichten. Im Gegensatz zu früheren Zählungen musste beim registergestützten Zensus 2011 landesweit nur noch rund ein Drittel der Bevölkerung direkt befragt werden. Hierdurch ergeben sich auch deutliche Kosteneinsparungen.

Wie frühere Totalerhebungen dient der Zensus 2011 dazu, auch auf kommunaler Ebene verlässliche Aussagen zur Bevölkerung sowie den Gebäude- und Wohnungsbeständen treffen zu können. Basisdaten aus der Zählung fließen unmittelbar in die Statistiken zur Fortschreibung der Bevölkerungs-, Gebäude- und Wohnungsbestände ein und schaffen so die Grundlage für die Ermittlung verlässlicher Ergebnisse über

Geringere
Belastung der
Bevölkerung

die Bevölkerungs- und Immobilienbestände sowie -strukturen bis zum nächsten Zensus.

Aufbau des Anschriften- und Gebäuderegisters

Ausgangsbasis für die Organisation und Durchführung der Erhebungen im Zensus 2011 ist das eigens für diesen Zweck in den Jahren 2008 bis 2010 angelegte Anschriften- und Gebäuderegister (AGR). In diesem Statistikregister werden bundesweit sämtliche potenzielle Wohnanschriften und die Eigentümerinnen und Eigentümer der dortigen Immobilien geführt.

In dieses Statistikregister flossen zahlreiche Verwaltungsdatenbestände ein. Zur Identifikation von Wohnanschriften wurde auf Register der Meldebehörden, der Bundesagentur für Arbeit und der Vermessungsverwaltung zurückgegriffen. Sämtliche Anschriften, die in mindestens zwei dieser Quellen (z. B. als Anschrift mit gemeldeten Personen und Wohnort sozialversicherungspflichtig Beschäftigter) vorhanden waren, ergaben unmittelbar potenzielle Wohnadressen und damit zensusrelevante Anschriften.

Ergänzende Prüfungen zur Verbesserung der Datengrundlage

Für Adressen, die lediglich in einer Quelle nachgewiesen wurden, erfolgte eine ergänzende Prüfung auf Wohnraum. Hierfür wurden in einem ersten Schritt zusätzliche Datenbestände der Vermessungsverwaltung und der Deutschen Post AG herangezogen, aus denen stichhaltige Indizien zur Wohnnutzung abgeleitet werden konnten. Sofern sich aus diesen allgemein zugänglichen Datenquellen kein eindeutiger Befund hinsichtlich der Wohnnutzung ergab, wurden die betreffenden Adressen mit der Bitte um Klärung an die jeweils zuständige Kommunalverwaltung weitergeleitet. Die Kommunalverwaltungen prüften die betreffenden

Anschriften auf das Vorhandensein von Wohnraum. Im Ergebnis konnten landesweit insgesamt rund 1,2 Millionen Adressen als potenzielle Wohnanschriften und damit zensusrelevante Adressen im AGR gekennzeichnet werden.

Parallel zur Adressrecherche wurden im Wesentlichen über die Grundsteuerstellen der Kommunen, die kommunalen Abfallentsorger und die Landesvermessungsverwaltung die potenziellen Eigentümerinnen und Eigentümer bzw. Verwalterinnen und Verwalter der betreffenden Wohnimmobilien sowie deren postalische Anschriften ermittelt. Damit war die Grundlage für die flächendeckende schriftliche Befragung im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung (GWZ) geschaffen.

Vorbefragung zur Gebäude- und Wohnungszählung ermöglicht Kosteneinsparungen

Mit dem Ziel, eine möglichst passgenaue Zustellung der jeweils erforderlichen Zahl an Fragebogen an die zum Erhebungsstichtag maßgeblichen Auskunftspflichtigen zu erreichen, fand Ende November 2010 eine Vorerhebung zur GWZ statt.

Erfragt wurden insbesondere die Zahl der an der jeweiligen Anschrift vorhandenen Gebäude und Wohnungen sowie die zum Stichtag relevanten Eigentumsverhältnisse.

Insgesamt erhielten in Rheinland-Pfalz rund 514 000 der mehr als 1,1 Millionen Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer sowie Immobilienverwalterinnen und -verwalter einen Fragebogen. Rund 287 000 Adressaten bzw. 56 Prozent antworteten. Diese gaben in ihren Rückmeldungen wertvolle Hinweise, die für die Optimierung der

Frühe Unterstützung durch Kommunalverwaltungen

Vorab-Klärung der Eigentumsverhältnisse zum Zensus-Stichtag

Versandaktion zur GWZ genutzt wurden. Diejenigen Bürgerinnen und Bürger, die sich nicht an der Vorbefragung beteiligten, nahmen damit beispielsweise in Kauf, dass sie im Rahmen der Haupterhebung irrtümlich zu Immobilien befragt wurden, die ihnen nicht zuzurechnen waren.

Durchführung der GWZ-Haupterhebung in mehreren Versandwellen

Auf der Grundlage der durch die Vorbefragung aktualisierten Datenbasis konnte am 26. April 2011 mit der flächendeckenden postalischen Erhebung von Gebäude- und Wohnungsdaten begonnen werden.

Eigentümerwechsel erfordern mehrere Versandwellen

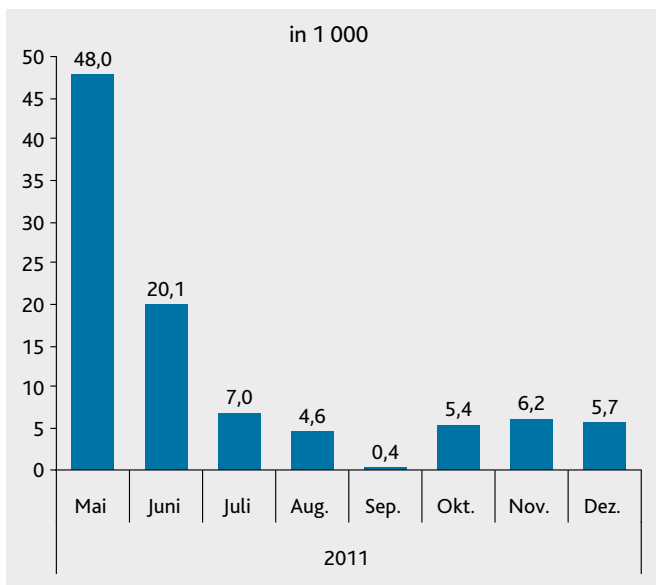
Insgesamt wurden in einer ersten Versandwelle den bis dahin ermittelten Auskunftspflichtigen rund 1,25 Millionen Briefsendungen zugestellt. Zur Entzerrung der Rückfragen erstreckte sich diese erste Befragungswelle auf zwei Wochen. Bereits in den ersten Tagen nach Zustellung wandten sich zahlreiche Anrufer an die eigens für die Beantwortung von Fragen zum Zensus eingerichtete Hotline des Statistischen Landesamtes. Neben allgemeinen Fragen zum Zensus und speziell zur GWZ gingen Informationen zu inzwischen stattgefundenen Eigentumswechseln, Todesfällen sowie Anschriftenkorrekturen ein, die es in den folgenden Versandphasen zu berücksichtigen galt. Auf der Grundlage dieser Rückmeldungen und zur erneuten Belieferung von Personen, die den Fragebogen versehentlich weggeworfen oder anderweitig unbrauchbar gemacht hatten, erfolgte im Juli 2011 ein erster Nachversand, der rund 35 000 Sendungen umfasste. Zuvor waren bereits Mitte Juni 2011 annähernd 187 000 bis dahin noch säumige Auskunftspflichtige an die Abgabe der Erhebungsunterlagen erin-

nert worden. In den folgenden Monaten bis Februar 2012 folgten sechs weitere Nachversandwellen, in denen insbesondere den aus den Rückmeldungen nunmehr bekannt gewordenen Immobilieneigentümerinnen und -eigentümern Erhebungsunterlagen zugesandt wurden.

Auskunftsdienst beantwortete über 110 000 Anrufe

Unmittelbar nach Zustellung der Postsendungen gingen jeweils gehäuft Anfragen von Auskunftspflichtigen ein. Die Telefon-Hotline umfasste in Spitzenzeiten in Rheinland-Pfalz bis zu 90 Kräfte. In der Summe wurden im gesamten Erhebungszeitraum vom 1. Oktober 2010 bis 30. April 2012 mehr als 110 000 Anrufe in der Hotline angenommen und bearbeitet, davon allein fast 100 000 in den Monaten April bis Dezember 2011. Mit rund 3 000 Telefonaten war – unmittelbar nach Versand der ersten Erinnerungsschreiben – der 22. Juni 2011 der Tag mit dem höchsten Anrufaufkommen.

G1 Von der Zensus-Hotline beantwortete telefonische Anfragen von Mai bis Dezember 2011



Neben den telefonischen galt es mehr als 19 000 schriftliche Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern zu bearbeiten.

Die am häufigsten vorgebrachten Anliegen der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer waren:

- Bitten um Hilfestellung beim Ausfüllen der Erhebungsbogen,
- Hinweise auf Eigentumsübertragungen bzw. Sterbefälle,
- Beschwerden über die vom Gesetzgeber verordnete Portopflicht, nach der die Adressaten für die Kosten der Rücksendung der Erhebungsbogen an das Statistische Landesamt aufkommen mussten,
- Beschwerden über (vermeintlich) ungerechtfertigte Erinnerungs- und Mahnschreiben,
- Bitten um Terminverlängerungen sowie
- Bitten um Zustellung neuer bzw. weiterer Fragebogen.

Auskunftsbereitschaft unerwartet hoch

Die Erhebungsbogen, in denen lediglich sechs Fragen zu jedem Gebäude (z. B. Baujahr, Gebäudetyp) sowie neun Fragen zu jeder Wohnung (z. B. Fläche, Zahl der Räume) zu beantworten waren, konnten von den Auskunftspflichtigen sowohl postalisch an das Statistische Landesamt zurückgesandt als auch über eine sichere Verbindung via Internet übertragen werden. Von der Möglichkeit der elektronischen Übertragung machten rund 38 Prozent der Auskunftspflichtigen Gebrauch und ersparten sich so die Portokosten. Bereits kurz nach dem Stichtag lag die Hälfte der in der ersten Welle versandten Bogen – elektronisch oder als Papierbeleg – im Statistischen Landesamt vor.

Nach der Eingangsverarbeitung (Öffnen der Umschläge, Entnahme der Schriftstücke, Sortieren, Belegreparatur) wurden die Papierbelege mittels mehrerer Scanner eingeleitet. Nicht zweifelsfrei erkannte Daten vervollständigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes mittels eines EDV-gestützten Verfahrens.

Mahnung säumiger Auskunftspflichtiger steigerte die Ergebnisqualität

Nachdem bereits Mitte Juni rund 80 Prozent der in der Erstversandwelle zugestellten Fragebogen zurückgesandt worden waren, wurden – wie oben angeführt – Mitte Juni 2011 erstmals rund 187 000 Erinnerungsschreiben an bis dahin noch säumige Auskunftspflichtige versandt. In den folgenden Monaten erfolgten – korrespondierend zu den sechs weiteren Nachversandwellen – Erinnerungs- und Mahnaktionen. Mit jeder dieser Maßnahmen stieg der Erhebungsrücklauf deutlich.

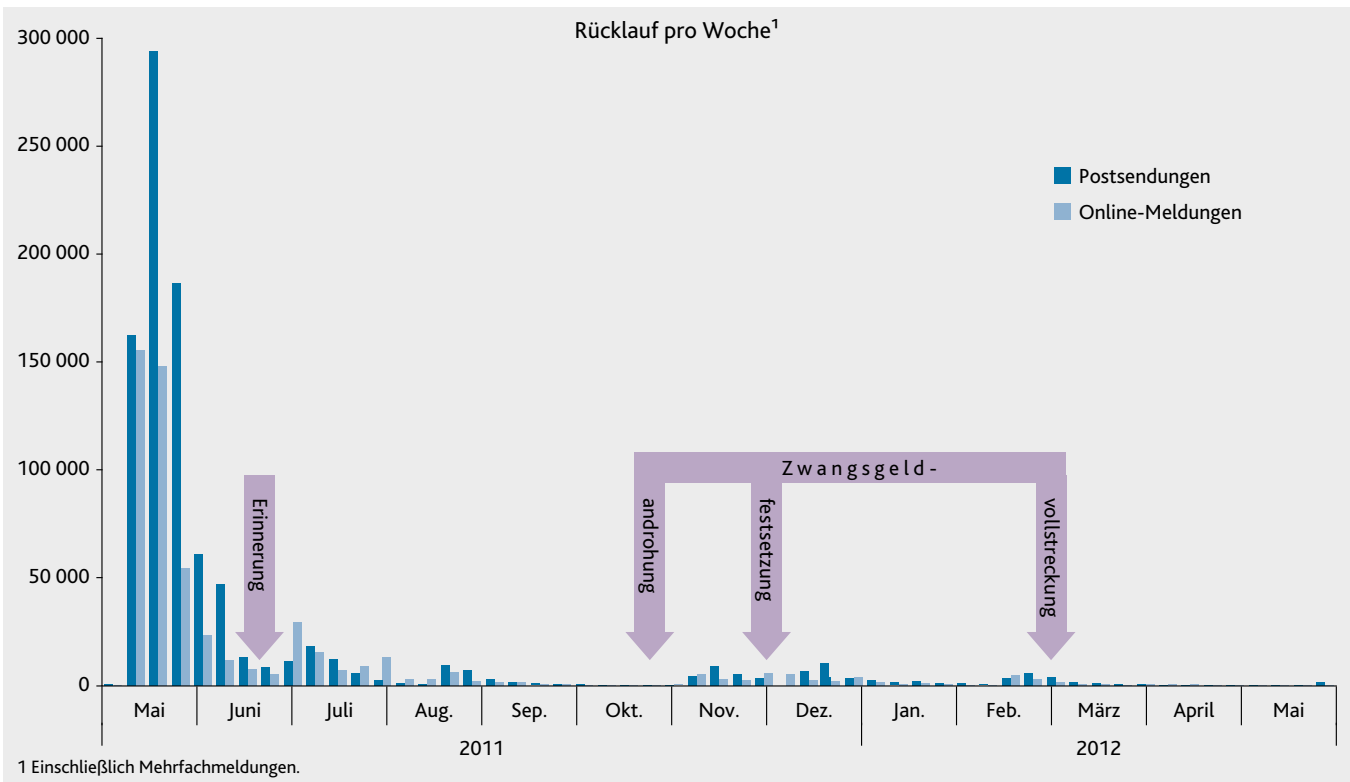
Die GWZ ist eine Vollerhebung, die flächendeckend vollständige Daten über den Bestand und die Nutzung von Wohnungen liefert. Da Antwortausfälle die Ergebnisqualität beeinträchtigen, wurden zur Durchsetzung der Auskunftspflicht – nach Verstreichen der im Erinnerungsschreiben eingeräumten erweiterten Beantwortungsfrist – Verwaltungszwangsverfahren eingeleitet. In diesem Zusammenhang erhielten erstmals in der zweiten Oktoberhälfte 2011 landesweit rund 52 000 Auskunftspflichtige einen Heranziehungsbescheid.

Zu diesem Zeitpunkt belief sich die Rücklaufquote bereits auf etwas mehr als 90 Prozent.

Unter Androhung eines Zwangsgeldes wurden die Betroffenen erneut zur Beantwortung der Fragen aufgefordert. Durch diese Maß-

Aufbereitungsarbeiten im Statistischen Landesamt

Die freundliche Erinnerung hat viel bewirkt



nahme und die parallel erfolgenden Nachversandaktionen konnte die Rücklaufquote in Rheinland-Pfalz bis Anfang Dezember auf etwa 98 Prozent erhöht werden.

Gegen rund 15 000 Personen, die auch auf den Heranziehungsbescheid nicht reagierten, wurde das angedrohte Zwangsgeld von in der Regel 300 Euro festgesetzt.

**Geringe
Zahl von
Verweigerern**

Lediglich 4 800 Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer, die sich trotz Festsetzung des Zwangsgeldes nicht zur Auskunftserteilung bewegen ließen, mussten Ende Februar 2012 an die Landesoberkasse gemeldet werden. Diese leitete zur Durchsetzung der Auskunftspflicht Vollstreckungsmaßnahmen ein. Erfreulicherweise war dies nur bei weniger als einem halben Prozent der ursprünglich angeschriebenen 1,1 Millionen Eigentümerinnen und Eigentümer erforderlich.

Statistische Hilfsmittel bei Antwortausfällen: Imputationen und Ersatzvornahmen

Wie in anderen statistischen Erhebungen ist es unvermeidlich, dass Antwortausfälle auftreten, sodass für einen Teil der Immobilien auch nach Abschluss der Erhebungsphase keine bzw. keine vollständigen Angaben vorlagen. Dies hatte im Wesentlichen folgende Gründe: Zum einen konnten nicht für alle Immobilien die zum Stichtag maßgeblichen Auskunftspflichtigen ermittelt werden. Zum anderen traten durch unvollständige Beantwortung der Fragebogen Datenlücken auf, die nicht durch Nachbefragung gefüllt werden konnten. Zur Kompensation dieser Antwortausfälle werden in der Statistik Imputationsverfahren und/oder das Verfahren der Ersatzvornahme eingesetzt.

Maschinelle
Verfahren zur
Füllung von
Datenlücken

Imputationsverfahren greifen auf Erhebungsdaten zurück, die für Immobilien in der unmittelbaren Nachbarschaft vorliegen. Besteht im Umfeld der fraglichen Immobilie eine homogene Bebauungsstruktur, werden für das ausstehende Objekt Daten aus den umliegenden Gebäuden übernommen. Auf diese Art und Weise wurden landesweit die Daten von rund 31 000 Gebäuden (2,6 Prozent des Gesamtbestandes) maschinell erzeugt.

Ersatzweise
Erhebungen
vor Ort bei
Antwort-
ausfällen

Bei Immobilien, die in einem inhomogenen Umfeld liegen, wäre eine Imputation sämtlicher ausstehender Merkmale aus benachbarten Gebäuden nicht angemessen. In diesen Fällen wurden im Zensus 2011 Daten per Begehung vor Ort (sogenannte Ersatzvornahmen) durch Erhebungsbeauftragte ermittelt. Die Ersatzvornahmen beschränkten sich auf die Aufnahme weniger Eckmerkmale zum jeweiligen Gebäude (Vorhandensein von Wohnraum, Typ und Alter des Gebäudes, Anzahl der Wohnungen). In Rheinland-Pfalz wurden an rund 78 000 Adressen Begehungen durchgeführt, dabei die oben genannten Eckdaten von knapp 45 000 Gebäuden (3,7 Prozent des Gesamtbestandes) erhoben und die noch fehlenden Merkmale durch maschinelle Imputation ergänzt. An den übrigen 33 000 rheinland-pfälzischen Adressen konnte von den Erhebungsbeauftragten kein Wohnraum festgestellt werden.

Mehrstufige Plausibilisierung der Daten sichert Qualität der Ergebnisse

Die per postalischer Befragung, Imputation und Ersatzvornahme gewonnenen Daten zu Gebäuden und Wohnungen wurden erhebungsbegleitend maschinell auf ihre Korrektheit (Plausibilität) überprüft. Hierbei

auftretende Unstimmigkeiten konnten im Wesentlichen per Einzelfallkorrektur bereinigt werden.

Unmittelbar nach Abschluss dieser Plausibilisierungsphase wurden die Papierbelege datenschutzkonform vernichtet.

Der Prozess der Aufbereitung der Erhebungsdaten ist zurzeit noch nicht abgeschlossen. In den kommenden Monaten werden die Gebäude- und Wohnungsdaten mit den unabhängig hiervon erhobenen Personendaten zusammengeführt. Dabei auftretende Unstimmigkeiten (beispielsweise als „leer stehend“ gemeldete Wohnungen, für die jedoch Bewohner ermittelt werden konnten) werden maschinell bereinigt. Die so abschließend plausibilisierten Daten liefern eine verlässliche Momentaufnahme zum Immobilienbestand am 9. Mai 2011, die für vielfältige statistische Analysen genutzt werden kann.

Diese Datenbasis ermöglicht unter anderem differenzierte, kleinräumige Analysen. So können beispielsweise einzelne Wohngebiete bzw. Innenstadt-Gebiete mit Außenbezirken verglichen werden. Gerade für die Stadt- und Regionalplanung eröffnen sich somit vielfältige Möglichkeiten, die in dieser Form keine andere Statistik bietet.

Unabhängig hiervon bilden die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung die Grundlage für die Fortschreibung der Gebäude- und Wohnungsbestände auf der Gemeindeebene über den Stichtag hinaus bis zum nächsten Zensus.

Erste Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung werden voraussichtlich im Frühjahr 2013 veröffentlicht. An diesem Erstveröffentlichungstermin ist zudem die Bekanntgabe der zum Stichtag festgestell-

Datenschutz-
gerechte
Entsorgung
der Erhebungs-
papiere

Vielfältiger
Nutzen der
erhobenen
Daten

ten amtlichen Einwohnerzahlen von Bund, Ländern und Kommunen sowie erster demografischer Strukturdaten geplant. Über die Erhebung und Aufbereitung der Bevölkerungsdaten wird in der Februar-Ausgabe der Statistischen Monatshefte berichtet.

Fazit und Ausblick

In Deutschland gab es 24 Jahre lang keine Volks-, Gebäude- und Wohnungszählung mehr. Der Zensus 2011 ist daher als notwendige Inventur zu betrachten, bei der umfassende Daten zur Bevölkerung sowie zum vorhandenen Wohnraum erhoben wurden.

Dank der hohen Antwortbereitschaft in der Bevölkerung und eines komplexen Aufbereitungsverfahrens konnte im Rahmen der Gebäude- und Wohnungszählung, die eine

zentrale Säule dieses Zensus 2011 ist, eine Datenbasis geschaffen werden, die eine regional differenzierte Momentaufnahme der Wohninfrastruktur zum Erhebungsstichtag liefert. Unabhängig hiervon dienen diese Daten auch als Basis für die statistische Fortschreibung der Gebäude- und Wohnungsbestände bis zum nächsten Zensus, der – nach den Vorgaben der Europäischen Union – zehn Jahre nach dem Zensus 2011 stattfinden wird.

Gerd Reh, Diplom-Volkswirt, leitet das Referat „Zensus“. Sabine Ruhnke, Diplom-Geographin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in diesem Referat.

Hochschulen 2011/12

Teil 2: Durchschnittlicher Mitteleinsatz je Studentin und Student deutlich gestiegen



Von Bettina Link

Innerhalb der letzten fünf Jahre strömten so viele Menschen an die Hochschulen wie nie zuvor. In der Folge haben die Hochschulen ihre Studienplatzkapazitäten massiv erweitert. Die Entwicklung der Zahlen der Studienanfängerinnen und Studienanfänger, der Studierenden sowie der Absolventinnen und Absolventen wurde in der Dezember-Ausgabe des Statistischen Monatsheftes dargestellt. Dieser Teil befasst sich mit den Themen Studienfachwahl, Studierendenwanderungsverhalten, Frauen an Hochschulen sowie mit den Bereichen Personal und Hochschulfinanzen.

MINT-Fächer – noch immer Männerdomäne

In der bildungspolitischen Diskussion nehmen die sogenannten MINT-Fächer, also die Fächer Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik eine besondere Stellung ein. Absolventinnen und Absolventen dieser Fachrichtungen gelten als besonders wichtig für die Sicherung des Bedarfs an qualifizierten Fachkräften.

Ein Drittel aller Studierenden belegt MINT-Fächer

In der amtlichen Statistik entsprechen die MINT-Fächer den Fächergruppen Ingenieurwissenschaften und Mathematik/Naturwissenschaften. Im Wintersemester 2011/12 absolvierten in Rheinland-Pfalz 39 385 Personen und damit etwa ein Drittel aller Studierenden ein Studium in einem der MINT-Fächer.

Zu den beliebtesten naturwissenschaftlich-technischen Studienbereichen zählten Informatik, Maschinenbau/Verfahrenstechnik und Mathematik.

Frauen entschieden sich relativ selten für ein MINT-Fach. Lediglich 22 Prozent der Studentinnen des Wintersemesters 2011/12 waren in einem entsprechenden Studiengang eingeschrieben. Bei den Männern lag dieser Anteil mit 45 Prozent doppelt so hoch.

Studentinnen im MINT-Bereich unterrepräsentiert

Insgesamt dominierten bei den am häufigsten von Frauen gewählten Studiengängen auch im Wintersemester 2011/12 die sprachwissenschaftlichen und pädagogischen Fächer, während Studenten häufig in technischen und ingenieurwissenschaftlichen Fächern eingeschrieben waren. Eine zahlenmäßig hohe Bedeutung für beide

T 1

Eckdaten zu MINT-Fächern¹ 2001–2011

Jahr ²	Studienanfänger			Studierende			Absolventen		
	ins-gesamt	Frauen		ins-gesamt	Frauen		ins-gesamt	Frauen	
	Anzahl	%		Anzahl	%		Anzahl	%	
2001	5 186	1 704	32,9	25 764	8 367	32,5	2 960	949	32,1
2002	5 621	2 013	35,8	27 227	9 105	33,4	2 727	917	33,6
2003	6 259	2 122	33,9	29 350	9 937	33,9	2 728	891	32,7
2004	5 989	2 029	33,9	30 622	10 438	34,1	2 940	1 057	36,0
2005	6 197	2 092	33,8	31 870	10 814	33,9	3 351	1 176	35,1
2006	6 195	2 211	35,7	32 314	10 997	34,0	3 354	1 229	36,6
2007	7 074	2 583	36,5	33 919	11 613	34,2	3 674	1 370	37,3
2008	7 141	2 452	34,3	34 751	11 822	34,0	4 020	1 511	37,6
2009	7 581	2 686	35,4	36 781	12 462	33,9	4 608	1 578	34,2
2010	7 812	2 717	34,8	37 842	12 913	34,1	5 040	1 783	35,4
2011	8 761	2 634	30,1	39 385	12 990	33,0	5 695	2 124	37,3

1 Fächergruppen Mathematik/Naturwissenschaften und Ingenieurwissenschaften. – 2 Studienanfänger: Kalenderjahr; Studierende: Wintersemester; Absolventen: Prüfungsjahr.

Geschlechter hatten die Fächer Betriebswirtschaftslehre und Rechtswissenschaften.

Mit vielfältigen Initiativen versuchen Akteure in Politik und Wirtschaft seit Jahren den Anteil der Studierenden in MINT-Fächern zu erhöhen und insbesondere mehr Frauen für ein Studium in diesem Bereich zu gewinnen. Ein Beispiel hierfür ist der 2008 im Rahmen der Qualifizierungsinitiative der Bundesregierung verabschiedete „Nationale Pakt für Frauen in MINT-Berufen“. Ziel dieses Paktes zwischen Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien ist es, eine Veränderung des Bildes der MINT-Berufe in der Gesellschaft zu erreichen und hierdurch die Zahl der „MINT-Studentinnen“ zu erhöhen und zudem mehr Hochschulabsolventinnen für eine Karriere in der Wirtschaft zu gewinnen.

Gemessen an dem anhaltend geringen MINT-Anteil der weiblichen Studierenden haben diese Initiativen kaum nachhaltige Veränderungen bewirkt. Nach Ansicht des Wissenschaftsrates liegt das auch daran,

dass sie mehrheitlich darauf ausgerichtet waren, Schülerinnen zur Aufnahme eines MINT-Studiums zu motivieren, während eine Reform der Studienstrukturen nur selten angegangen wurde. Es sei aber ebenso bedeutend, die Curricula weiterzuentwickeln, sodass sie auch für Frauen attraktiv werden, beispielsweise durch Integration von „interdisziplinären Themen mit gesellschaftlicher Relevanz“.¹

Die Daten des Wintersemesters 2011/12 zeigen, dass es unter den MINT-Fächern gleichwohl Studienbereiche gibt, in denen Studentinnen einen wesentlichen Anteil stellen. So waren die Männer in den ingenieurwissenschaftlichen und technischen Studienbereichen Elektrotechnik, Maschinenbau und Informatik zwar weitgehend unter sich. In den klassischen Lehramtsfächern Biologie, Mathematik und Geografie, in den Fächern Architektur/Innenarchitektur und Raumplanung sowie im pharmazeutischen Bereich war der Frauenanteil aber relativ groß.

Insgesamt waren ein Drittel der Studierenden in MINT-Fächern Frauen (33 Prozent).

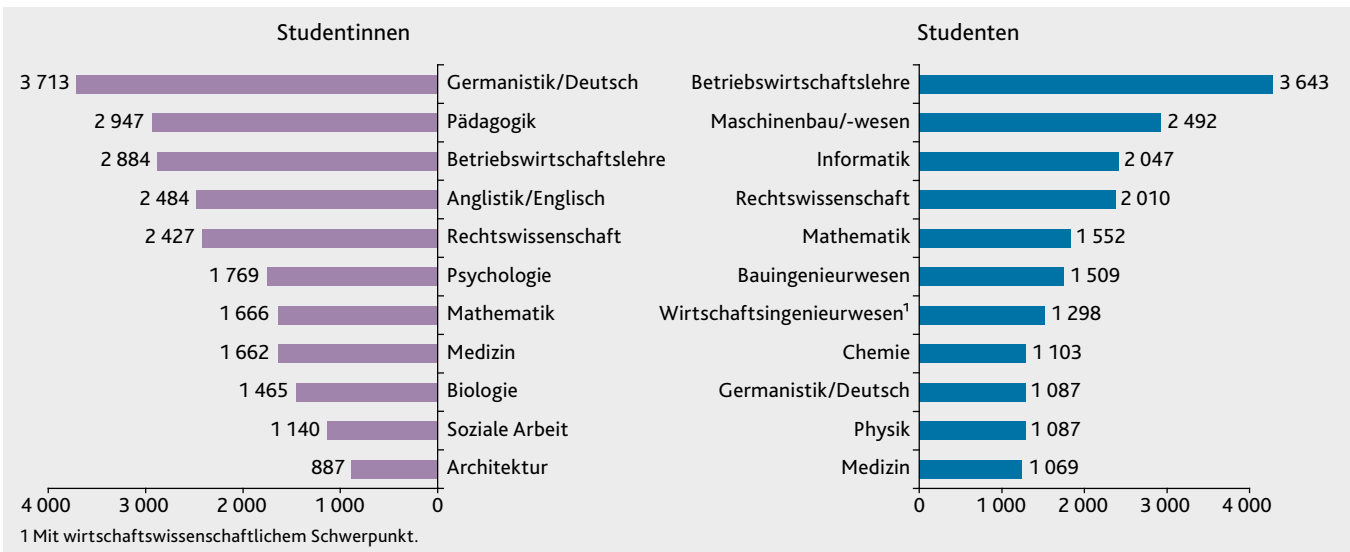
Kaum Veränderungen des MINT-Anteils bei Studentinnen

Bestimmte MINT-Fächer auch bei Frauen beliebt

¹ Fünf Jahre Offensive für Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – Bestandsaufnahme und Empfehlungen, Bremen 2012, S.37.

G 1

Beliebteste Studienfächer im Wintersemester 2011/12 nach Geschlecht



Nur jede fünfte Professur von einer Frau besetzt

54 Prozent aller Absolventinnen und Absolventen sind Frauen

Der Frauenanteil an den Hochschulen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Frauen stellen innerhalb der Studierendenschaft die Hälfte und bei den Absolventinnen und Absolventen die Mehrheit (54 Prozent). Bei den Studienanfängern dominierten im Jahr 2011 infolge der Aussetzung der Wehrpflicht mit einem Anteil von 52 Prozent erstmals wieder die Männer.

Trotz ihrer starken Präsenz unter den Studierenden gilt für die akademische Laufbahn noch immer: Je höher die „Statusgruppe“, desto geringer der Anteil der Frauen.

Relativ ausgeglichen ist die Geschlechterrelation bei den erfolgreich abgeschlossenen Promotionen – dem Ausgangspunkt einer Hochschulkarriere. Hier wuchs der Frauenanteil in den vergangenen fünf Jahren um 7,8 Prozentpunkte auf 46 Prozent. Insgesamt schlossen im vergangenen Prüfungsjahr 506 Frauen und 597 Männer ein Promotionsverfahren erfolgreich ab.

Bei den Habilitationen schwankte die Gesamtzahl wie auch der Frauenanteil in den vergangenen Jahren stark. Im Jahr 2011 wurden 15 der insgesamt 51 Habilitationen von Frauen abgeschlossen. Fünf Jahre zuvor waren es drei von insgesamt 54.

2011 wurden 15 von 51 Habilitationen von Frauen abgelegt

Unter den wissenschaftlich/künstlerisch Beschäftigten an den Hochschulen konnten die Frauen in den vergangenen Jahren merklich aufholen. Weiterhin gering ist der Frauenanteil allerdings in der Professorenschaft. Lediglich jede fünfte Professur wird derzeit von einer Frau besetzt.

Die Gründe hierfür sind vielfältig. So sind beispielsweise die häufig zeitlich befristeten Beschäftigungsverhältnisse im Hochschulbereich insbesondere für Frauen in der Familiengründungsphase wenig attraktiv. In seiner im Mai 2012 veröffentlichten Bestandsaufnahme zur Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern verweist der Wissenschaftsrat zudem wiederholt auf die informellen Rekrutierungs- und Förderpraktiken im Hoch-

T 2

Studierende in MINT-Fächern im Wintersemester 2011/12 nach Studienbereichen und Geschlecht

Studienbereich	Insgesamt	Frauen		Männer	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Informatik	6 355	1 059	16,7	5 296	83,3
Maschinenbau/Verfahrenstechnik	5 963	911	15,3	5 052	84,7
Mathematik	3 965	1 990	50,2	1 975	49,8
Biologie	3 501	2 198	62,8	1 303	37,2
Geografie	2 425	1 246	51,4	1 179	48,6
Chemie	2 359	1 029	43,6	1 330	56,4
Architektur, Innenarchitektur	2 323	1 427	61,4	896	38,6
Bauingenieurwesen	2 245	453	20,2	1 792	79,8
Ingenieurwesen allgemein	1 971	370	18,8	1 601	81,2
Elektrotechnik	1 943	147	7,6	1 796	92,4
Physik, Astronomie	1 572	320	20,4	1 252	79,6
Raumplanung	1 474	663	45,0	811	55,0
Wirtschaftsingenieurwesen ¹	1 174	174	14,8	1 000	85,2
Geowissenschaften	798	336	42,1	462	57,9
Pharmazie	542	385	71,0	157	29,0
Mathematik, Naturwissenschaften allgemein	490	245	50,0	245	50,0
Vermessungswesen	202	35	17,3	167	82,7
Verkehrstechnik, Nautik	83	2	2,4	81	97,6
Insgesamt	39 385	12 990	33,0	26 395	67,0

1 Mit ingenieurwissenschaftlichem Schwerpunkt.

schulbetrieb, die sich für Frauen eher nachteilig auswirken.²

36 Prozent aller Juniorprofessuren von Frauen besetzt

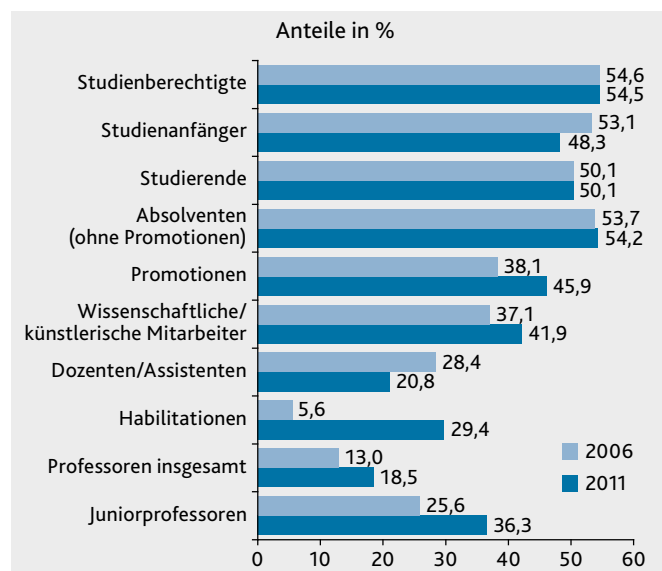
Als faktisches Gleichstellungsinstrument erwies sich die 2002 eingeführte sogenannte Juniorprofessur. Diese eröffnete jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern einen Weg zur Professur, ohne hierfür eine Habilitation vorauszusetzen. Im Jahr 2011 waren 36 Prozent der Juniorprofessuren mit Frauen besetzt. Dieser Anteil ist fast doppelt so hoch, wie der in der gesamten Professorenschaft.

Zurzeit vollzieht sich an den Hochschulen ein Generationenwechsel – gut die Hälfte der Professorinnen und Professoren wird in den nächsten zehn Jahren das Ruhestandsalter erreichen. Durch diesen Generationenwechsel kann sich der Frauenanteil in wissenschaftlichen Spitzenpositionen erhöhen.

Der Erhöhung des Frauenanteils sind allerdings in jenen Disziplinen Grenzen gesetzt, die nur selten von Frauen studiert werden. Hierzu zählen, wie bereits dargestellt, insbesondere die sogenannten MINT-Fächer.

G 2

Frauen an Hochschulen 2006 und 2011



² Ebd., S. 25ff.

54 Prozent aller Studierenden sind keine „Landeskinder“

Die Hochschulen in Rheinland-Pfalz sind auch für Abiturientinnen und Abiturienten anderer Bundesländer attraktiv. Im Wintersemester 2011/12 waren 54 Prozent aller Studierenden keine „Landeskinder“. Unter den „Zugewanderten“ stellten neben den Studierenden aus dem Ausland (6,9 Prozent) die Studierenden, die ihre Hochschulreife in Hessen (13 Prozent), Nordrhein-Westfalen (9,1 Prozent) und Baden-Württemberg (8,8 Prozent) erlangt hatten, die größten Anteile.

Viele Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer zieht es zum Studium in Nachbarländer

Bei den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die ihr Studium in einem anderen Bundesland aufnahmen, waren die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen am beliebtesten. Hier studierten 13 Prozent der Studienberechtigten aus Rheinland-Pfalz. Ebenfalls viele Studienberechtigte hatten sich für Hochschulen in Baden-Württemberg (zwölf Prozent) und Hessen (9,9 Pro-

zent) entschieden. Nicht berücksichtigt sind Wanderungen ins Ausland, da diese von der Hochschulstatistik nicht erfasst werden.

Aus der Gegenüberstellung der aus dem Bundesgebiet nach Rheinland-Pfalz zugewanderten Studierenden und den rheinland-pfälzischen Studienberechtigten, die zum Studium in andere Bundesländer abgewandert sind, ergibt sich der rheinland-pfälzische Wanderungssaldo. Dieser lag im Wintersemester 2011/12 bei +5 477 Studierenden. Das heißt, dass die Zahl derer, die aus anderen Bundesländern zum Studium nach Rheinland-Pfalz kommen, deutlich höher ist, als die Zahl derjenigen, die für das Studium in ein anderes Bundesland wechseln.

Wanderungssaldo: +5 477 Studierende

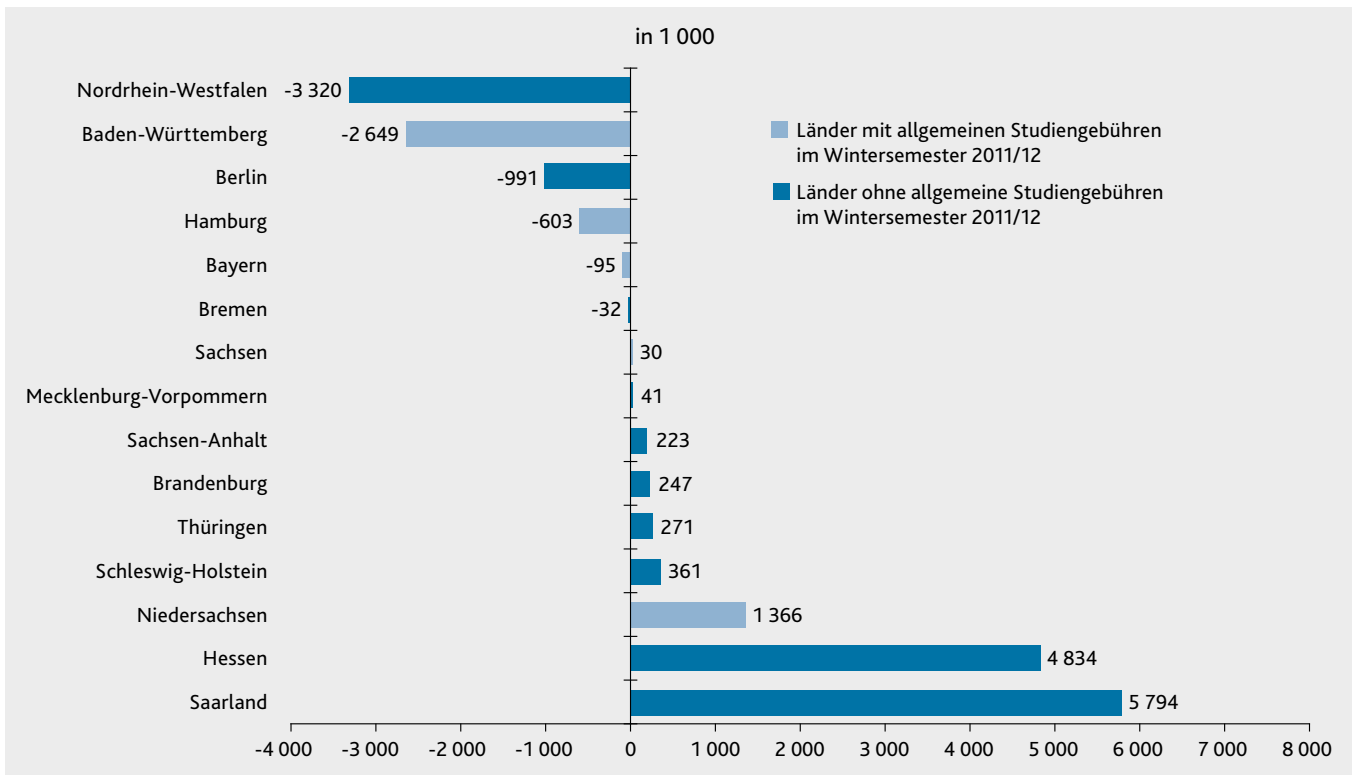
Die höchsten Wanderungsgewinne unter den übrigen Flächenländern verzeichneten Nordrhein-Westfalen (+24 072), Sachsen (+9 791) und Hessen (+7 888), den höchsten Wanderungsverlust gab es in Niedersachsen mit –45 817.

T 3

Studierende im Wintersemester 2011/12 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung (HZB)¹ und dem Land des Studienortes

Land	Aus Rheinland-Pfalz studieren in ...		In Rheinland-Pfalz studieren aus ...		Wanderungsüberschuss/-defizit Anzahl
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Innerhalb des Bundesgebietes	103 520	100	108 997	93,1	5 477
Baden-Württemberg	12 939	12,5	10 290	8,8	-2 649
Bayern	3 024	2,9	2 929	2,5	-95
Berlin	1 898	1,8	907	0,8	-991
Brandenburg	342	0,3	589	0,5	247
Bremen	231	0,2	199	0,2	-32
Hamburg	1 094	1,1	491	0,4	-603
Hessen	10 214	9,9	15 048	12,9	4 834
Mecklenburg-Vorpommern	325	0,3	366	0,3	41
Niedersachsen	1 223	1,2	2 589	2,2	1 366
Nordrhein-Westfalen	13 940	13,5	10 620	9,1	-3 320
Rheinland-Pfalz	53 570	51,7	53 570	45,7	-
Saarland	2 741	2,6	8 535	7,3	5 794
Sachsen	813	0,8	843	0,7	30
Sachsen-Anhalt	318	0,3	541	0,5	223
Schleswig-Holstein	360	0,3	721	0,6	361
Thüringen	488	0,5	759	0,6	271
Außerhalb des Bundesgebietes und ohne Angaben ²	.	.	8 108	6,9	.
Insgesamt	103 520	100	117 105	100	.

1 Einschließlich Feststellungsprüfung an einem deutschen Studienkolleg. – 2 Angaben zu deutschen Studierenden im Ausland werden nicht erfasst.



Größte Wanderungsüberschüsse gegenüber dem Saarland und Hessen

Der Zuwanderungsgewinn kann als Zeichen der Attraktivität des Hochschulstandorts Rheinland-Pfalz in Deutschland interpretiert werden. Er wird sicherlich auch durch die bundesweit unterschiedliche Praxis bei der Erhebung von Studiengebühren beeinflusst. So forderten im Wintersemester 2011/12 die Bundesländer Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Niedersachsen Studiengebühren, die bis zu 500 Euro pro Semester betragen konnten. In Rheinland-Pfalz ist das Erststudium dagegen gebührenfrei. Die größten Wanderungsverluste verzeichnete Rheinland-Pfalz gegenüber Nordrhein-Westfalen und – trotz Studiengebühren – gegenüber Baden-Württemberg³. Die größten Überschüsse gab es gegenüber dem Saarland und Hessen.

³ In Baden-Württemberg werden ab dem Sommersemester 2012 und in Hamburg ab dem Wintersemester 2012/13 keine allgemeinen Studiengebühren mehr erhoben.

Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer in Rheinland-Pfalz bei 7,1 Prozent

Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulreife außerhalb Deutschlands erlangt und gegebenenfalls an einem deutschen Studienkolleg ergänzt haben, werden als „Bildungsausländerinnen und Bildungsausländer“ bezeichnet. Ihr Anteil gibt einen Hinweis auf die Attraktivität der rheinland-pfälzischen Hochschulen für Studierende aus dem Ausland. Der Anteil der „Bildungsausländerinnen und -ausländer“ lag im Wintersemester 2011/12 bei 7,1 Prozent und damit 1,8 Prozentpunkte unter dem Wert des Wintersemesters 2006/07. An Universitäten war der Anteil der Bildungsausländer etwas höher als an Fachhochschulen.

T 4

Bildungsinländer und -ausländer in den Wintersemestern 2001/02–2011/12

Wintersemester	Bildungsausländer				Bildungsinländer			
	insgesamt	Anteil an allen Studierenden	Anteil an ...		insgesamt	Anteil an allen Studierenden	Anteil an ...	
			Univer- sitäten ¹	Fachhoch- schulen			Univer- sitäten ¹	Fachhoch- schulen
Anzahl		%		Anzahl		%		
2001/02	6 930	8,1	9,5	4,9	2 520	2,9	2,8	3,2
2002/03	7 758	8,5	10,1	5,1	2 589	2,8	2,7	3,2
2003/04	8 454	8,8	10,2	5,8	2 671	2,8	2,6	3,1
2004/05	8 816	8,9	10,1	6,3	2 714	2,7	2,6	3,0
2005/06	8 972	8,8	9,6	7,1	2 712	2,7	2,6	2,9
2006/07	9 154	8,9	9,5	7,5	2 748	2,7	2,5	3,0
2007/08	9 373	8,9	9,1	8,5	2 837	2,7	2,5	3,1
2008/09	9 417	8,8	8,8	8,8	2 865	2,7	2,5	3,1
2009/10	8 939	8,2	8,1	8,3	3 037	2,8	2,6	3,2
2010/11	8 554	7,6	7,5	7,7	3 123	2,8	2,5	3,2
2011/12	8 335	7,1	7,2	6,9	3 334	2,8	2,6	3,3

¹ Einschließlich sonstiger wissenschaftlicher und theologischer Hochschulen.

Luxembur-
gerinnen und
Luxemburger
stellten größte
Gruppe

Unter den „Bildungsausländerinnen und -ausländern“ stellten im Wintersemester 2011/12 die Studierenden mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit die größte Gruppe (840), gefolgt von Studentinnen und Studenten aus China (716) und Kamerun (506).

Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erlangt haben, werden als „Bildungsinländer“ bezeichnet. Der

Anteil der „Bildungsinländer“ an den Hochschulen in Rheinland-Pfalz lag im Wintersemester 2011/12 bei 2,8 Prozent und damit leicht über dem Wert des Wintersemesters 2006/07 (2,7 Prozent).

Mehr Beschäftigte an Hochschulen des Landes

Die Hochschulen des Landes Rheinland-Pfalz sowie die Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz beschäftigten im Jahr 2011 insgesamt 23 980 Personen und damit 4 015 mehr als im Jahr 2006. Von den Beschäftigten waren 12 840 dem wissenschaftlich/künstlerischen und 11 140 dem Verwaltungspersonal zugeordnet.

Seit 2006 verzeichnen die Hochschulen einen deutlichen Zuwachs des wissenschaftlich/künstlerischen Personals (+29 Prozent). Dieser fiel allerdings in den einzelnen Personalgruppen sehr unterschiedlich aus. So wuchs insbesondere die Zahl der wissenschaftlichen Hilfskräfte (+143 Prozent), die der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (+37 Pro-

29 Prozent
mehr wissen-
schaftlich/
künstlerisches
Personal

T 5

Bildungsausländer im Wintersemester 2011/12 nach Herkunftsland

Land der Staatsangehörigkeit	Anzahl
Luxemburg	840
China	716
Kamerun	506
Russische Föderation	471
Marokko	456
Ukraine	403
Polen	296
Bulgarien	292
Türkei	206
Frankreich	193
Übrige	3 956
Insgesamt	8 335

T 6

Wissenschaftliches und künstlerisches Hochschulpersonal 2006 und 2011

Beschäftigte	2006				2011				Veränderung VZÄ ¹ 2011 gegenüber 2006 in %
	insgesamt	Teilzeit		VZÄ ¹	insgesamt	Teilzeit		VZÄ ¹	
		Anzahl	%			Anzahl	%		
Hauptberufliches Personal	6 604	2 172	32,9	5 518	8 484	3 388	39,9	6 790	23,1
Professor(inn)en	1 678	77	4,6	1 640	1 948	130	6,7	1 883	14,9
Dozent(inn)en und Assistent(inn)en	134	21	15,7	124	24	7	29,2	21	-83,0
wissenschaftliche und künstlerische Mitarbeiter/-innen	4 278	1 851	43,3	3 353	5 878	2 874	48,9	4 441	32,5
Lehrkräfte für besondere Aufgaben	514	223	43,4	403	634	377	59,5	446	10,8
Nebenberufliches Personal	3 318	3 318	100	664	4 356	4 356	100	871	31,3
Gastprofessor(inn)en, Emeriti	34	34	100	7	50	50	100	10	47,1
Lehrbeauftragte	2 819	2 753	97,7	564	3 178	3 178	100	636	12,7
wissenschaftliche Hilfskräfte (ohne studentische Hilfskräfte)	465	465	100	93	1 128	1 128	100	226	142,6
Insgesamt	9 922	5 490	55,3	6 182	12 840	7 744	60,3	7 661	23,9

1 VZÄ (Vollzeitäquivalente): Bei der Berechnung wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet.

zent), der Lehrkräfte für besondere Aufgaben (+23 Prozent) sowie die der Professorinnen und Professoren (+16 Prozent).

Deutlich zurückgegangen ist dagegen die Zahl der Assistentinnen und Assistenten sowie Dozentinnen und Dozenten (-82 Prozent). Die generelle Zunahme der Beschäftigtenzahlen ist nicht zuletzt auf die seit Jahren wachsende Teilzeitquote zurückzuführen.

Hoher Anteil
Teilzeit-
beschäftigter

Diese ist in den vergangenen fünf Jahren um fünf Prozentpunkte auf nunmehr 60 Prozent gestiegen.

Um die Personalkapazitäten der Hochschulen trotz dieser „Teilzeiteffekte“ vergleichen zu können, lassen sich sogenannte Vollzeitäquivalente berechnen. Hierfür wird das Personal in fiktive Vollzeitkräfte umgerechnet.

Für das wissenschaftlich/künstlerische Personal ergibt sich nach dieser Berechnung eine Personalkapazität von 7 661 Vollzeitäquivalenten im Jahr 2011. Gegenüber dem

Jahr 2006 war ein Anstieg von 24 Prozent zu verzeichnen. Zudem zeigt sich, dass insbesondere die Personalkapazitäten der wissenschaftlichen Hilfskräfte sowie die der wissenschaftlich/künstlerischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgestockt wurden.

Der gegenüber dem Jahr 2006 deutliche Rückgang der in Vollzeitäquivalente umgerechneten Zahl an Assistentinnen und Assistenten sowie Dozentinnen und Dozenten (-83 Prozent) ist Folge des 2003 inkraftgetretenen rheinland-pfälzischen Hochschulgesetzes. Entsprechend dieser Regelung ist die Neubegründung von Dozenten- und Assistentenverhältnissen nicht mehr zulässig.

Um das Verhältnis des Lehrpersonals zur Studierendenentwicklung abzubilden, lassen sich verschiedene Betreuungsrelationen (siehe Erläuterungen) errechnen. Rein rechnerisch betreute im Jahr 2011 eine Lehrkraft 19 Studierende.⁴ Auf eine Professorin bzw. auf einen Professor kamen im Schnitt 63 Studierende.

Eine Lehrkraft
betreute
19 Studierende

4 Ohne drittmittelfinanziertes Personal und ohne Verwaltungsfachhochschulen. (Für die Jahre 2003–2010 kann das drittmittelfinanzierte Personal der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität nicht differenziert ausgewiesen werden.)

T 7

Betreuungsrelationen 2011 nach Fächergruppen und Hochschularten

Fächergruppe	Hochschulen insgesamt ¹		Wissenschaftliche Hochschulen		Fachhochschulen ¹	
	Studierende ² je					
	Lehrperson ³	Professor	Lehrperson ³	Professor	Lehrperson ³	Professor
Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften	13,9	19,7	-	-	13,9	19,7
Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften	4,4	49,8	3,8	49,3	28,2	52,9
Ingenieurwissenschaften	23,6	47,3	18,7	69,2	26,2	42,2
Kunst, Kunstwissenschaft	15,7	35,6	14,8	42,9	17,5	27,6
Mathematik, Naturwissenschaften	18,7	55,5	17,2	58,9	30,4	44,5
Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	29,5	72,0	29,8	106,3	29,2	50,5
Sport	36,3	148,7	36,3	148,7	-	-
Sprach- und Kulturwissenschaften	27,1	95,9	27,0	95,9	52,4	101,3
Insgesamt (einschließlich zentrale Einrichtungen)	18,8	62,9	16,8	77,7	25,9	44,0

1 Ohne Verwaltungsfachhochschulen. – 2 Studierende im Wintersemester 2011/12. – 3 Wissenschaftliches Hochschulpersonal in Vollzeitäquivalenten (ohne drittmittelfinanziertes Personal) nach der organisatorischen Zugehörigkeit.

Im Vergleich zum Jahr 2006 hat sich damit das Verhältnis von Studierenden pro Lehrkraft leicht verbessert (-0,7) und die Relation von Studierenden je Professorin bzw. Professor jedoch etwas verschlechtert (+0,9). Deutliche Unterschiede finden sich zwischen den Hochschularten. So entfielen im Jahr 2011 an den wissenschaftlichen Hochschulen wesentlich mehr Studierende

(78) auf eine Professorin bzw. einen Professor als an den Fachhochschulen (44). Hier spiegelt sich unter anderem die unterschiedliche Ausrichtung der Universitäten und der Fachhochschulen wider. Letztere beschäftigen aufgrund des geringeren Forschungsanteils üblicherweise weniger sonstiges wissenschaftlich/künstlerisches Personal. Fachhochschulprofessorinnen und -profes-

Erläuterungen

Wanderungssaldo

Der Wanderungssaldo errechnet sich aus dem Verhältnis der ab- und zuwandernden Studierenden. Er gibt an, in welchem Ausmaß die Länder Bildungsleistungen für Studierende erbringen, die ihre Hochschulreife in einem anderen Bundesland erworben haben.

Vollzeitäquivalente

Vollzeitäquivalente sind standardisierte Vergleichsgrößen, auf deren Grundlage Personalkapazitäten beurteilt werden können. Bei der Berechnung der Vollzeitäquivalente an Hochschulen wird das vollzeitbeschäftigte hauptberufliche Personal mit dem Faktor 1, das teilzeitbeschäftigte mit 0,5 und das nebenberufliche Personal mit 0,2 gewichtet.

Betreuungsrelation

Diese Kennzahl beschreibt das zahlenmäßige Verhältnis der Studierenden zum wissenschaftlich/künstlerischen Personal in Vollzeitäquivalenten. Nicht berücksichtigt wird hierbei das drittmittel-finanzierte Personal. Die Berechnung erfolgt zudem ohne Verwaltungsfachhochschulen.

Laufende Grundmittel

In die Berechnung der laufenden Grundmittel werden diejenigen Mittel einbezogen, die der Hochschulträger den Hochschulen für laufende Zwecke zur Verfügung stellt. Diese werden ermittelt, indem von den Ausgaben der Hochschulen für laufende Zwecke die Verwaltungs- und Drittmiteleinahmen abgezogen werden.

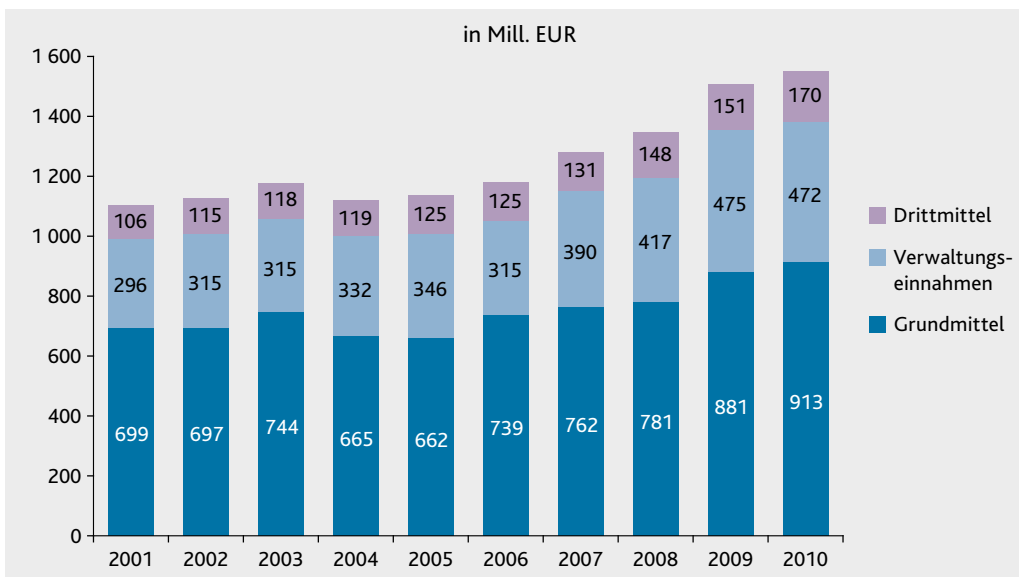
Weitere Informationen und Erläuterungen zum Bereich der Hochschulstatistik finden Sie in den statistischen Berichten zu:

- Studienanfängerinnen und -anfängern,
- Studierenden, Gasthörerinnen und Gasthörern,
- Abschlussprüfungen,
- Personal- und Personalstellen sowie Habilitationen und
- Hochschulfinanzen

auf den Seiten des Statistischen Landesamtes Rheinland-Pfalz unter www.statistik.rlp.de/staat-und-gesellschaft/bildung/

G 4

Einnahmen der Hochschulen 2001–2010 nach Einnahmearten



soren unterrichten zudem etwa doppelt so viele Stunden wie ihre Kolleginnen und Kollegen an wissenschaftlichen Hochschulen.

Auch zwischen den Fächergruppen gibt es große Unterschiede der Betreuungsrelationen. So gehört beispielsweise der Bereich Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften mit 4,4 Studierenden pro Lehrkraft zu den betreuungsintensivsten. In der Fächergruppe Sport werden dagegen durchschnittlich 36 Studierende von einer Lehrperson betreut.

Hochschulen geben rund 1,6 Milliarden Euro aus

Im Jahr 2010 gaben die rheinland-pfälzischen Hochschulen rund 1,6 Milliarden Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung (Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz) aus, das waren 32 Prozent mehr als im Jahr 2006. Die Ausgaben der Hochschulen werden im Wesentlichen aus drei Quellen bestritten und zwar aus Grundmitteln, aus Verwaltungseinnahmen und aus Drittmitteln.

Hierbei stellten die Grundmittel, also jene Mittel, die den Hochschulen vom Hochschulträger zur Verfügung gestellt werden, im Jahr 2010 mit 59 Prozent den größten Anteil (913 Millionen Euro).

Die Verwaltungseinnahmen beliefen sich auf 472 Millionen Euro (Anteil: 30 Prozent). Ein großer Teil dieser Einnahmen wurde, wie auch in den Vorjahren, an den medizinischen Einrichtungen der Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz erzielt.

Zudem konnten die Hochschulen 170 Millionen Euro an Drittmittelleinnahmen einwerben (Anteil: elf Prozent). Die wichtigsten Drittmittelgeber waren die Deutsche Forschungsgemeinschaft (48 Millionen), die gewerbliche Wirtschaft (38 Millionen) und der Bund (31 Millionen).

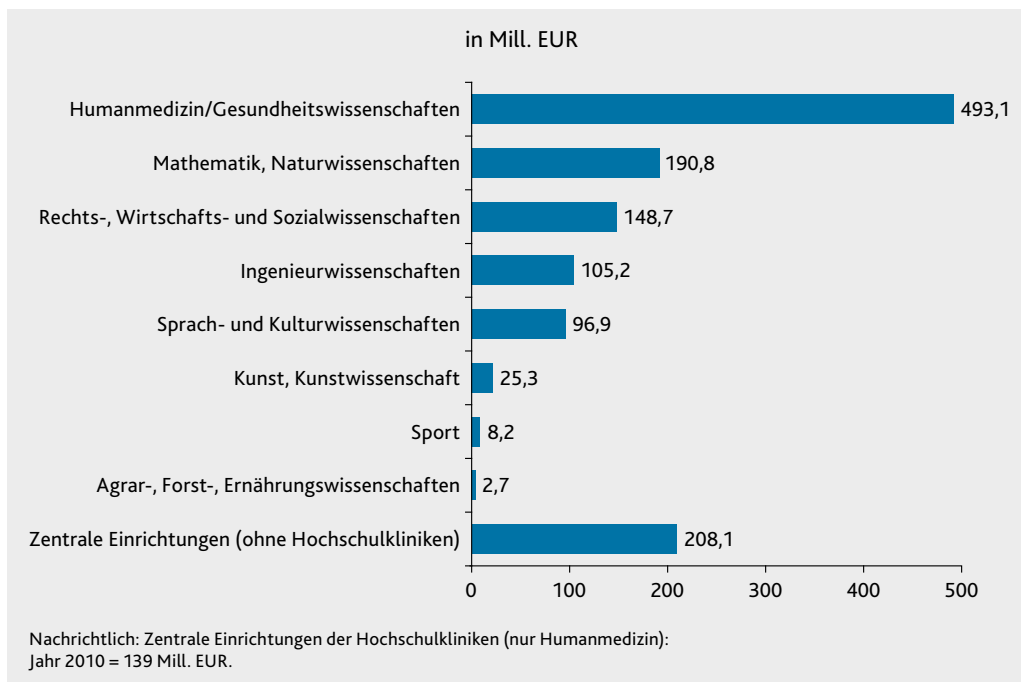
Die Struktur der Hochschulfinanzierung hat sich in den vergangenen fünf Jahren nur leicht verändert. So sind ein Wachstum des Anteils der Verwaltungseinnahmen und ein leichter Rückgang des Grundmittelanteils zu

Deutsche Forschungsgemeinschaft wichtigster Drittmittelgeber

Anteil der Grundmittel leicht rückläufig

G 5

Laufende Ausgaben der staatlichen Hochschulen nach Fächergruppen 2010



beobachten, der Anteil der Drittmittel blieb nahezu unverändert.

Geringe Drittmittelquote an rheinland-pfälzische Hochschulen

Zurzeit erweitern die Exzellenzinitiative, der Hochschulpakt 2020 und das Hochschulprogramm „Wissen schafft Zukunft“ den finanziellen Rahmen der Hochschulen. Daneben sorgt die Einführung von Globalhaushalten für eine größere Flexibilität des Mitteleinsatzes. Die Vergabe von Forschungsmitteln im Wettbewerb ermöglicht zudem die Einwerbung zusätzlicher Gelder. Die Folge könnte in den nächsten Jahren ein Rückgang des Anteils der Grundfinanzierung sowie eine Zunahme der Drittmittelquote und des Anteils der Verwaltungseinnahmen sein. Bezüglich der eingeworbenen Drittmittel besteht in Rheinland-Pfalz durchaus noch Nachholbedarf. So wurden im Jahr 2010 von den Hochschulen 92 780 Euro je Professor (ohne Drittmittelpersonal) eingeworben. Das war der geringste Wert in Deutschland (153 130 Euro je Professor).

Nach Fächergruppen differenziert floss an den staatlichen Hochschulen im Jahr 2010 das meiste Geld in den Bereich Humanmedizin/Gesundheitswissenschaften (493 Millionen Euro). Mit weitem Abstand folgten die Fächergruppen Mathematik und Naturwissenschaften sowie Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Der durchschnittliche Mitteleinsatz (laufende Grundmittel) je Studierenden an staatlichen und privaten Hochschulen wurde 2010 mit 7 300 Euro trotz der deutlichen Zunahme der Studierendenzahlen im Zeitvergleich merklich erhöht (2006: 6 150 Euro). Die rheinland-pfälzischen Hochschulausgaben je Studierenden lagen damit erstmals sogar leicht über dem Bundesdurchschnitt von 7 200 Euro. In neun Ländern wurden weniger Mittel je Studierenden bereitgestellt als in Rheinland-Pfalz, in sechs Ländern waren es mehr. Die Spanne reichte von 5 500 Euro im Saarland bis zu

Großteil des Geldes fließt in medizinische Einrichtungen

T 8

Hochschulen 2011¹

Hochschule	Studienanfänger 1. Hochschul- semester		Studierende		Absolventen		Wissenschaftliches und künstlerisches Personal	
	Anzahl	Vorjahres- vergleich in %	Anzahl	Vorjahres- vergleich in %	Anzahl	Vorjahres- vergleich in %	Anzahl	Vorjahres- vergleich in %
Johannes Gutenberg-Universität Mainz	6 179	-1,4	36 188	1,7	4 779	11,3	3 394	9,1
Universitätsmedizin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz	-	-	-	-	-	-	1 732	-0,9
Technische Universität Kaiserslautern	2 670	27,6	13 373	7,7	1 867	20,9	1 711	12,0
Universität Trier	3 217	12,1	15 072	3,1	2 056	38,5	1 510	8,5
Universität Koblenz-Landau	2 248	-0,9	13 167	2,0	2 346	13,2	1 139	9,9
Theologische Fakultät Trier	69	-5,5	417	-2,8	20	185,7	34	-
Phil.-Theol. Hochschule Vallendar	9	12,5	219	0,5	36	125,0	48	17,1
Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften, Speyer	6	-57,1	307	-18,6	57	54,1	143	-4,0
Wissenschaftliche Hochschule für Unternehmensführung, Vallendar	228	19,4	735	13,4	294	18,1	226	4,6
Fachhochschule Bingen	660	18,5	2 541	5,4	430	4,9	144	2,1
Fachhochschule Kaiserslautern	1 206	3,2	5 498	-0,8	948	16,7	459	2,9
Fachhochschule Koblenz	1 873	15,3	7 437	6,8	1 291	5,6	541	2,3
Hochschule Ludwigshafen am Rhein	1 000	6,2	4 283	2,7	923	20,7	320	3,6
Fachhochschule Mainz	1 089	12,6	4 393	4,3	953	1,6	350	-13,6
Fachhochschule Trier	1 866	21,2	7 014	8,8	907	8,1	501	-7,9
Fachhochschule Worms	806	28,3	2 990	8,4	470	-3,1	230	18,6
Katholische Fachhochschule, Mainz	274	15,1	1 026	1,9	224	28,0	111	0,9
Hochschule der Deutschen Bundesbank, Hachenburg	96	-9,4	315	10,1	79	25,4	87	19,2
Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Rheinland-Pfalz	541	16,6	1 666	4,9	473	7,5	129	2,4
Fachhochschule für Finanzen, Edenkoben	143	-	464	-1,9	144	11,6	31	-6,1
Sonstige deutsche Hochschule ²	-	-	-	-	105	101,9	-	-
Hochschule im Ausland ²	-	-	-	-	40	166,7	-	-
Insgesamt	24 180	9,1	117 105	3,6	18 442	14,9	12 840	5,5

1 Studienanfänger: Kalenderjahr 2011; Studierende: Wintersemester 2011/12; Absolventen: Prüfungsjahr 2011; Personal: Wintersemester 2011/12. –
2 In der Prüfungsstatistik wird die Hochschule der Letztmatrikulation erhoben.

9 870 Euro in Niedersachsen. Der Mittelaufwand je Studierenden wird wesentlich durch die Fächerstruktur bestimmt. So weisen sozial-, rechts- und wirtschaftswissenschaftliche Fächer traditionell einen vergleichsweise geringen Mitteleinsatz je Studierenden auf.

Durch die Verknüpfung der Angaben zu den laufenden Grundmitteln je Studierenden mit jenen zur durchschnittlichen Fachstudien-dauer lassen sich die laufenden Grundmittel für ein Studium berechnen. Diese variieren in Abhängigkeit von der Hochschulart, der Fächergruppe aber auch von den Abschlussarten.

So fallen an einer Universität in Rheinland-Pfalz für ein Bachelorstudium, das durchschnittlich in 3,3 Jahren absolviert wird, laufende Grundmittel in Höhe von 26 600 Euro an. Für ein Masterstudium (2,6 Jahre) sind es 20 800 Euro und für ein klassisches Universitätsstudium (Magister oder Diplom), das durchschnittlich nach 5,9 Jahren abgeschlossen wird, 48 100 Euro.

Bettina Link, Diplom-Soziologin und Magistra der Verwaltungswissenschaften, leitet das Referat Bildung.

Einkommensverteilung 2007

Analyse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik mit besonderer Betrachtung der Einkommensmillionäre



Von Dr. Dirk Schneider

Im Jahr 2007 erzielten in Rheinland-Pfalz 1,9 Millionen Steuerpflichtige einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 62,9 Milliarden Euro. Hierauf basierend wurde eine Einkommensteuer von 11,1 Milliarden Euro festgesetzt. Die Einkommensmillionäre, d. h. die Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einer Million Euro und mehr, machten 0,03 Prozent aller Steuerpflichtigen aus. Diese leisteten einen Beitrag zum Gesamtbetrag der Einkünfte von sieben Prozent und einen Beitrag zur festgesetzten Einkommensteuer von 15 Prozent. Die Ungleichverteilung des Einkommens hat sich damit gegenüber 2004 vergrößert.

Die dreijährliche Bundesstatistik zur Lohn- und Einkommensteuer liefert detaillierte Informationen über die im Besteuerungsverfahren festgestellten Angaben zu den Einkünften der natürlichen Personen, zu dem zu versteuernden Einkommen der Steuerpflichtigen und zu der festgesetzten Einkommensteuer. Die Statistik erlaubt detaillierte Untersuchungen der Einkommensverteilung. Ebenso sind spezielle Analysen – z. B. der hohen und höchsten Einkommen – möglich.

Ungleichheit der Einkommensverteilung nimmt zu

Lohn- und Einkommensteuerstatistik ist Vollerhebung

Das Ausmaß der Ungleichheit der Einkommensverteilung hat in Deutschland seit dem Jahr 2000 stark zugenommen und liegt mittlerweile auf einem dem Durchschnitt der OECD-Länder entsprechenden Niveau.¹ Die derzeit noch in dreijährlichem Turnus, zuletzt für das Jahr 2007, durchgeführte Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer (im weiteren: Lohn- und Einkommensteuerstatistik) bildet die umfas-

sendste sekundärstatistische Datenquelle für Untersuchungen zur personellen Einkommensverteilung in Deutschland. Sie ist als Vollerhebung ausgestaltet und erfasst somit die steuerpflichtigen natürlichen Personen grundsätzlich vollzählig. Die Lohn- und Einkommensteuerstatistik ist zugleich die einzige Datenquelle, in der hohe und höchste Einkommen gegliedert nach Einkommensquellen auf der Ebene der einzelnen Steuerpflichtigen nachgewiesen werden.

Vor diesem Hintergrund wird im vorliegenden Beitrag nicht nur die Einkommensver-

¹ Vgl. OECD (2011): Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising. OECD Publishing.

teilung in Rheinland-Pfalz insgesamt analysiert. Vielmehr wird zusätzlich der Blick auf die sogenannten Einkommensmillionäre gerichtet, also auf die Steuerpflichtigen, deren Gesamtbetrag der Einkünfte eine Million Euro und mehr beträgt. Dem üblichen Vorgehen folgend wird als Maß für das Einkommen der Gesamtbetrag der Einkünfte verwendet. Auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene kommt dieser Einkommensbegriff in seiner inhaltlichen Abgrenzung einem rein ökonomisch begründeten Einkommensbegriff, wie z. B. dem der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, am nächsten. Auf der Individualebene liegt er zudem relativ nahe an dem primären Markteinkommen.

1,9 Millionen Lohn- und Einkommensteuerpflichtige

Durchschnittlich 8 200 Euro Einkommensteuer

Im Jahr 2007 gab es gemäß der Lohn- und Einkommensteuerstatistik in Rheinland-Pfalz insgesamt gut 1,9 Millionen unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige², die einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 62,9 Milliarden Euro und ein zu versteuerndes Einkommen von 55,2 Milliarden Euro erzielten. Von diesen Steuerpflichtigen waren knapp 1,4 Millionen mit einer festgesetzten Einkommensteuer belastet, deren Höhe sich in der Summe auf 11,1 Milliarden Euro belief. Je Steuerpflichtigem ergaben sich somit ein Gesamtbetrag der Einkünfte von durchschnittlich 33 000 Euro und eine festgesetzte Einkommensteuer von 8 200 Euro. Der Durchschnittssteuersatz bezogen auf das zu versteuernde Einkommen lag bei 20 Prozent.

Im Vergleich zum Jahr 2004 stieg die Zahl der Steuerpflichtigen damit um zehn Prozent. Der Gesamtbetrag der Einkünfte erfuhr

einen Anstieg um 19 Prozent und das zu versteuernde Einkommen sogar einen Anstieg um 23 Prozent. Die Zahl der Steuerpflichtigen, für die tatsächlich Einkommensteuer festgesetzt wurde, nahm um elf Prozent und die festgesetzte Einkommensteuer um 26 Prozent zu. Der Grund für diese Entwicklung dürfte die positive wirtschaftliche Entwicklung im Zeitraum der Jahre 2004 bis 2007 gewesen sein.

Zahl der Steuerpflichtigen steigt um zehn Prozent

Lohn- und Einkommensteuerstatistik

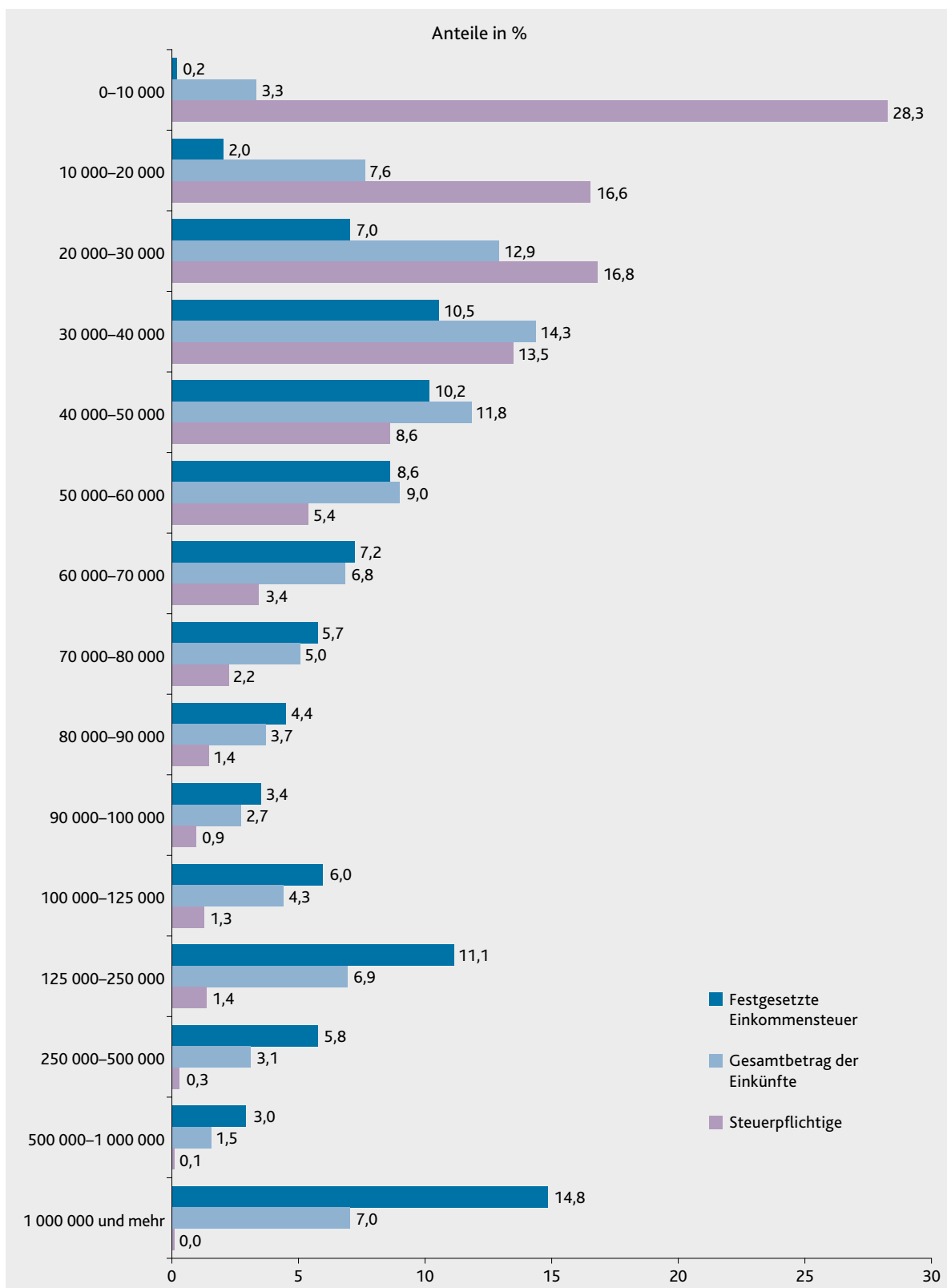
Die Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer hat ihre gesetzliche Grundlage in § 1 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes über Steuerstatistiken (StStatG). Sie wird, beginnend mit dem Veranlagungsjahr 1995, alle drei Jahre durchgeführt und beruht zu einem wesentlichen Teil auf den maschinellen Einkommensteuerveranlagungen der Finanzverwaltung. Da die Einreichung der Einkommensteuererklärungen bei der Finanzverwaltung in bestimmten Fällen zwei Jahre oder später nach Ende des Veranlagungsjahres erfolgen kann, liegen die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik regelmäßig erst im vierten Jahr nach dem Ende des Veranlagungsjahres vor. Die in dem vorliegenden Beitrag ausgewerteten Daten stellen daher die derzeit aktuellsten verfügbaren Daten dar.

Neben der Bundesstatistik ist im Gesetz über Steuerstatistiken eine Geschäftsstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer verankert. Die Geschäftsstatistik hat ihre gesetzliche Grundlage in § 2a StStatG und wird seit dem Veranlagungsjahr 2001 jährlich erstellt. Sie bietet damit aufgrund des kürzeren Aufbereitungsturnus zwar aktuellere Daten als die Bundesstatistik. Allerdings sind die Daten bedingt durch ein im Statistischen Bundesamt konzentriertes vereinfachtes Aufbereitungsverfahren von einer geringeren Qualität und stehen insbesondere nicht in tiefer regionaler Gliederung zur Verfügung. Somit kommt für den vorliegenden Beitrag nur ein Rückgriff auf die Daten der Bundesstatistik in Frage. Es ist vorgesehen, die Geschäftsstatistik abzuschaffen und dafür die Bundesstatistik künftig jährlich durchzuführen. Mit einer entsprechenden Änderung des StStatG ist im Laufe des Jahres 2013 zu rechnen.

² Ein Steuerpflichtiger entspricht nicht in jedem Fall einer Person. Zusammenveranlagte Ehegatten werden in der Statistik als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen.

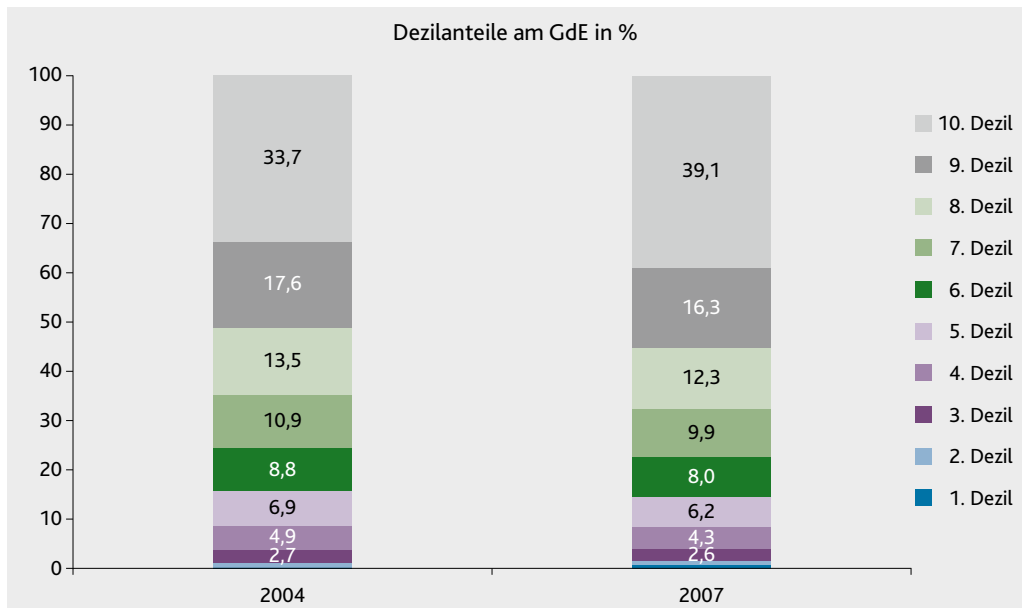
G1

Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige, deren Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer 2007 nach Größenklassen des Gesamtbetrages der Einkünfte



G 2

Einkommensverteilung 2004 und 2007



Nichtselbstständige Arbeit ist wichtigste Einkunftsart

Sieben Einkunftsarten

Das Einkommensteuerrecht unterscheidet in § 2 Abs. 1 EStG sieben Einkunftsarten. Dies sind die Einkünfte aus

- Land- und Forstwirtschaft,
- die Einkünfte aus Gewerbebetrieb,
- die Einkünfte aus selbstständiger Arbeit,
- die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit,
- die Einkünfte aus Kapitalvermögen,
- die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung und
- die sonstigen Einkünfte im Sinne des § 22 EStG, unter die z. B. der steuerpflichtige Teil der Renten, empfangene Unterhaltsleistungen und Entschädigungen fallen.

Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft, die Einkünfte aus Gewerbebetrieb und die Einkünfte aus selbstständiger Arbeit sind jeweils der Gewinn. Diese Einkunftsarten werden deshalb als Gewinneinkunftsarten bezeichnet. Die Einkünfte aus den übrigen

Einkunftsarten dagegen sind der Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten. Sie werden auch Überschusseinkunftsarten genannt.

Die sieben Einkunftsarten tragen zur Entstehung des Einkommens in einem unterschiedlichen Ausmaß bei. Der überwiegende Teil der Einkünfte entfällt auf die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit. Diese Einkünfte betragen im Jahr 2007 rund 47,7 Milliarden Euro. Damit machten die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit 76 Prozent der Summe der Einkünfte aus. Einen weiteren bedeutenden Teil ihrer Einkünfte erzielen die Steuerpflichtigen in Form von Einkünften aus Gewerbebetrieb. Diese Einkünfte wiesen 2007 eine Höhe von 8,1 Milliarden Euro auf, was einem Anteil von immerhin noch 13 Prozent der Summe der Einkünfte entspricht. Die restlichen fünf Einkunftsarten schließlich spielen nur eine nachgeordnete Rolle. Ihre relativen Anteile an der Summe der Einkünfte reichten von 4,4 Prozent für die Einkünfte aus selbstständiger Arbeit bis

Einkunftsarten haben unterschiedlich große Bedeutung

zu 1,1 Prozent für die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft. Es ist aber zu beachten, dass die einzelnen Einkunftsarten in der Statistik nur insoweit erfasst sind, wie ihre Bestandteile für das Besteuerungsverfahren von Relevanz sind. Beispielsweise sind die Renten nur mit ihrem steuerpflichtigen Anteil enthalten.³ Ferner sind die Einkünfte aus Kapitalvermögen nur für diejenigen Steuerpflichtigen erfasst, deren Einkünfte aus dieser Einkunftsart den Sparerfreibetrag überstiegen.⁴

Hohe Einkünfte resultieren häufig aus Gewerbebetrieben und selbstständiger Tätigkeit

Hinsichtlich der Aufteilung der Summe der Einkünfte auf die sieben Einkunftsarten bestehen strukturelle Unterschiede zwischen den Steuerpflichtigen mit einem hohen und den Steuerpflichtigen mit einem niedrigen Gesamtbetrag der Einkünfte. Die Steuerpflichtigen mit einem hohen Gesamtbetrag der Einkünfte beziehen im Vergleich zu den Steuerpflichtigen insgesamt in einem überdurchschnittlichen Ausmaß Einkünfte aus Gewerbebetrieb und Einkünfte aus selbstständiger Arbeit. Für die Steuerpflichtigen des oberen Dezils der Einkommensverteilung⁵ hatten die Einkünfte aus Gewerbebetrieb im Jahr 2007 einen Anteil von 26 Prozent und die Einkünfte aus selbstständiger Arbeit einen Anteil von 9,5 Prozent an der Summe der Einkünfte dieser Steuerpflichtigen. Dies zeigt, dass mit Gewerbebetrieben und mit selbstständiger Arbeit bzw. freiberuflicher Tätigkeit in der Regel höhere

Einkünfte erzielt werden als mit nichtselbstständiger Arbeit. Die Steuerpflichtigen mit einem niedrigen Gesamtbetrag der Einkünfte hingegen verbuchen im Vergleich zu den Steuerpflichtigen insgesamt in einem überdurchschnittlichen Ausmaß sonstige Einkünfte. Bei den Steuerpflichtigen der untersten vier Dezile der Einkommensverteilung zusammen⁶ machten im Jahr 2007 beispielsweise die sonstigen Einkünfte einen Anteil von 14 Prozent an der Summe der Einkünfte dieser Steuerpflichtigen aus.

Ermittlung des zu versteuernden Einkommens

Die Bundesstatistik zur Lohn- und Einkommensteuer erfasst von den steuerpflichtigen natürlichen Personen gemäß § 2 Abs. 2 Nr. 1 StStatG u. a. die Einkünfte, die Summe der Einkünfte, den Gesamtbetrag der Einkünfte, das Einkommen, das zu versteuernde Einkommen sowie die festgesetzte Einkommensteuer. Das zu versteuernde Einkommen ermittelt sich dabei gemäß § 2 EStG nach dem folgenden Rechenschema:

Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft	
+ Einkünfte aus Gewerbebetrieb	
+ Einkünfte aus selbstständiger Arbeit	
+ Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit	
+ Einkünfte aus Kapitalvermögen	
+ Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung	
+ Sonstige Einkünfte im Sinne des § 22 EStG	
= Summe der Einkünfte	
– Altersentlastungsbetrag	
– Entlastungsbetrag für Alleinerziehende	
– Abzug für Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft nach § 13 Abs. 3 EStG	
= Gesamtbetrag der Einkünfte	
– Sonderausgaben	
– Außergewöhnliche Belastungen	
= Einkommen	
– Freibeträge nach § 32 Abs. 6 EStG	
– Sonstige vom Einkommen abzuziehende Beträge	
= Zu versteuerndes Einkommen	

Das zu versteuernde Einkommen bildet die Bemessungsgrundlage für die tarifliche Einkommensteuer.

3 Im Jahr 2007 betrug der Besteuerungsanteil der Renten aufgrund des im Jahr 2005 inkraftgetretenen Alterseinkünftegesetzes abhängig vom Jahr des Rentenbeginns zwischen 50 und 54 Prozent des Jahresbetrags der Rente (vgl. § 22 EStG). Im Jahr 2004 war ausschließlich der Ertragsanteil der Renten der Besteuerung unterworfen, dessen Höhe von dem bei Beginn der Rente vollendeten Lebensjahr des Rentenberechtigten abhing.

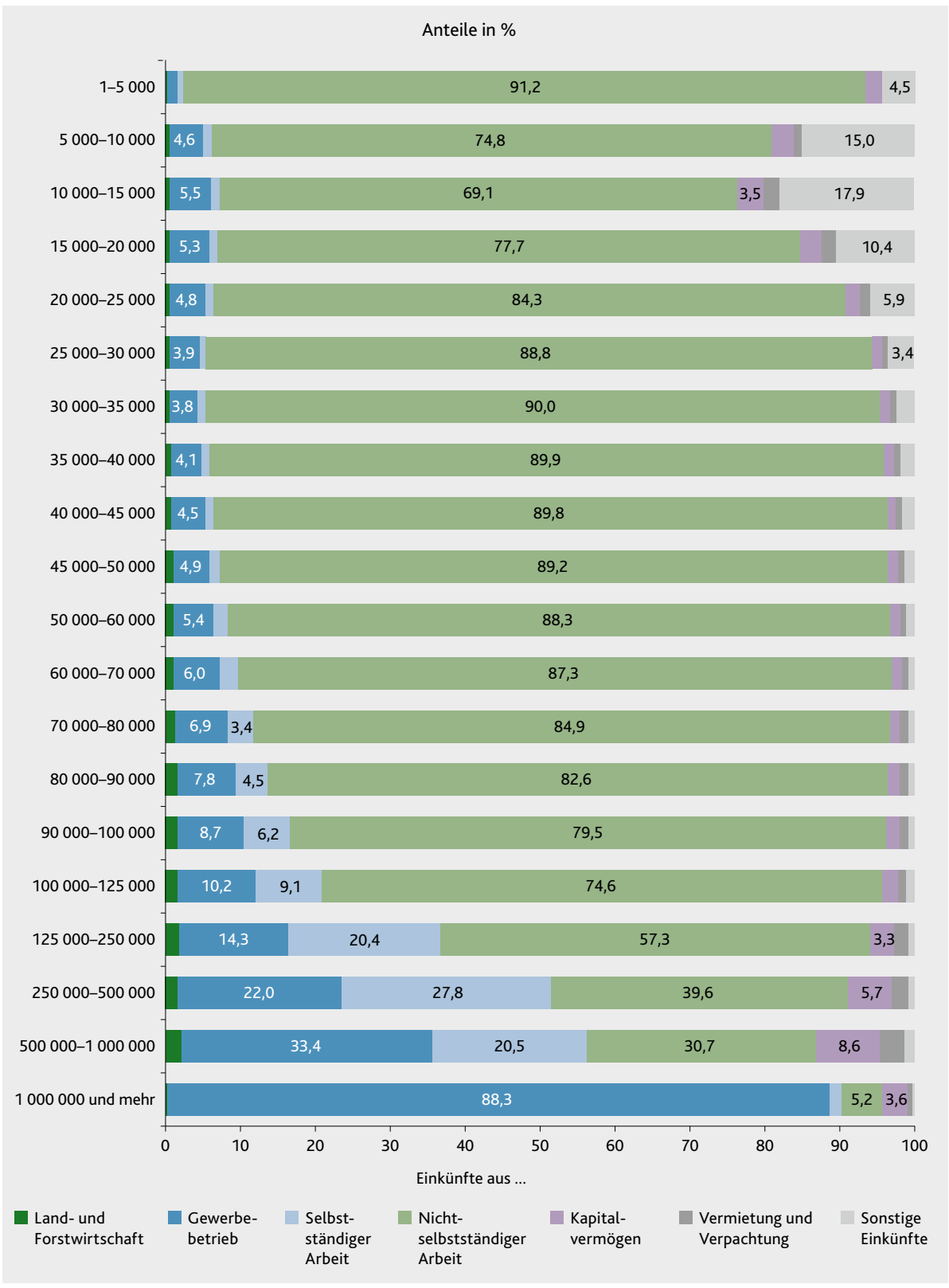
4 Im Jahr 2007 hatte der Sparerfreibetrag eine Höhe von 750 Euro pro Person und im Jahr 2004 eine Höhe von 1 370 Euro pro Person.

5 Die Steuerpflichtigen des obersten Dezils der Einkommensverteilung sind die Steuerpflichtigen des obersten Zehntels der Einkommensverteilung, d. h. die zehn Prozent der Steuerpflichtigen mit dem höchsten Gesamtbetrag der Einkünfte.

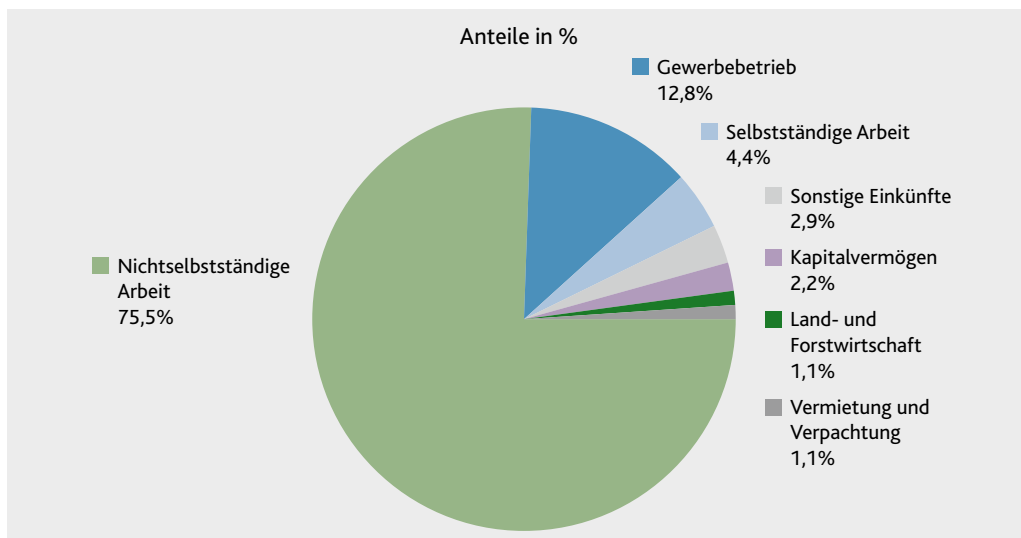
6 Die Steuerpflichtigen der untersten vier Dezile der Einkommensverteilung zusammen sind die Steuerpflichtigen der unteren vier Zehntel der Einkommensverteilung, also die 40 Prozent der Steuerpflichtigen mit dem geringsten Gesamtbetrag der Einkünfte.

G 3

Einkünfte der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2007 nach Einkunftsarten und Größenklassen des Gesamtrages der Einkünfte



G 4

Einkünfte der unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2007
nach Einkunftsarten

Einkünfte aus allen sieben Einkunftsarten gestiegen

Im Vergleich zum Jahr 2004 sind die Einkünfte aus allen sieben Einkunftsarten jeweils angestiegen. Die Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit haben allerdings relativ an Gewicht verloren. Während die Einkünfte aus dieser Einkunftsart im Jahr 2004 noch 82 Prozent der Summe der Einkünfte ausgemacht hatten, waren dies im Jahr 2007 nur noch, wie bereits dargelegt, 76 Prozent. Im Gegenzug haben die Einkünfte aus Gewerbebetrieb an Gewicht gewonnen. Ihr Anteil erhöhte sich von 8,3 Prozent im Jahr 2004 auf 13 Prozent im Jahr 2007. Die Bedeutung der übrigen Einkunftsarten ist annähernd unverändert geblieben.

Hohe Anzahl von Steuerpflichtigen mit niedrigem Einkommen, niedrige Zahl von Steuerpflichtigen mit sehr hohem Einkommen

Neue Größenklasseneinteilung in der Statistik

Die Ergebnisse der Lohn- und Einkommensteuerstatistik werden nach mit zunehmendem Gesamtbetrag der Einkünfte breiter werdenden Größenklassen aufbereitet. Die Größenklasseneinteilung hat mit der Sta-

tistik für das Jahr 2007 infolge veränderter Nutzeranforderungen eine neue Ausgestaltung erhalten. Die kleinste Größenklasse zum Beispiel vereinigt nunmehr alle Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einem Euro bis unter 5 000 Euro. Die größte Größenklasse beinhaltet unverändert alle Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einer Million Euro und mehr. Durch die erfolgte Anpassung der Größenklassen ist ein unmittelbarer Vergleich der Ergebnisse nach Größenklassen für die Jahre 2004 und 2007 erschwert.

Die Einkommensverteilung besitzt eine rechtsschiefe Gestalt, die an die Form einer Pareto-Verteilung erinnert. Sehr vielen Steuerpflichtigen mit einem niedrigen Gesamtbetrag der Einkünfte stehen sehr wenige Steuerpflichtige mit einem außerordentlich hohen Gesamtbetrag der Einkünfte gegenüber. Grafisch ist die Rechtsschiefe der Einkommensverteilung an einem langen rechten Ende der Dichtefunktion erkennbar. Formal ist sie daraus ersichtlich, dass der Median des Gesamtbetrages der Einkünfte

T 1

Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige sowie deren Einkünfte 2007 nach Einkunftsarten

Einkünfte Zu versteuerndes Einkommen Festgesetzte Einkommensteuer	Steuerpflichtige		Einkünfte		Anteil an der Summe der Einkünfte	
	Anzahl	Veränderung zu 2004 in %	EUR	Veränderung zu 2004 in %	Anteil in %	Veränderung in Prozentpunkten
Steuerpflichtige insgesamt						
Einkünfte aus						
Land- und Forstwirtschaft	36 055	-3,1	681 679	23,0	0,0	3,60
Gewerbebetrieb	228 129	10,0	8 061 753	83,3	0,1	448,07
selbstständiger Arbeit	78 214	9,0	2 805 708	15,7	0,0	-12,21
nichtselbstständiger Arbeit	1 735 167	8,1	47 747 693	9,4	0,8	-654,76
Kapitalvermögen	281 854	-5,6	1 366 636	77,6	0,0	71,42
Vermietung und Verpachtung	275 522	3,4	677 080	66,3	0,0	30,51
sonstigen Einkünften	260 672	23,7	1 859 710	93,5	0,0	113,41
Summe der Einkünfte ^{1,2}	1 931 240	9,6	63 200 379	18,9	1,0	x
Gesamtbetrag der Einkünfte	1 934 418	9,8	62 903 604	18,9	x	x
Zu versteuerndes Einkommen	1 934 384	9,8	55 204 564	23,0	x	x
Festgesetzte Einkommensteuer	1 350 845	11,2	11 062 331	25,6	x	x

darunter Einkommensmillionäre

Einkünfte aus						
Land- und Forstwirtschaft	46	64,3	17 745	94,5	0,0	-29,78
Gewerbebetrieb	507	78,5	3 908 852	256,3	0,9	430,91
selbstständiger Arbeit	173	68,0	73 792	125,6	0,0	-83,72
nichtselbstständiger Arbeit	389	95,5	232 199	193,4	0,1	-81,30
Kapitalvermögen	550	82,1	161 263	145,8	0,0	-138,10
Vermietung und Verpachtung	464	79,2	17 033	29,9	0,0	-61,95
sonstigen Einkünften	278	189,6	14 158	59,3	0,0	-36,06
Summe der Einkünfte ^{2,3}	574	81,1	4 425 041	238,9	1,0	x
Gesamtbetrag der Einkünfte	574	81,1	4 424 746	238,9	x	x
Zu versteuerndes Einkommen	574	81,1	4 318 415	239,6	x	x
Festgesetzte Einkommensteuer	568	79,7	1 641 395	260,0	x	x

1 Ehegatten, die beide steuerpflichtige Einkünfte bezogen haben, werden als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen. – 2 Ein Steuerpflichtiger kann Einkünfte aus mehreren Einkommensarten beziehen. Insofern ist die Anzahl der Steuerpflichtigen nicht über die einzelnen Einkunftsarten addierbar. – 3 Die Summe der Einkünfte enthält nicht nur die Summe der positiven und die Summe der negativen Einkunftsarten, sondern auch die Hinzurechnungen.

T 2

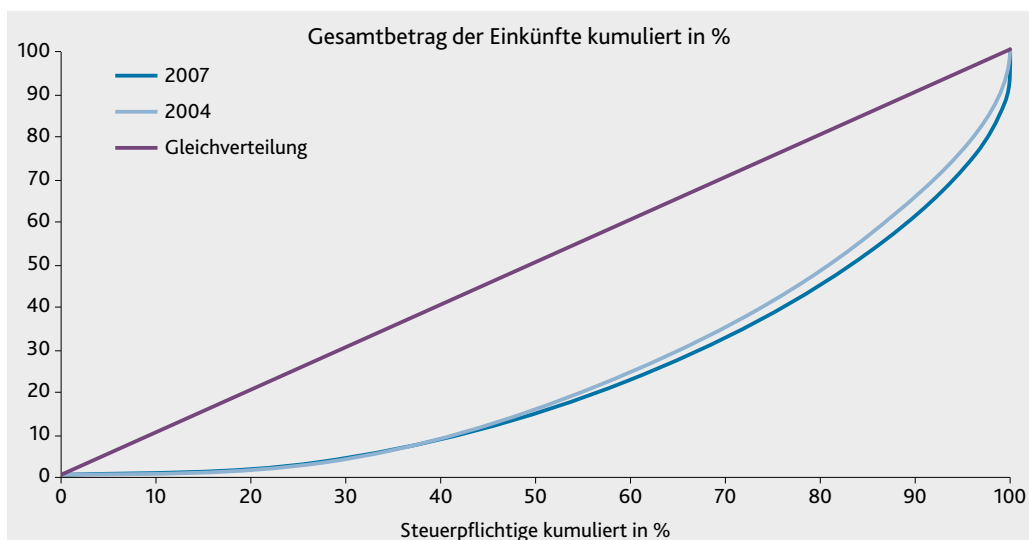
Unbeschränkt Lohn- und Einkommensteuerpflichtige, deren Gesamtbetrag der Einkünfte und festgesetzte Einkommensteuer 2007 nach Größenklassen des Gesamtbetrages der Einkünfte

Gesamtbetrag der Einkünfte von ... bis unter ... EUR	Steuerpflichtige ¹		Gesamtbetrag der Einkünfte		Festgesetzte Einkommensteuer	
	Anzahl	kumulierter Anteil in %	1 000 EUR	kumulierter Anteil in %	1 000 EUR	kumulierter Anteil in %
0	3 334	0,2	-	-	-	-
1 – 5 000	361 006	18,8	723 106	1,1	6 228	0,1
5 000 – 10 000	182 335	28,3	1 363 444	3,3	15 697	0,2
10 000 – 15 000	165 503	36,8	2 051 044	6,6	57 863	0,7
15 000 – 20 000	154 819	44,8	2 709 015	10,9	164 231	2,2
20 000 – 25 000	160 440	53,1	3 612 542	16,6	304 584	5,0
25 000 – 30 000	163 946	61,6	4 504 487	23,8	474 711	9,3
30 000 – 35 000	144 735	69,1	4 693 364	31,2	572 608	14,4
35 000 – 40 000	115 561	75,0	4 321 455	38,1	591 765	19,8
40 000 – 45 000	92 980	79,9	3 942 663	44,4	583 746	25,1
45 000 – 50 000	73 051	83,6	3 461 796	49,9	540 764	29,9
50 000 – 60 000	103 696	89,0	5 664 105	58,9	954 972	38,6
60 000 – 70 000	66 464	92,4	4 294 807	65,7	795 274	45,8
70 000 – 80 000	42 338	94,6	3 159 389	70,7	630 489	51,5
80 000 – 90 000	27 289	96,0	2 309 667	74,4	491 124	55,9
90 000 – 100 000	17 956	97,0	1 700 112	77,1	381 587	59,4
100 000 – 125 000	24 632	98,2	2 728 105	81,5	661 207	65,3
125 000 – 250 000	26 448	99,6	4 344 036	88,4	1 227 278	76,4
250 000 – 500 000	5 906	99,9	1 956 418	91,5	640 050	82,2
500 000 – 1 000 000	1 405	100,0	939 301	93,0	326 756	85,2
1 000 000 und mehr	574	100	4 424 746	100	1 641 395	100
Insgesamt	1 934 418	100	62 903 604	100	11 062 331	100

1 Ehegatten, die beide steuerpflichtige Einkünfte bezogen haben, werden als ein Steuerpflichtiger nachgewiesen.

G 5

Lorenzkurve zur Verteilung des Gesamtbetrages der Einkünfte 2004 und 2007



unterhalb des arithmetischen Mittels liegt, da das arithmetische Mittel das ausreißerempfindlichere Lagemaß ist. Konkret für das Jahr 2007 wiesen der Median einen Wert von 23 100 Euro und das arithmetische Mittel einen Wert von 32 500 Euro auf.

Die Rechtsschiefe der Einkommensverteilung impliziert eine Ungleichverteilung des Einkommens. Die große Anzahl an Steuerpflichtigen mit einem niedrigen Gesamtbetrag der Einkünfte trägt nur wenig zum Einkommen insgesamt bei. Die kleine Anzahl an Steuerpflichtigen mit einem außerordentlich hohen Gesamtbetrag der Einkünfte leistet demgegenüber einen substantiellen Beitrag zum Gesamtbetrag der Einkünfte insgesamt. Konkret betrug der Anteil der Steuerpflichtigen des obersten Dezils der Einkommensverteilung am Gesamtbetrag der Einkünfte im Jahr 2007 insgesamt mit 39 Prozent in etwa das 65-fache des Anteils der Steuerpflichtigen des untersten Dezils⁷ von gerade einmal 0,6 Prozent. Grafisch lässt sich die

Ungleichverteilung des Gesamtbetrages der Einkünfte an der Gestalt der Lorenz-Kurve ablesen. Formal ist die Ungleichverteilung an dem Gini-Koeffizienten ersichtlich. Konkret für das Jahr 2007 ergibt sich ein Gini-Koeffizient von 0,54.

Das Ausmaß der Ungleichverteilung des Einkommens hat sich von 2004 bis 2007 vergrößert. Verschiebungen ergaben sich weg von den Steuerpflichtigen mit einem mittleren Gesamtbetrag der Einkünfte insbesondere hin zu den Steuerpflichtigen mit einem hohen Gesamtbetrag der Einkünfte. Konkret erhöhte sich der Beitrag, den die Steuerpflichtigen des obersten Dezils zur Summe der Einkünfte leisteten, in dem betrachteten Zeitraum um 5,4 Prozentpunkte. Im Gegenzug verminderte sich der Beitrag, den die Steuerpflichtigen des zweiten bis neunten Dezils zur Summe der Einkünfte erbrachten, um 5,8 Prozentpunkte. Dementsprechend verläuft die Lorenz-Kurve für das Jahr 2007 weitgehend unterhalb der Lorenz-Kurve des Jahres 2004. Als Folge daraus weist der Gini-Koeffizient für 2007 einen höheren Wert als für 2004 auf, wo er noch bei 0,51 lag.

Ungleichverteilung nimmt zu

⁷ Die Steuerpflichtigen des untersten Dezils der Einkommensverteilung verkörpern die Steuerpflichtigen des unteren Zehntels der Einkommensverteilung, also die zehn Prozent der Steuerpflichtigen mit dem geringsten Gesamtbetrag der Einkünfte.

Pareto-Verteilung, Lorenz-Kurve und Gini-Koeffizient:

Die Pareto-Verteilung ist benannt nach dem italienischen Ingenieur, Ökonom und Soziologen Vilfredo Pareto und stellt eine stetige Wahrscheinlichkeitsverteilung mit der Dichtefunktion $f(x) = k/x_{min} (x_{min}/x)^{k+1}$ für alle $x \geq x_{min}$ und $f(x) = 0$ sonst mit $k \in \mathbb{R}^+$ dar. Basierend auf der Erkenntnis Paretos aus dem Jahr 1897, dass sich die Anzahl der Personen eines Landes, die ein Einkommen x besitzen, das höher als ein bestimmter Schwellenwert ist, annähernd proportional zu $1/x^k$ ist, wobei der Parameter k eine landesspezifische Konstante symbolisiert, findet sie häufig Verwendung zur Modellierung der personellen Einkommensverteilung eines Landes.

Die Lorenz-Kurve wurde im Jahr 1905 von dem US-amerikanischen Statistiker und Ökonom Max Otto Lorenz eingeführt und veranschaulicht grafisch die Ungleichheit der Einkommensverteilung. Sie zeigt allgemein, wie viel Prozent der Einkommensempfänger in einer Volkswirtschaft wie viel Prozent des Volkseinkommens verdienen. Entspricht der Verlauf der Lorenz-Kurve einer Diagonalen, so liegt eine Gleichverteilung der Einkommen vor. Ist der Verlauf der Kurve aber relativ zu der Diagonalen nach unten gewölbt, liegt eine Ungleichverteilung des Einkommens vor. Die Ungleichverteilung ist dabei umso ausgeprägter, je stärker die Wölbung ist.

Der Gini-Koeffizient wurde im Jahr 1912 von dem italienischen Statistiker, Soziologen und Demographen Corrado Gini erstmals publiziert und quantifiziert formal die Ungleichheit der Einkommensverteilung durch eine Zahl. Er leitet sich aus der Lorenz-Kurve ab und berechnet sich als der Quotient aus der Fläche zwischen der Diagonalen und der Lorenz-Kurve und der Gesamtfläche unterhalb der Diagonalen. Im Falle einer Gleichverteilung des Einkommens nimmt der Gini-Koeffizient den Wert 0 an. Im Falle einer Ungleichverteilung weist er einen positiven Wert auf, der stets kleiner als 1 ist. Die Ungleichverteilung ist umso deutlicher, je höher der Wert des Gini-Koeffizienten ist.

Höchste Durchschnittseinkommen in Mainz-Bingen

Niedrigstes Durchschnittseinkommen in Pirmasens

Die in Rheinland-Pfalz erzielten Einkommen sind regional ungleich verteilt. Der durchschnittliche Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigem reichte im Jahr 2007 auf Kreisebene von 25 448 Euro in der kreisfreien Stadt Pirmasens bis 50 019 Euro im Landkreis Mainz-Bingen. Die höchsten

Gesamtbeträge der Einkünfte je Steuerpflichtigem fanden sich allesamt in den östlichen und südlichen Gebieten des Landes wieder. Nach dem Landkreis Mainz-Bingen folgten die kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein (49 024 Euro) sowie mit größtem Abstand der Landkreis Bad Dürkheim (35 329 Euro), die kreisfreien Städte Speyer (34 480 Euro) und Mainz (34 199 Euro). Die niedrigsten Gesamtbeträge der Einkünfte je Steuerpflichtigem waren in Gebieten im Westen und Südwesten des Landes zu verzeichnen. Vor der kreisfreien Stadt Pirmasens lagen hier der Eifelkreis Bitburg-Prüm (27 017 Euro), der Landkreis Kusel (27 472 Euro), die kreisfreien Städte Kaiserslautern (27 469 Euro) und Trier (27 536 Euro). Insgesamt war der Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigem in den kreisfreien Städten leicht höher als in den Landkreisen. Für die kreisfreien Städte betrug er 33 626 Euro und für die Landkreise 32 133 Euro.

Im Vergleich zum Jahr 2004 ist der Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigem 2007 in sämtlichen Landkreisen und sämtlichen kreisfreien Städten angewachsen. Die höchsten Zuwächse erlebten die kreisfreie Stadt Ludwigshafen am Rhein (90 Prozent) und der Landkreis Mainz-Bingen (19 Prozent). Die geringsten Steigerungen wurden für die kreisfreien Städte Pirmasens (1,3 Prozent) und Neustadt an der Weinstraße (1,4 Prozent) verzeichnet.

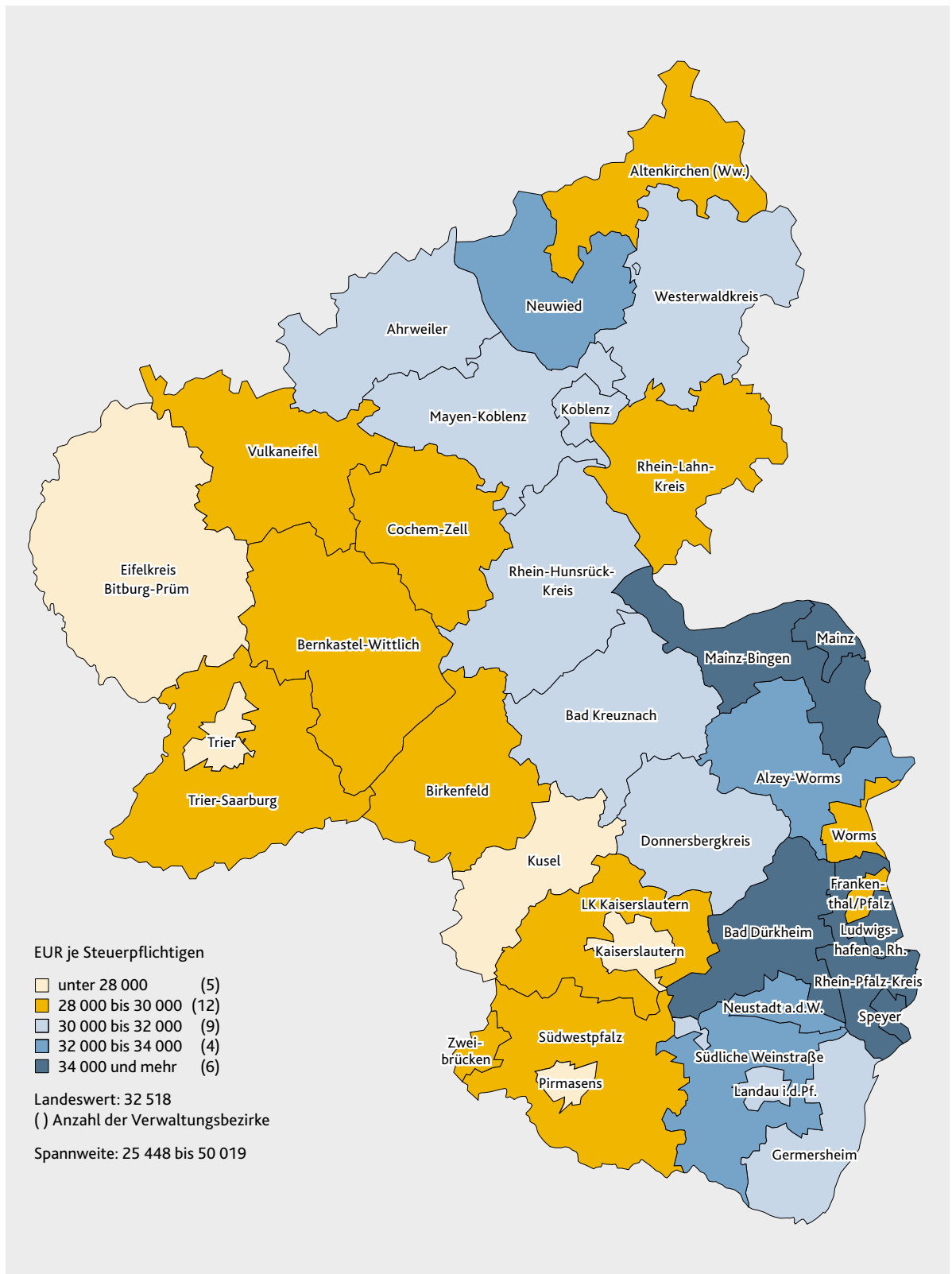
Zahl der Einkommensmillionäre gewachsen

Unter den Steuerpflichtigen befanden sich im Jahr 2007 in Rheinland-Pfalz 574 sogenannte Einkommensmillionäre, d. h. Steuerpflichtige mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einer Million Euro

Einkommensmillionäre zahlen durchschnittlich 2,9 Millionen Euro Einkommensteuer

K 1

Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen 2007



und mehr.⁸ Auf 10 000 Steuerpflichtige kamen somit rund drei Einkommensmillionäre und auf 10 000 Einwohner etwa 1,4 Einkommensmillionäre. Die Einkommensmillionäre erwirtschafteten einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 4,4 Milliarden Euro. Daraus errechneten sich ein zu versteuerndes Einkommen von 4,3 Milliarden Euro sowie eine festgesetzte Einkommensteuer von 1,6 Milliarden Euro. Im Durchschnitt erzielte damit jeder Einkommensmillionär einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 7,7 Millionen Euro und hatte Einkommensteuer von 2,9 Millionen Euro zu entrichten.

Im Vergleich zum Jahr 2004 haben sich die Anzahl der Einkommensmillionäre um 81 Prozent und die Millionärsdichte um 79 Prozent erhöht. Der Gesamtbetrag der Einkünfte und das zu versteuernde Einkommen stiegen jeweils sogar um das 2,4-fache und die festgesetzte Einkommensteuer um das 2,6-fache. Die Anzahl der Einkommensmillionäre sowie deren Einkünfte und die daraus abgeleiteten Größen verzeichneten damit Steigerungsraten, die um ein Vielfaches über denen der übrigen Steuerpflichtigen liegen. Die Einkommensmillionäre haben demnach von der positiven wirtschaftlichen Entwicklung im Zeitraum von 2004 bis 2007 wesentlich stärker profitiert als die übrigen Steuerpflichtigen.

Einkommensmillionäre erzielen den überwiegenden Teil ihrer Einkommen durch Gewerbebetrieb

Die Einkommensmillionäre beziehen den weitaus größten Teil ihrer Einkünfte in Form von Einkünften aus Gewerbebetrieb. Im Jahr 2007 erzielten sie insgesamt 3,9 Milliarden

Euro an Einkünften aus dieser Einkunftsart. Dies entsprach einem Anteil von 88 Prozent der insgesamt von ihnen erzielten Einkünfte. Die Struktur der Einkünfte der Einkommensmillionäre hebt sich damit merklich von der Struktur der Einkünfte der Steuerpflichtigen mit einem Einkommen von 500 000 Euro bis unter einer Million Euro ab. Für diese Steuerpflichtigen stellen zwar die Einkünfte aus Gewerbebetrieb gleichfalls die wichtigste Einkunftsart dar. Im Jahr 2007 stammten allerdings nur 33,5 Prozent der Einkünfte dieser Steuerpflichtigen aus Einkünften aus Gewerbebetrieb.

Gegenüber dem Jahr 2004 haben die Einkünfte aus Gewerbebetrieb für die Einkommensmillionäre an Bedeutung gewonnen. Der aus dieser Einkunftsart bezogene Anteil der Einkünfte an der Summe der Einkünfte dieser Steuerpflichtigen erhöhte sich zwischen 2004 und 2007 um 4,3 Prozentpunkte. Dieser Anstieg ging zulasten der Einkünfte aus den übrigen sechs Einkunftsarten, deren Anteil an der Summe der Einkünfte sich jeweils geringfügig verminderte.

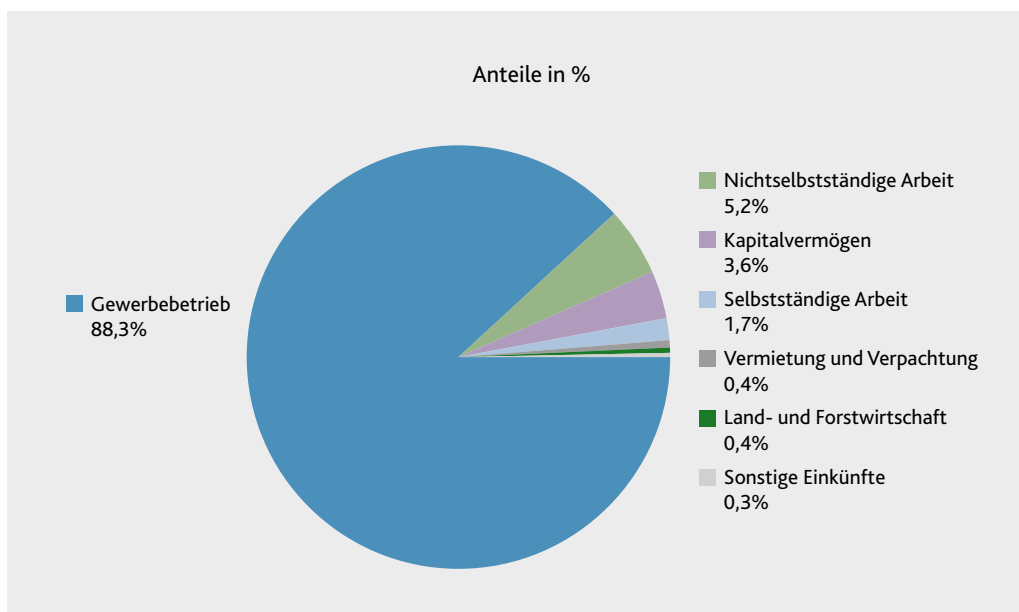
Die Einkommensmillionäre tragen zu einem wesentlichen Anteil zu den insgesamt erzielten Einkünften aus Gewerbebetrieb bei. Im Jahr 2007 gingen 48,5 Prozent aller Einkünfte aus Gewerbebetrieb auf die Einkünfte der Einkommensmillionäre zurück. Die Einkommensmillionäre leisten zudem einen größeren Beitrag zu den Einkünften aus Kapitalvermögen. Im Jahr 2007 verbuchten sie 161,3 Millionen Euro an Einkünften aus dieser Einkunftsart. Dies entsprach zwölf Prozent aller Einkünfte aus Kapitalvermögen. Dafür ist u. a. verantwortlich, dass der Sparerfreibetrag für die Einkommensmillionäre nahezu unbedeutend ist, während er für die Steuerpflichtigen mit einem niedri-

Einkommensmillionäre erzielen 3,9 Milliarden Euro an Einkünften aus Gewerbebetrieb

⁸ Das für die Abgrenzung der Gruppe der Einkommensmillionäre maßgebliche Kriterium ist demnach der Gesamtbetrag der Einkünfte und nicht das Einkommen oder das zu versteuernde Einkommen. Korrekterweise müsste daher eigentlich von Einkünfte-millionären anstatt von Einkommensmillionären gesprochen werden.

G 6

Einkünfte der unbeschränkt lohn- und einkommensteuerpflichtigen Einkommensmillionäre 2007 nach Einkunftsarten



gen Gesamtbetrag der Einkünfte vielfach bewirkt, dass deren Kapitalerträge vollständig steuerfrei bleiben.

0,03 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen zahlten 15 Prozent der gesamten Einkommensteuer

Die Einkommensmillionäre leisten gemessen an ihrem Anteil an allen Steuerpflichtigen einen substantiellen Beitrag zum zu versteuernden Einkommen und hatten infolgedessen auch einen substantiellen Anteil an Einkommensteuer abzuführen. Wie weiter oben dargelegt, waren im Jahr 2007 nur 0,03 Prozent aller Steuerpflichtigen Einkommensmillionäre. Die Einkommensmillionäre erwirtschafteten aber Einkünfte in Höhe von sieben Prozent des Gesamtbetrages der Einkünfte bzw. 7,8 Prozent des zu versteuernden Einkommens und hatten sogar 15 Prozent der festgesetzten Einkommensteuer zu tragen. Ursächlich für den Anteil an den Einkünften waren vornehmlich die hohen Ein-

künfte aus Gewerbebetrieben. Ausschlaggebend für den Anteil an der festgesetzten Einkommensteuer war die Progression des Steuertarifs.

Verglichen mit dem Jahr 2004 ist der relative Anteil der Einkommensmillionäre an allen Steuerpflichtigen im Jahr 2007 gewachsen. Gleiches gilt für den Beitrag der Einkommensmillionäre zum Gesamtbetrag der Einkünfte und deren Anteil an der festgesetzten Einkommensteuer. Im Jahr 2004 zählten lediglich 0,02 Prozent aller Steuerpflichtigen zu den Einkommensmillionären. Die Einkommensmillionäre erzielten Einkünfte in Höhe von 2,5 Prozent des Gesamtbetrages der Einkünfte und hatten 5,2 Prozent der festgesetzten Einkommensteuer zu tragen. Der Beitrag der Einkommensmillionäre zu den Einkünften aus Gewerbebetrieb und den Einkünften aus Kapitalvermögen ist ebenfalls gewachsen. Im Jahr 2004 hatten die betreffenden Anteile noch bei 25 Prozent bzw. 8,5 Prozent gelegen.

Anteil der Einkommensmillionäre an den Gesamteinkünften gestiegen

Mainz-Bingen hat die meisten Einkommensmillionäre

Höchste Millionärsdichte in Neustadt an der Weinstraße

Die Einkommensmillionäre sind regional ungleich über das Land Rheinland-Pfalz verteilt. Die meisten Einkommensmillionäre hatten ihren Wohnsitz im Landkreis Mainz-Bingen (57 Steuerpflichtige), in der kreisfreien Stadt Mainz (48) und im Westerwaldkreis (44). Die höchste Millionärsdichte wiesen die kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße (drei Einkommensmillionäre je 10 000 Einwohner) sowie der Landkreis Mainz-Bingen (2,8) und die Landeshauptstadt Mainz (2,4) auf. Hierbei handelt es sich ausnahmslos um Gebietskörperschaften mit einem vergleichsweise hohen Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigem. Insgesamt wohnten im Jahr 2007 deutlich mehr Einkommensmillionäre in den Landkreisen als in den kreisfreien Städten, nämlich 410 in den Landkreisen gegenüber 164 in den kreisfreien Städten. Die sogenannte Millionärsdichte hingegen, d. h. die Anzahl der Einkommensmillionäre je 10 000 Einwohner, war in den kreisfreien Städten leicht höher als in den Landkreisen. Sie betrug 1,6 bzw. 1,4 Steuerpflichtige je 10 000 Einwohner.

Während die Anzahl der Einkommensmillionäre und der von diesen erwirtschaftete Gesamtbetrag der Einkünfte im Jahr 2007 im Vergleich zum Jahr 2004 insgesamt deutlich angestiegen sind, gab es auf Kreisebene einige Landkreise und kreisfreie Städte, in denen Rückgänge zu verzeichnen waren. Die Millionärsdichte ist dabei nur in einigen wenigen Gebietseinheiten gesunken, z. B. im Eifelkreis Bitburg-Prüm, in der kreisfreien Stadt Kaiserslautern und im Rhein-Lahn-Kreis. Der Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigem dagegen ging in etwa einem Drittel der Gebietseinheiten zurück, z. B. im Eifelkreis Bitburg-Prüm, im Landkreis Vulkaneifel und in der kreisfreien Stadt Koblenz. Lediglich im Eifelkreis Bitburg-Prüm sanken sowohl die Millionärsdichte als auch der Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigem.

Millionärsdichte in wenigen Kreisen rückläufig

Fazit

Die Bundesstatistik über die Lohn- und Einkommensteuer ist die umfassendste sekundärstatistische Datenquelle für die Ermittlung der personellen Einkommensverteilung. Sie ist zudem die einzige Datenquelle, die Angaben zu den hohen und höchsten Einkommen auf der Ebene der Einkommensbezieher anbietet. Aus diesen Gründen wird die Lohn- und Einkommensteuerstatistik gerne für Untersuchungen zur Einkommensverteilung herangezogen. Insbesondere basieren auf ihr Untersuchungen zu den hohen und höchsten Einkommen, wie den Einkommen der Einkommensmillionäre.

Die Lohn- und Einkommensteuerstatistik ist jedoch nur eingeschränkt für die Abbildung niedriger Einkommen verwendbar, da die geringen Einkommen in der Statistik zu niedrig ausgewiesen sind. Hierfür sind zwei

T 3 Einkommensmillionäre 2007 nach Einkunftsarten

Einkünfte Zu versteuerndes Einkommen Festgesetzte Einkommensteuer	Anteil an allen Steuerpflichtigen	Anteil am Gesamtbetrag der Einkünfte
	%	
Einkünfte aus		
Land- und Forstwirtschaft	0,13	2,60
Gewerbebetrieb	0,22	48,49
selbstständiger Arbeit	0,22	2,63
nichtselbstständiger Arbeit	0,02	0,49
Kapitalvermögen	0,20	11,80
Vermietung und Verpachtung	0,17	2,52
sonstigen Einkünften	0,11	0,76
Summe der Einkünfte	0,03	7,00
Gesamtbetrag der Einkünfte	0,03	7,03
Zu versteuerndes Einkommen	0,03	7,82
Festgesetzte Einkommensteuer	0,04	14,84

Umstände verantwortlich. Zum einen sind die Transferzahlungen wie z. B. das Kindergeld und das Arbeitslosengeld, die bei Geringverdienern einen erheblichen Teil der Einnahmen ausmachen, in der Statistik nicht enthalten. Zum anderen werden die Renten nur zum Teil, nämlich mit ihrem steuerpflichtigen Anteil, in der Statistik erfasst. In der Folge wird daher die Ungleichverteilung des Einkommens auf Basis der Lohn- und Einkommensteuerstatistik als zu ausgeprägt ermittelt.

Keine Aussage über verfügbares Haushaltsnettoeinkommen möglich

Die Lohn- und Einkommensteuerstatistik ist darüber hinaus nicht dazu in der Lage, das verfügbare Haushaltsnettoeinkommen abzubilden. Zum einen ist der Gesamtbetrag der Einkünfte ein auf die Situation vor der Umverteilung abstellender Einkommensbegriff. Er repräsentiert deshalb nicht das verfügbare Nettoeinkommen der Steuerpflichtigen. Sogar die umverteilende Wirkung der Einkommensteuer selber kommt im Gesamtbetrag der Einkünfte nicht zum

Ausdruck. Zum anderen bezieht sich der Gesamtbetrag der Einkünfte auf Steuerpflichtige und nicht auf Haushalte. Ein Rückschluss von der Anzahl der Steuerpflichtigen auf die Haushaltsgröße, in der ein Steuerpflichtiger lebt, ist nicht möglich.⁹ Zudem sind Haushalte ohne Steuerpflichtige in der Statistik nicht abgebildet, z. B. Haushalte von Arbeitslosen, Studierenden oder nichtsteuerpflichtigen Rentnern.

Die Auswertung der Lohn- und Einkommensteuerstatistik für die Jahre 2007 und 2004 zeigt, dass sich das Ausmaß der personellen Ungleichverteilung des Einkommens in Rheinland-Pfalz im Zeitablauf verschärft hat. Diese Entwicklung wird maßgeblich von einer starken Zunahme der Einkommensmillionäre und deren Einkünften, insbesondere von deren Einkünften aus Gewerbebetrieb, getragen. Das Ausmaß der personellen Ungleichverteilung des Einkommens ist dabei regional unterschiedlich stark ausgeprägt.

⁹ Im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten verbergen sich hinter einem Steuerpflichtigen zwar zumeist zwei Einkommensbezieher, aber diese müssen nicht zwingend durchgängig in einem gemeinsamen Haushalt leben, sondern dürfen lediglich nicht dauernd getrennt leben. Im Fall der getrennten Veranlagung muss umgekehrt nicht zwangsläufig die Situation vorliegen, dass der Steuerpflichtige in einem Haushalt mit nur einem Erwachsenen lebt.

Dr. Dirk Schneider leitet das Referat „Steuern“.

Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann, Thomas Kirschey und Dr. Marc Völker

Gute Stimmung in den Unternehmen

ifo Geschäfts-
klima steigt
zum zweiten
Mal in Folge

In der deutschen Wirtschaft hat sich die Stimmung weiter verbessert. Im Dezember 2012 ist der ifo Geschäftsklimaindex zum zweiten Mal in Folge gestiegen. Der Index erreichte einen Stand von 102,4 Punkten und lag damit um einen Punkt über dem Wert vom November. Zwar verschlechterte sich die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage, die Aussichten für die kommenden sechs Monate wurden von den Unternehmen aber deutlich besser beurteilt als noch im Vormonat.

ZEW-
Konjunktur-
erwartungen
steigen in
den positiven
Wertebereich

Finanzmarktexperten kamen im Dezember ebenfalls zu einer besseren Einschätzung der künftigen Wirtschaftsentwicklung in Deutschland. Die ZEW-Konjunkturerwartungen stiegen um 22,6 Punkte auf einen Wert von +6,9. Damit ist dieser Index zum ersten Mal seit Mai 2012 wieder im positiven Bereich. Einen wesentlichen Beitrag dazu dürften bessere Konjunkturmeldungen aus den USA und die Beruhigung der Staatsschuldenkrise im Euroraum geleistet haben.

Konsumlaune
der Verbraucher
verschlechtert
sich

Die Kauflaune der Verbraucher in Deutschland trübt sich dagegen weiter ein; bereits im Dezember 2012 hatte sie sich abgeschwächt. Die GfK prognostiziert für Januar 2013 einen Indexwert von 5,6 und damit gegenüber dem Vormonat ein Minus von 0,2 Punkten. Trotz verbesserter Einkommenserwartungen hat die Ausgabenbereitschaft der Verbraucher in Deutschland weiter nachgelassen. Auch ihre Konjunkturerwartungen verschlechterten sich.

Produktion im verarbeitenden Gewerbe steigt; Auftragseingänge sinken

Für das verarbeitende Gewerbe in Rheinland-Pfalz signalisieren die harten Konjunkturdaten der amtlichen Statistik für den Berichtsmonat Oktober einen Produktionsanstieg, insbesondere in der chemischen Industrie. Die Auftragslage verschlechterte sich geringfügig, sie wurde vor allem von einem Rückgang der Bestellungen in der Investitionsgüterindustrie belastet.

Im Berichtsmonat Oktober 2012 stieg der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex für die Industrie im Vergleich zum Vormonat um 2,7 Prozent und signalisierte damit für das verarbeitende Gewerbe insgesamt einen Outputzuwachs. Im Vorjahresvergleich sank der Güterausstoß um 1,1 Prozent.

Für Rheinland-Pfalz ist die Vorleistungsgüterindustrie die wichtigste industrielle Hauptgruppe (Anteil am gesamten Umsatz des verarbeitenden Gewerbes 2011: 56 Prozent). Im Oktober 2012 erhöhte sich der preis-, kalender- und saisonbereinigte Output in diesem Bereich gegenüber dem Vormonat um 2,6 Prozent. Im Vergleich zum Oktober 2011 lag der Rückgang bei 3,3 Prozent. Im Vorjahresvergleich schwächt sich die Produktion bereits seit Oktober 2011 ab.

Die Investitionsgüterindustrie (Umsatzanteil 2011: 26 Prozent) verbuchte im Berichtsmonat einen preis-, kalender- und saisonbereinigten Rückgang ihrer Produktion um 1,5 Prozent. Im Vorjahresvergleich verzeichnete sie ein Minus (gegenüber Oktober 2011: -6,7 Prozent).

Produktions-
leistung des
verarbeitenden
Gewerbes:
+2,7 Prozent

Produktions-
steigerung
in der Vorleis-
tungsgüter-
industrie

In der Konsumgüterindustrie (Umsatzanteil 2011: 18 Prozent) erhöhte sich der bereinigte Produktionsindex im Berichtsmonat um 8,2 Prozent. Gegenüber Oktober 2011 stieg der Güterausstoß um fast elf Prozent.

Erhöhte Produktion in der chemischen Industrie

In der chemischen Industrie, der größten Branche des verarbeitenden Gewerbes in Rheinland Pfalz (Umsatzanteil: 32 Prozent), werden überwiegend Vorleistungsgüter hergestellt. Ihre Produktion steigerte sich im Oktober preis-, kalender- und saisonbereinigt um 3,6 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich hier eine Verringerung des Güterausstoßes (-4,6 Prozent).

Von den Investitionsgüterproduzenten verzeichnete der Fahrzeugbau (Umsatzanteil: 13 Prozent) einen Outputrückgang. Im Oktober waren es preis-, kalender- und saisonbereinigt 4,4 Prozent. Im Vorjahresvergleich verringerte sich der Güterausstoß deutlich um knapp elf Prozent.

Im Maschinenbau (Umsatzanteil: neun Prozent), der ebenfalls Investitionsgüter herstellt, sank die Produktion im Oktober ebenfalls (-2,2 Prozent gegenüber dem Vormonat). Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich eine kräftige Verringerung um gut zwölf Prozent.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe sinken leicht

Die Auftragseingänge geben einen Hinweis darauf, wie sich die Produktion in den kommenden Monaten entwickeln könnte. Im Oktober 2012 gingen die Bestellungen preis-, kalender- und saisonbereinigt im Vergleich zum September leicht zurück (-0,6 Prozent). Während die Inlandsnachfrage kräftig sank (-3,5 Prozent), erhöhte sich die Auslandsnachfrage (+1,8 Prozent). Im Vorjahresvergleich wurden sowohl weniger Aufträge aus dem Ausland (-1,2 Prozent gegenüber Oktober 2011) als auch aus dem Inland (-7,2 Prozent) verzeichnet. Dadurch gingen

im Berichtsmonat insgesamt 3,8 Prozent weniger Aufträge ein als im Oktober 2011.

In der Vorleistungsgüterindustrie (+2 Prozent) stiegen die Bestellungen preis-, kalender- und saisonbereinigt. Dagegen verbuchten die Investitionsgüterindustrie (-3,3 Prozent) und die Konsumgüterindustrie (-0,8 Prozent) Rückgänge. Im Vorjahresvergleich erhielt sowohl die Investitionsgüterindustrie (-12 Prozent) als auch die Konsumgüterindustrie (-10 Prozent) deutlich weniger neue Aufträge. Die Konsumgüterindustrie verzeichnete ein Auftragsplus von +5,3 Prozent.

Sinkende Aufträge in der Investitions- und Konsumgüterindustrie

Die chemische Industrie registrierte im Berichtsmonat preis-, kalender- und saisonbereinigt eine Verbesserung ihrer Auftragslage um 3,2 Prozent. Während sich die Nachfrage aus dem Inland verringerte (-4,1 Prozent), erhöhten sich die Auslandsbestellungen (+7 Prozent). Im Vergleich zum Vorjahr verbuchten die Hersteller chemischer Produkte kräftig steigende Bestellungen (+9,5 Prozent).

Steigende Auftragseingänge in der chemischen Industrie

Im Fahrzeugbau verschlechterte sich die Auftragslage im Oktober 2012 preis-, kalender- und saisonbereinigt um 1,9 Prozent. Sowohl die Aufträge aus dem Inland (-5,6 Prozent) als auch die aus dem Ausland (-0,5 Prozent) sanken. Im Vorjahresvergleich zum Oktober 2011 ergab sich ein Rückgang von knapp elf Prozent.

Nachfrage im Fahrzeugbau verschlechtert sich leicht

Der Maschinenbau verbuchte im Berichtsmonat ein bereinigtes Auftragsminus von 4,6 Prozent. Sowohl die Nachfrage aus dem Inland (-9,2 Prozent) als auch aus dem Ausland (-1,9 Prozent) verschlechterte sich. Im Vorjahresvergleich gehen die Bestellungen in dieser Branche bereits seit Dezember 2011 zurück (gegenüber Oktober 2011: -11,8 Prozent).

Maschinenbau: Auftragsminus

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe weiter im Plus

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe steigen um sechs Prozent

Im Bauhauptgewerbe ist der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt der Auftragseingänge im September 2012 gegenüber dem Vorjahresmonat um sechs Prozent gestiegen. Die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe nehmen bereits seit Januar 2011 ununterbrochen zu.

Auftragseingänge im Hochbau: +5,4 Prozent

Der Hochbau konnte im September 2012 im Vergleich zum Vorjahr einen Auftragszuwachs von 5,4 Prozent verbuchen. Davor hatte es von April bis August Verbesserungen in einem Bereich von sechs bis 9,7 Prozent gegeben. Die Zuwächse waren in diesem Zeitraum im Wesentlichen auf die gute Entwicklung im Wohnungsbau zurückzuführen, der weiterhin von den günstigen Finanzierungsbedingungen und den wachsenden Sorgen um die Geldwertstabilität profitiert. Seit August ist außerdem ein deutliches Auftragsplus im öffentlichen Hochbau festzustellen.

Auftragseingänge im Tiefbau: +6,4 Prozent

Im Tiefbau kam es nach fünf Monaten mit Auftragsrückgängen zwischen 1,3 und 6,7 Prozent im September 2012 zu einer Verbesserung um 6,4 Prozent im Vorjahresvergleich. Die aktuelle Entwicklung wird vor allem durch die starken Zuwächse im Straßenbau und im öffentlichen Tiefbau getragen.

Im Bauhauptgewerbe ist zu berücksichtigen, dass selbst die gleitenden Durchschnittswerte noch durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten beeinflusst sein können.

Zahl der Baugenehmigungen steigt um 6,3 Prozent

Die Zahl der Baugenehmigungen im Wohnungsbau, einem Frühindikator der Baukonjunktur, ist im September 2012 um 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Von Mai bis August waren Zuwächse zwi-

Erläuterungen

Der **ifo Geschäftsklimaindex** und die **ZEW Konjunkturerwartungen** sind qualitative Frühindikatoren für die Stimmungslage in der deutschen Wirtschaft. Für den ifo Index befragt das ifo Institut München monatlich 7 000 Unternehmen nach der Beurteilung ihrer aktuellen Geschäftslage und ihren Geschäftserwartungen für die kommenden sechs Monate. Das ZEW Mannheim befragt monatlich 350 Finanzexperten nach ihrer mittelfristigen Einschätzung der Konjunktorentwicklung.

Der **Konsumklimaindex** ist ein Indikator für die Konsumneigung der Privathaushalte in Deutschland. Die GfK Nürnberg befragt monatlich 2 000 repräsentativ ausgewählte Personen nach ihrer Konjunkturerwartung, ihrer Einkommenserwartung und ihrer Konsum- und Ausgabenneigung.

Der **Produktionsindex** misst die preisbereinigte monatliche Produktionsleistung des verarbeitenden Gewerbes. Er gilt als quantitativer Referenzindikator, der annähernd zeitgleich mit der Konjunktur läuft.

Die **Auftragseingänge** im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe sind quantitative Frühindikatoren der Konjunktorentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus.

Die **Handelsumsätze** – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen.

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungsindikatoren, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Die **Zahl der Arbeitslosen** ist in Deutschland ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Für den ifo Index, die ZEW Konjunkturerwartungen, den GfK Konsumklimaindex, den Verbraucherpreisindex und die Arbeitsmarktkennzahlen werden zur Beurteilung der Konjunktorentwicklung die **Originalwerte** herangezogen.

Die Indizes der Produktion und der Auftragseingänge messen den Verlauf der Industriekonjunktur. Die Originalwerte dieser Indizes werden von kalendarischen (Arbeitstage, Ferien, u. ä.), saisonalen und irregulären Einflüssen überlagert. Deshalb werden zur Beurteilung der Konjunktorentwicklung im verarbeitenden Gewerbe Zeitreihen herangezogen, die mithilfe des Berliner Verfahrens (BV4.1) **kalender- und saisonbereinigt** werden.

Für die Indikatoren der Konjunktorentwicklung im Baugewerbe und Handel wird der gleitende **Drei-Monats-Durchschnitt** der Originalwerte verwendet.

schen 6,3 und 13 Prozent registriert worden, nachdem es seit Dezember 2011 Rückgänge gegeben hatte.

Umsatzrückgänge im Einzelhandel und Gastgewerbe

Der Umsatz im Einzelhandel und Gastgewerbe entwickelte sich ungünstig. Für den Großhandel und Kfz-Handel liegen aufgrund einer Umstellung der Erhebung für den aktuellen Berichtsmonat keine Werte vor.

Umsatz im Einzelhandel sinkt

Die geglätteten preisbereinigten Einzelhandelsumsätze (ohne Kraftfahrzeughandel) wiesen im September 2012 ein Minus von 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf.

Umsätze im Gastgewerbe weiter verschlechtert

Im Gastgewerbe sanken die geglätteten Umsätze der Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. im September gegenüber dem Jahreswert um 5,7 Prozent. Damit gehen die Umsätze in diesem Wirtschaftsbereich im Vorjahresvergleich bereits seit März zurück.

Jahresteuerrate im Dezember bei 2,2 Prozent

Anstieg der Energiepreise weiter abgeschwächt

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex erhöhte sich im Dezember 2012 im Vergleich zum Vorjahresmonat um 2,2 Prozent. Damit übertrifft der Anstieg der Jahresteuerrate – wie schon von August bis Oktober (jeweils +2,3 Prozent) – die für die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank bedeutsame Zwei-Prozent-Marke. Im November hatte die Teuerungsrate zwei Prozent betragen. Im Dezember hat sich insbesondere der Anstieg der Energiepreise (+3,2 Prozent) abgeschwächt. Der häufig als Kerninflationsrate bezeichnete „Gesamtindex ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel“ wies einen Anstieg von 1,9 Prozent auf.

Den höchsten Preisanstieg im Vorjahresvergleich gab es in der Indexhauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+5,1 Prozent). Außerdem verteuerten sich die Waren und Dienstleistungen in den Bereichen „Bekleidung und Schuhe“ (+4,9 Prozent), „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ (+3,3 Prozent), „Bildungswesen“ (+3,2 Prozent) sowie „Gesundheitspflege“ (+3 Prozent) überdurchschnittlich. In der Hauptgruppe „Nachrichtenübermittlung“ (–1,4 Prozent) wurden niedrigere Preise als im Vorjahr festgestellt.

Preisentwicklung in den Waren- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Arbeitslosigkeit im Dezember gestiegen

Die Arbeitslosigkeit hat sich in Rheinland-Pfalz im Dezember 2012 vor allem witterungsbedingt erhöht, nachdem sie im November zurückgegangen war. Nach Mitteilung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit waren im Berichtsmonat 109 000 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet. Das sind rund 4 100 bzw. 3,9 Prozent mehr als im Vormonat. Im Vergleich zum Dezember 2011 hat sich die Arbeitslosenzahl um 4 200 Personen erhöht (+4 Prozent).

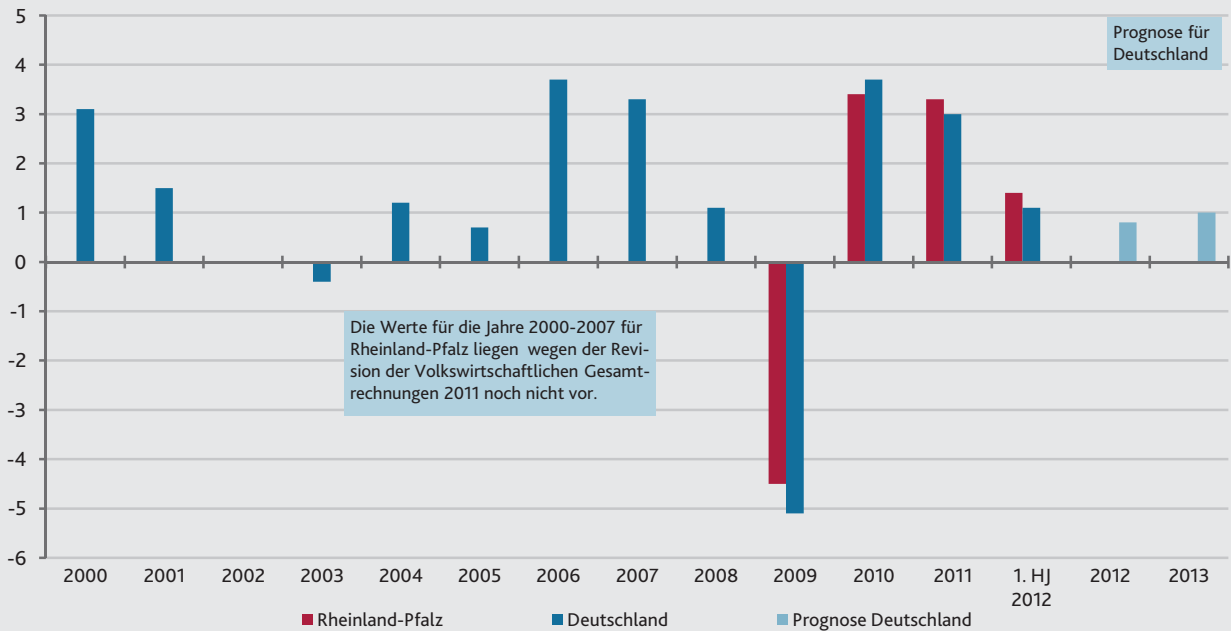
Arbeitslosigkeit steigt gegenüber Vormonat um 3,9 Prozent

Die Arbeitslosenquote, d. h. der Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen, stieg im Dezember im Vergleich zum Vormonat um 0,2 Prozentpunkte auf 5,1 Prozent. Im Dezember 2011 hatte sie noch bei fünf Prozent gelegen.

Arbeitslosenquote bei 5,1 Prozent

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat „Analysen, Europa“; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, und Dr. Marc Völker sind dort als Referenten tätig.

Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz und in Deutschland¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

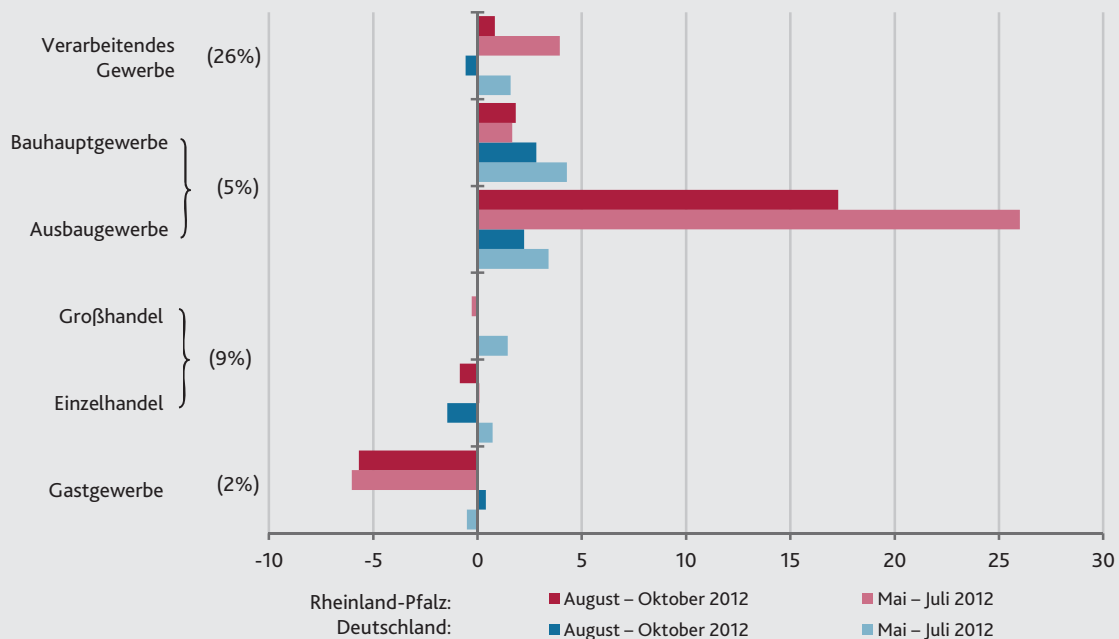


¹ 2000 bis 2011 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: Februar 2012; 1. HJ 2012 Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2012; nächster Forschungstermin im März 2013. Quelle Prognosewert 2012/2013: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose – Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2012

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

3-Monats-Durchschnitte^{2,3,4} – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

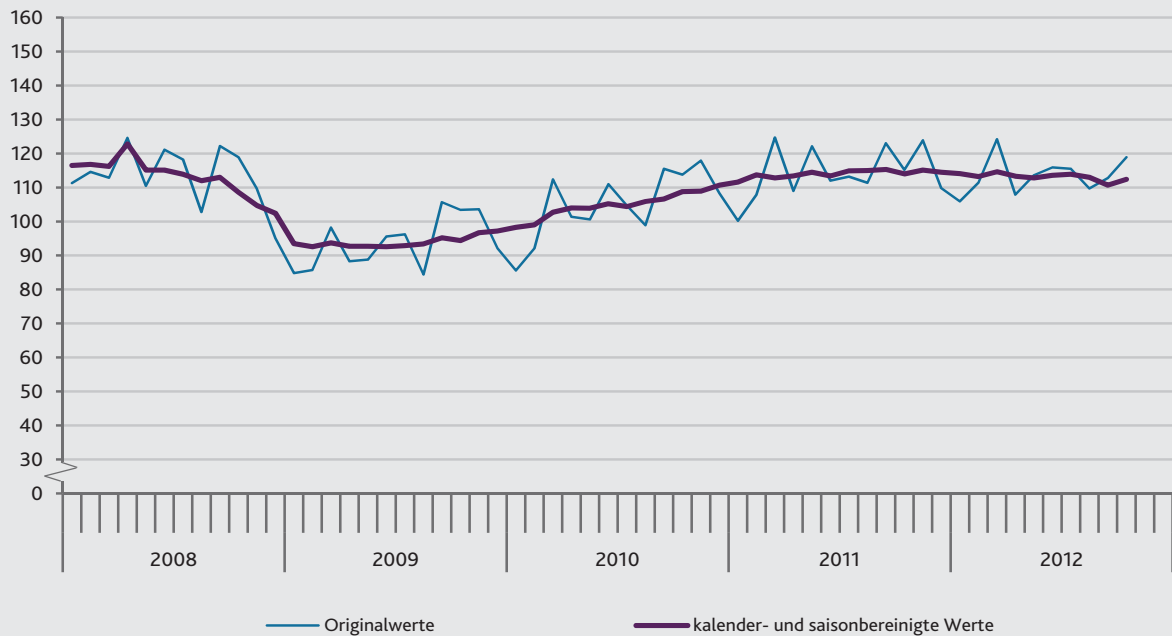


¹ Anteil der Wirtschaftsbereiche an der Bruttowertschöpfung in Rheinland-Pfalz 2011. – ² Ausbaugewerbe: Quartale. – ³ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt. – ⁴ Für den Großhandel liegen keine aktuellen Werte vor.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

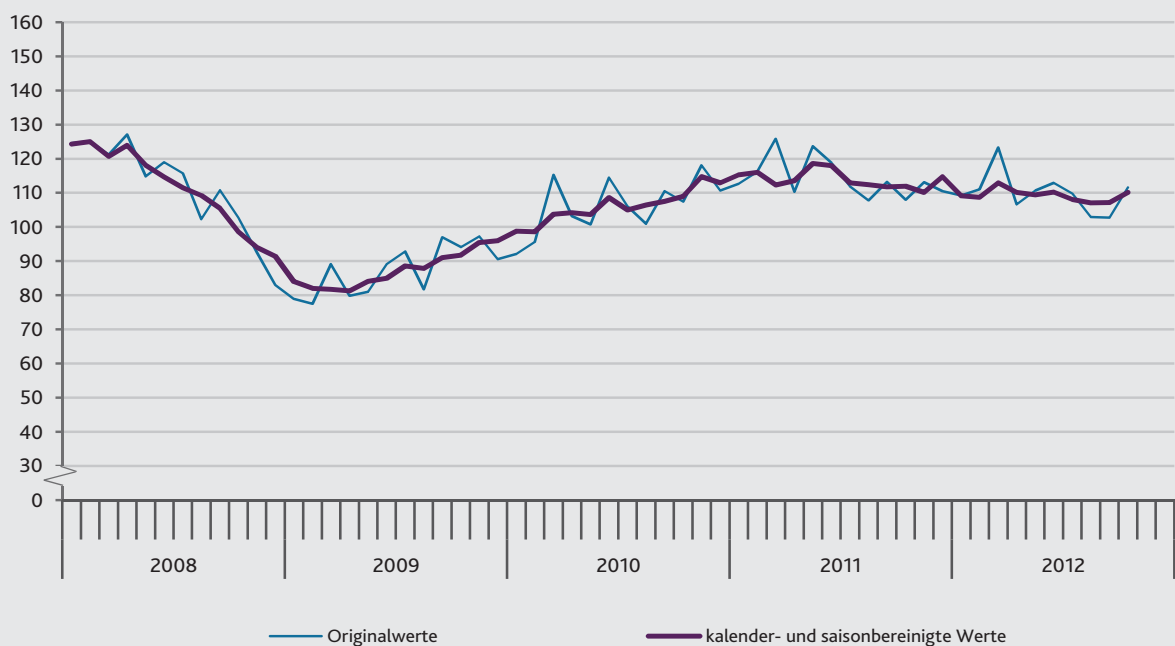
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Insgesamt

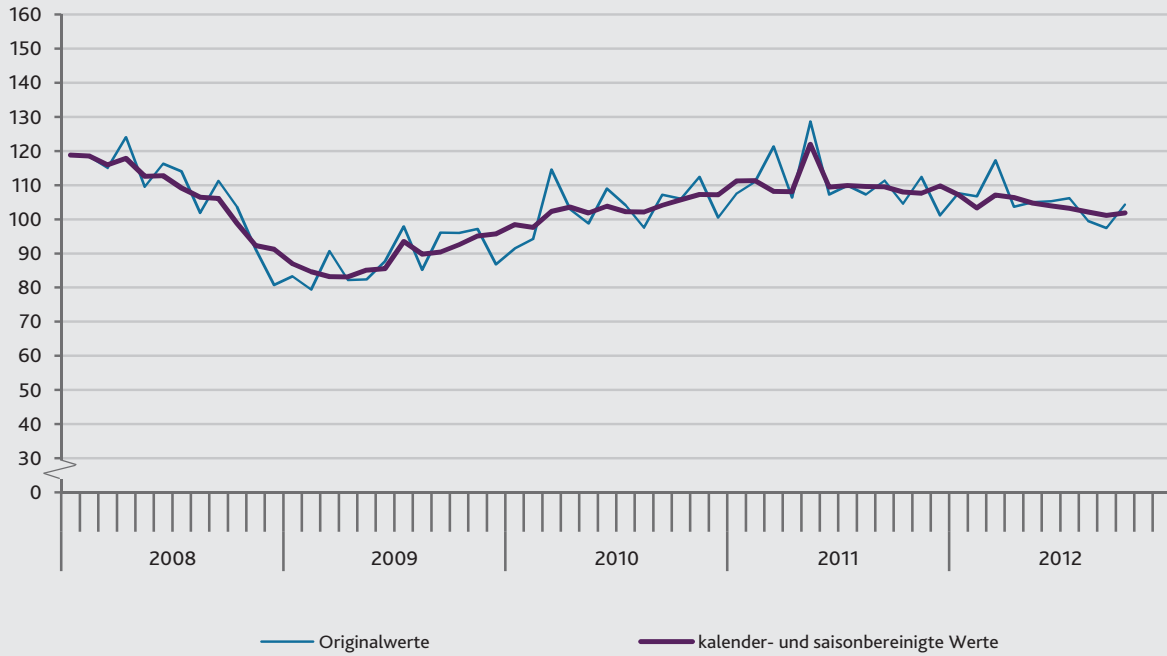
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Inland

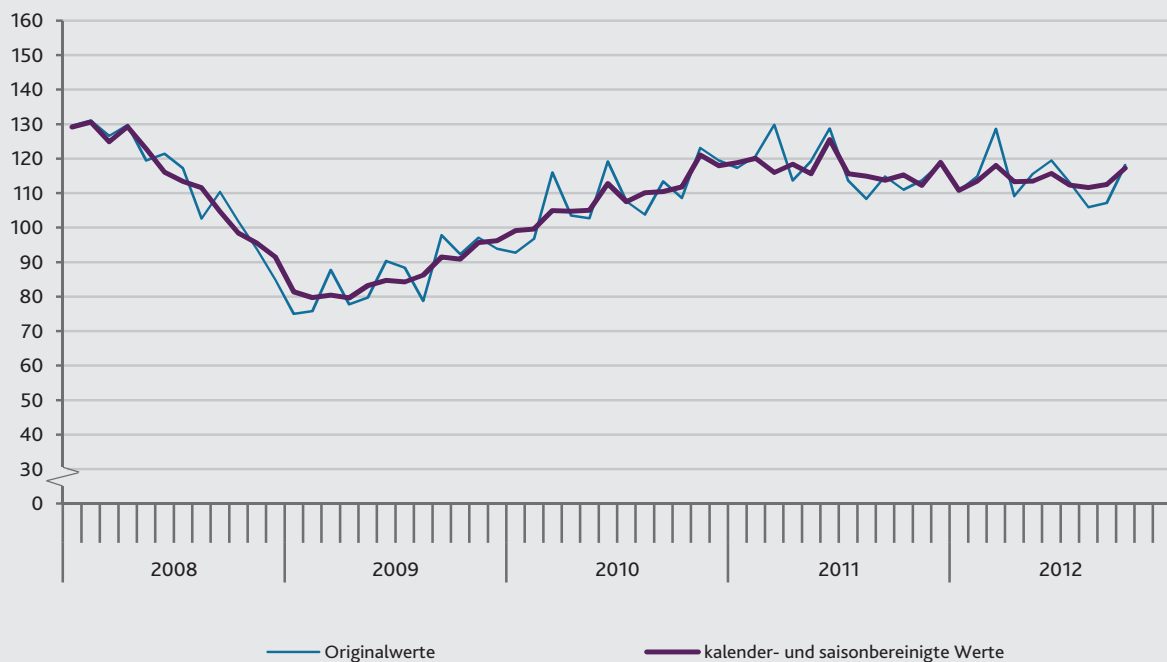
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Deutschland Ausland

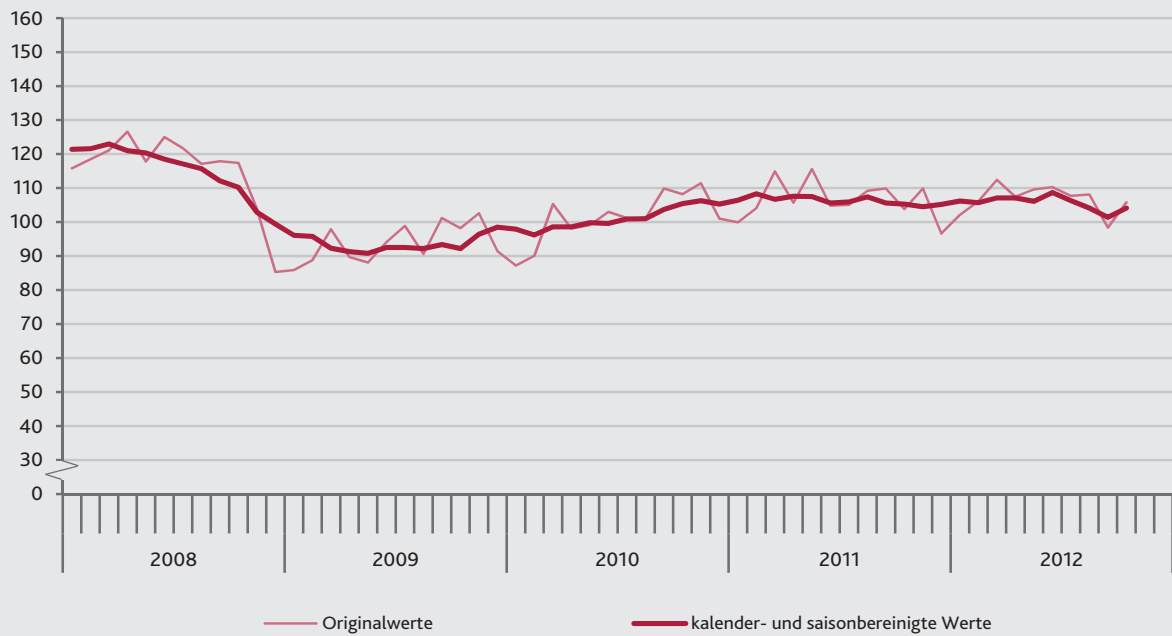
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Insgesamt**

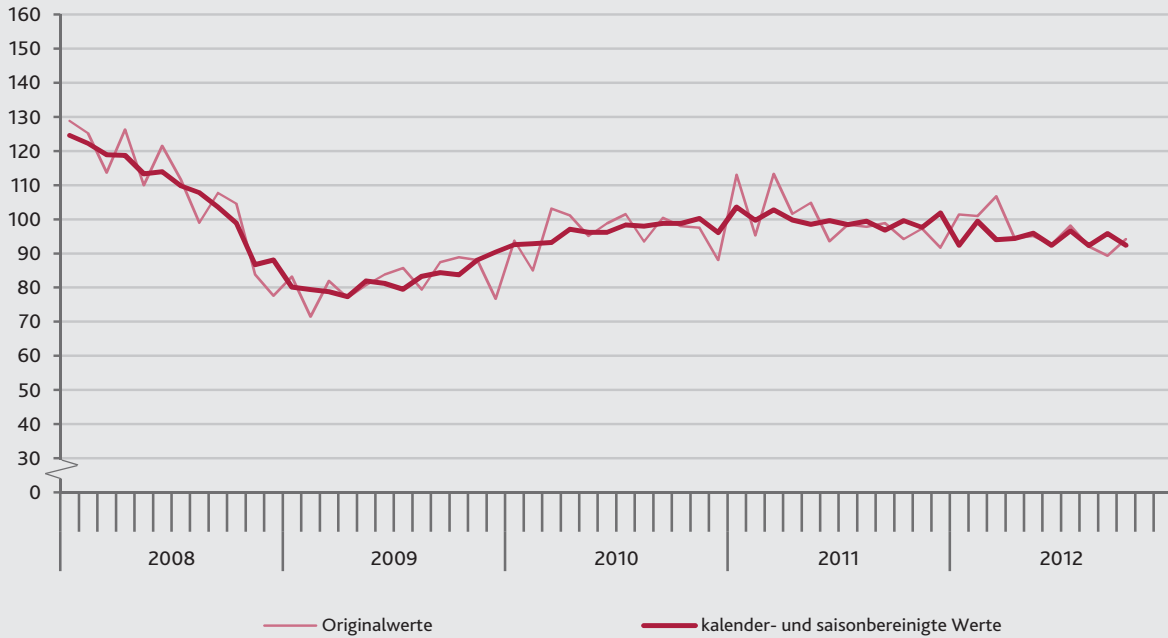
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Inland

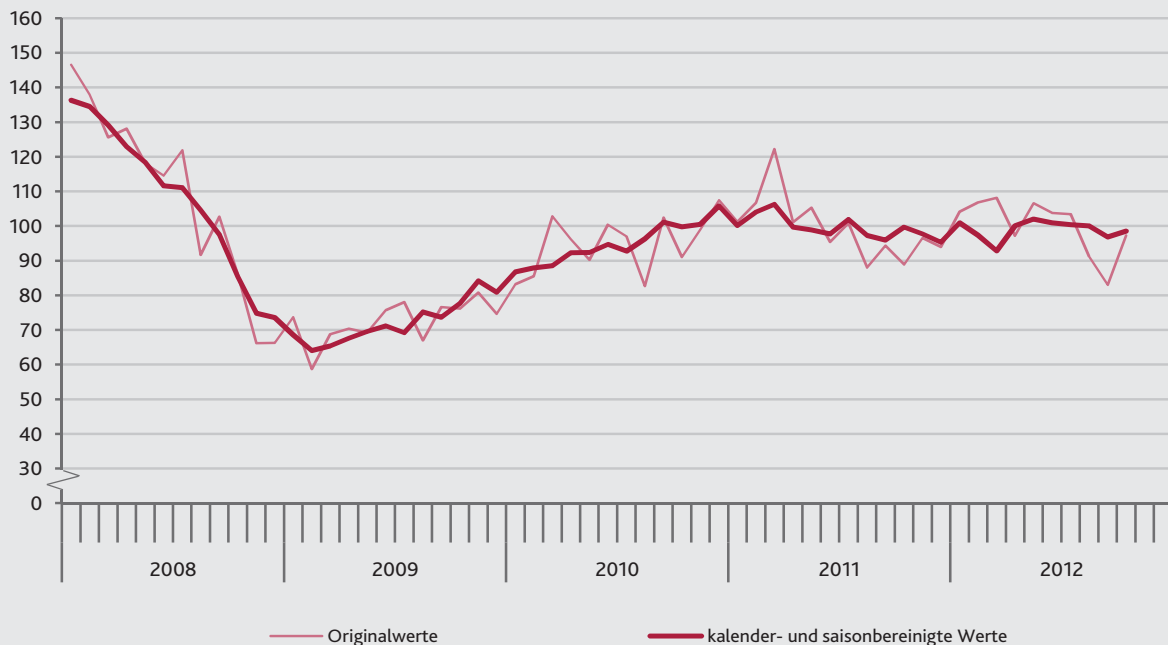
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

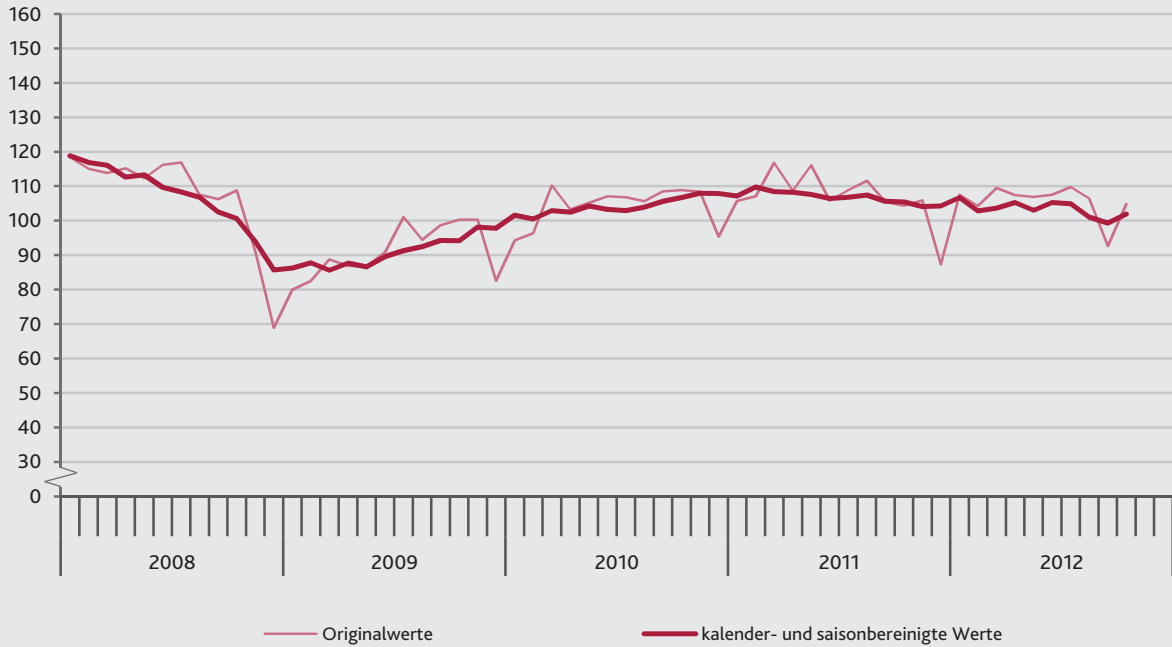
Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz Ausland

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



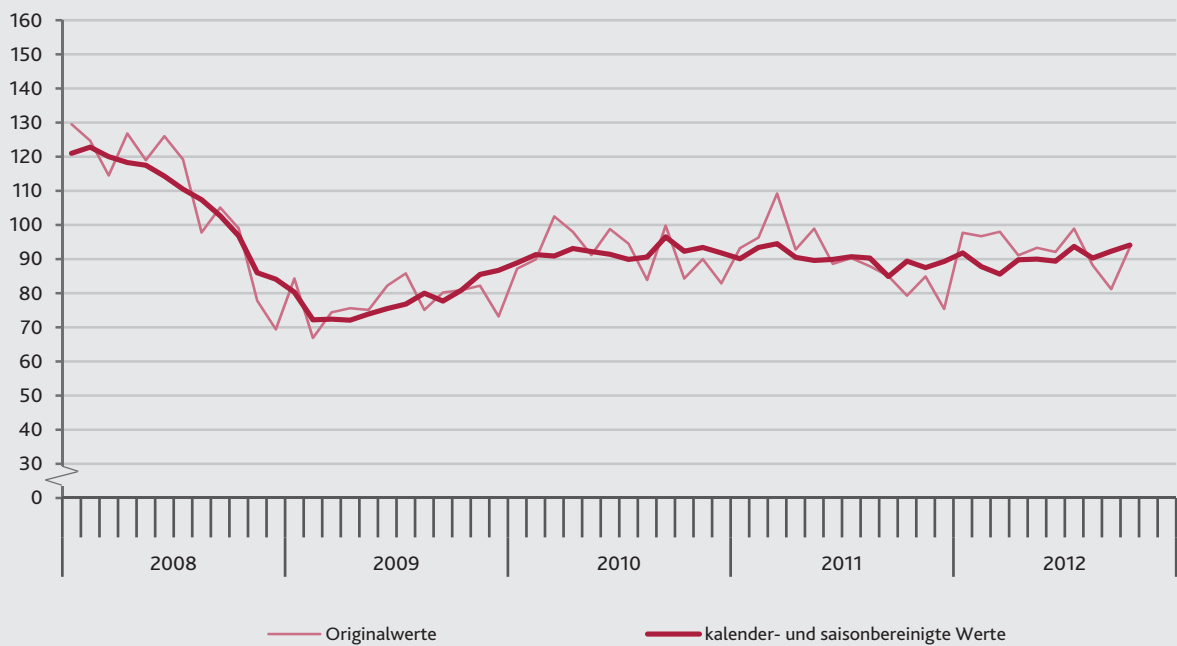
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

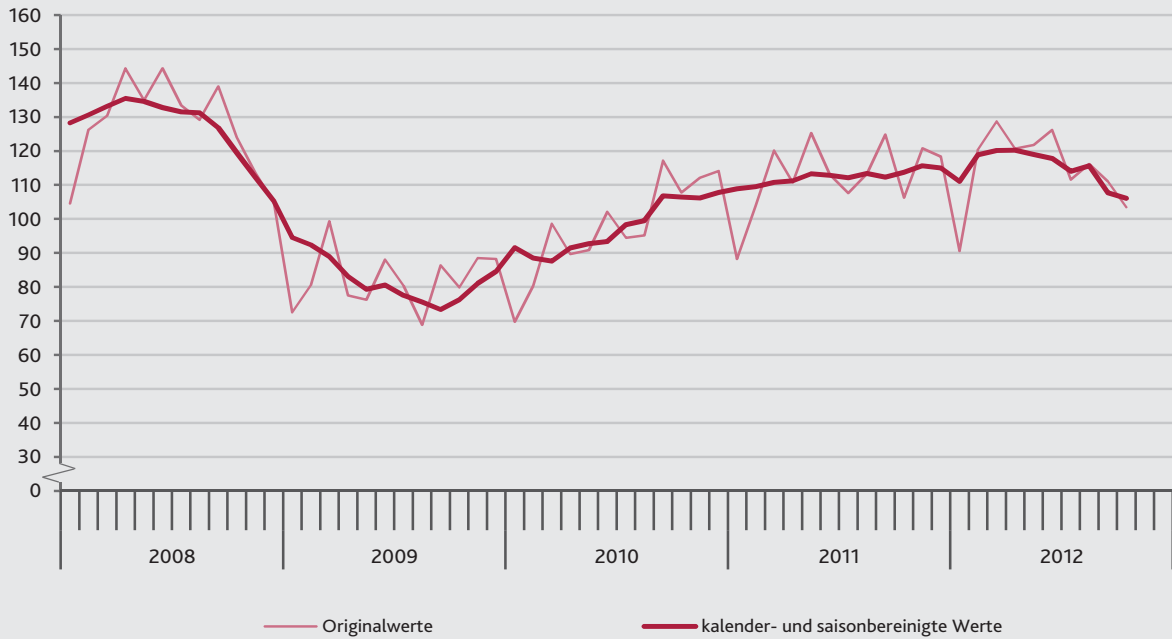
Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Vorleistungsgüterindustrie
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Investitionsgüterindustrie**

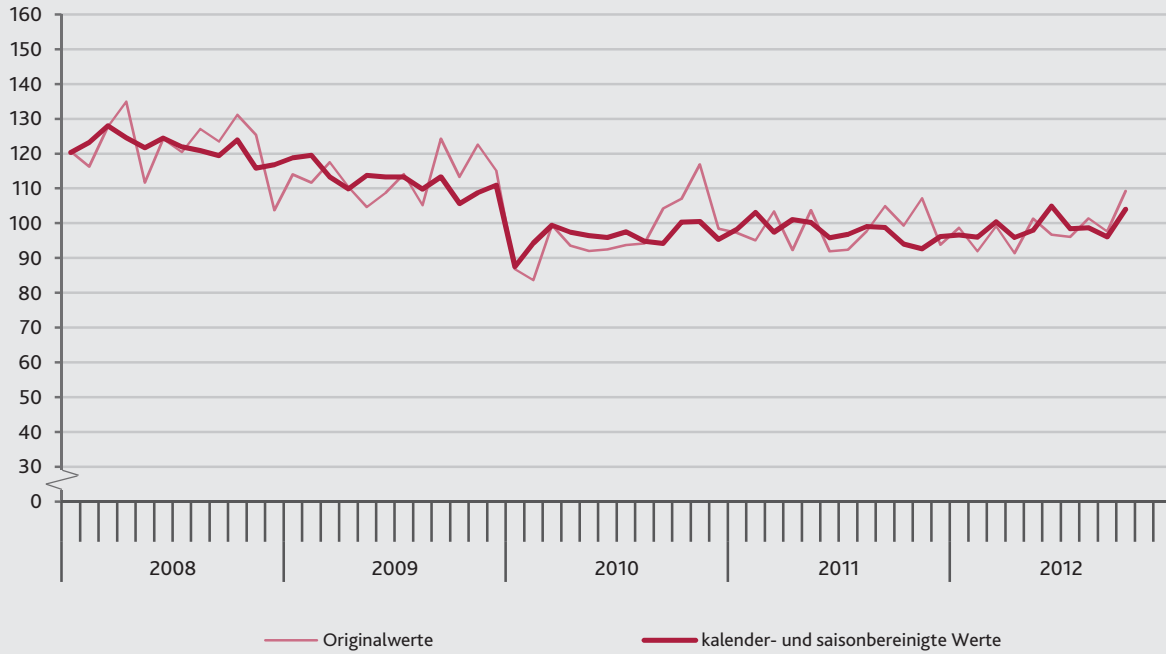
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie**

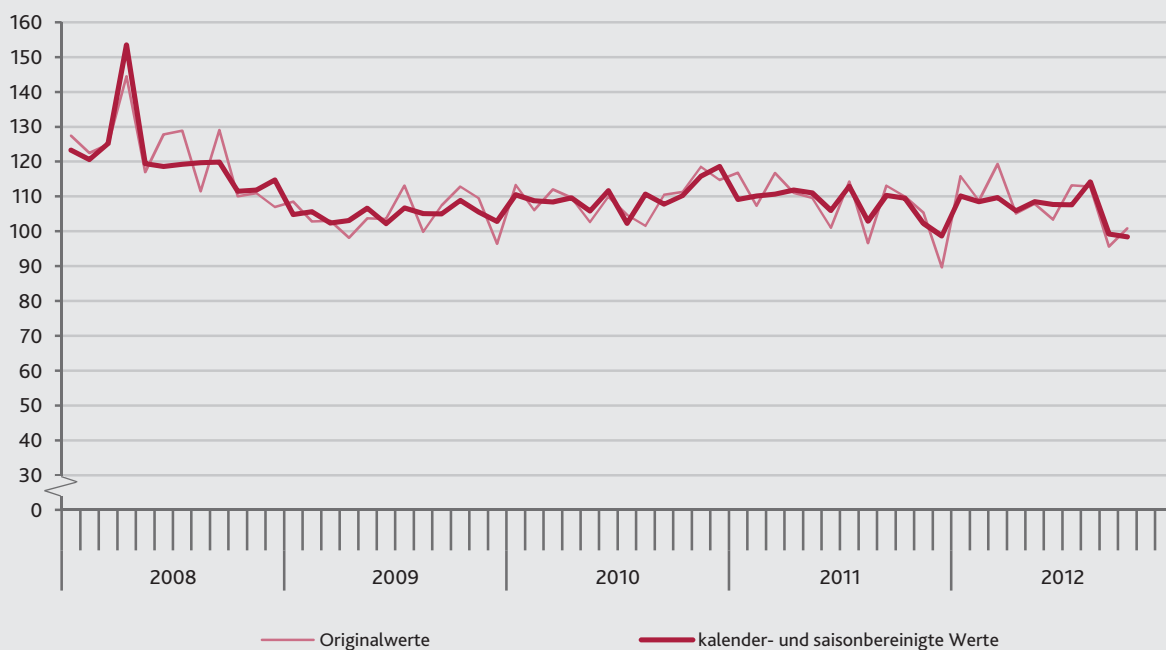
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

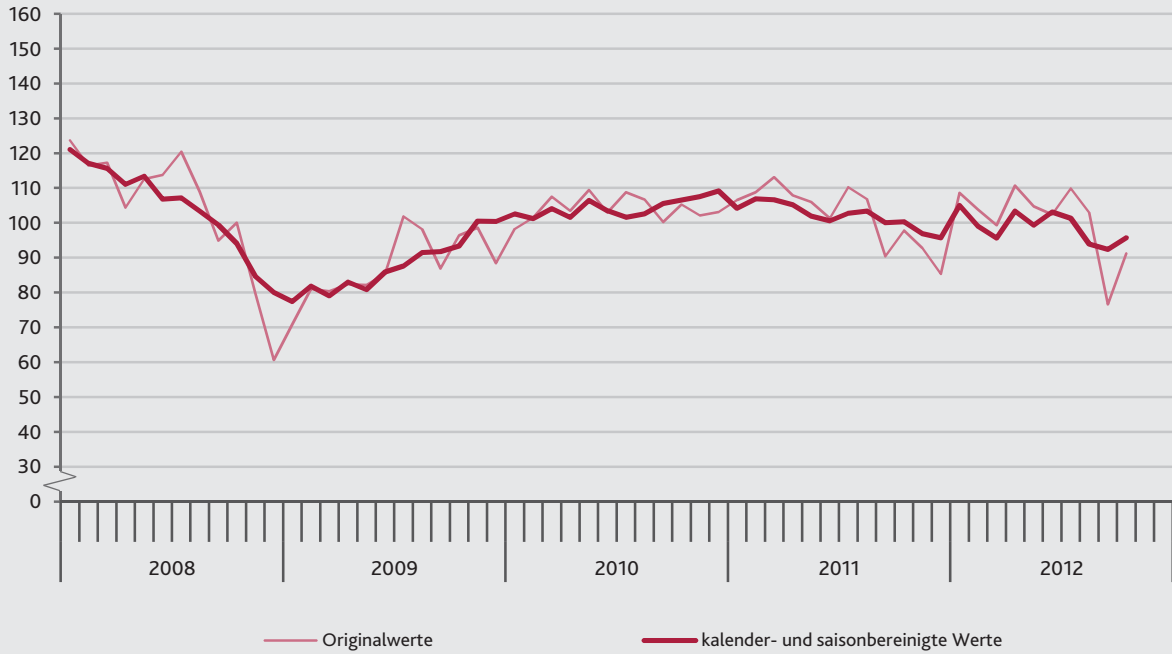
**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Konsumgüterindustrie**

Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



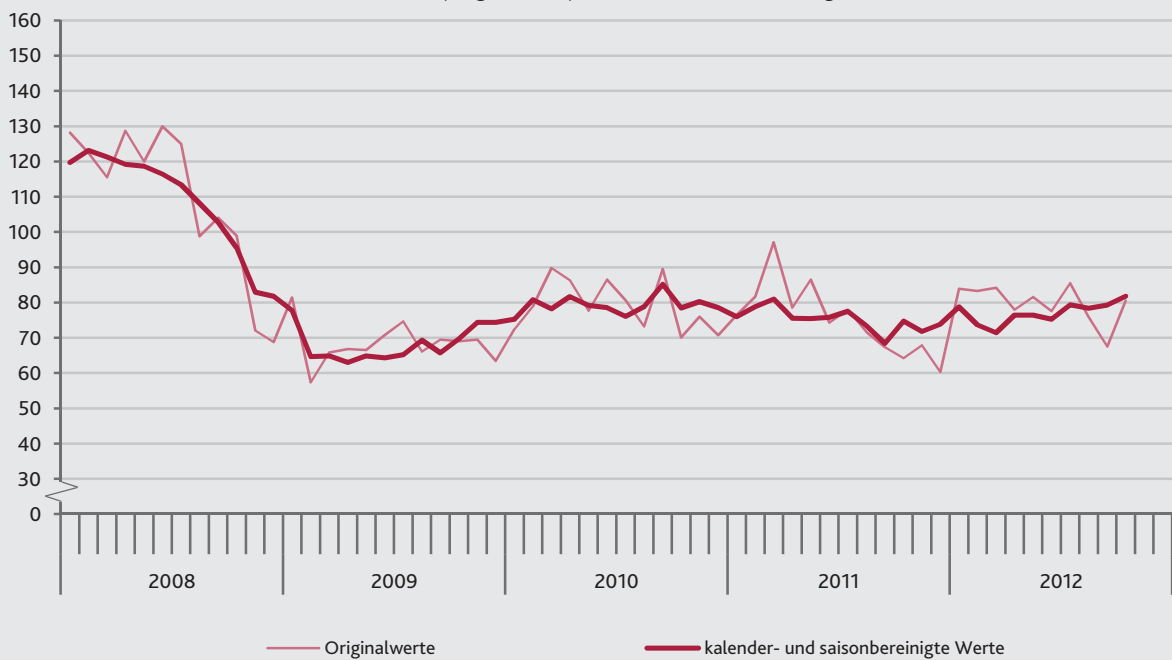
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
 Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

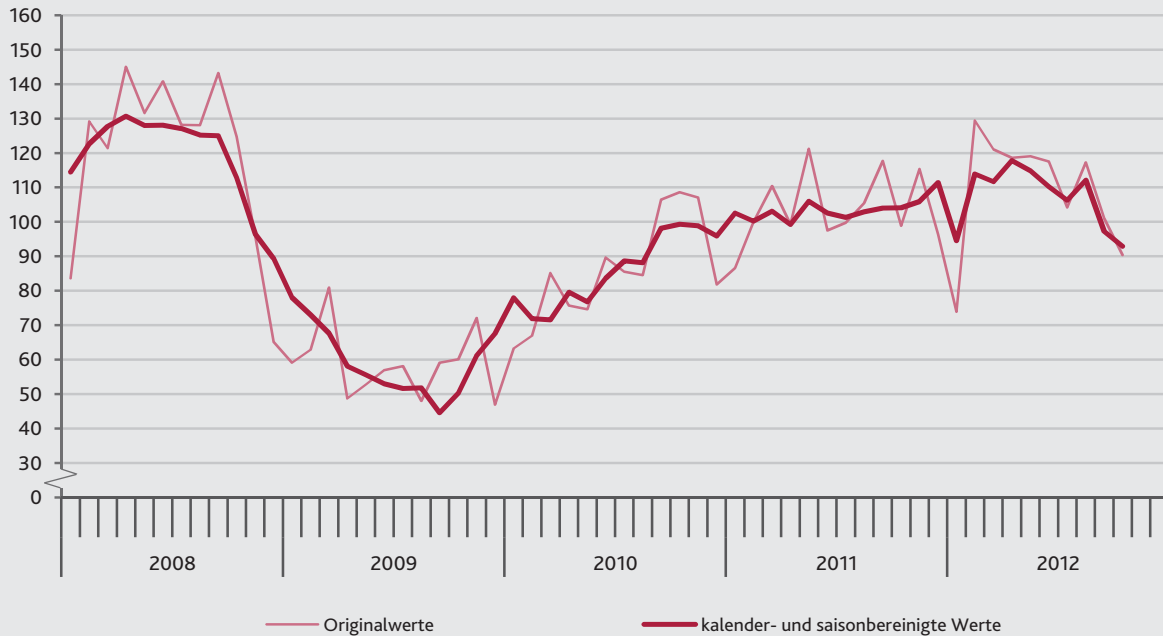
Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von chemischen Erzeugnissen
 Anteil am Gesamtumsatz 2010: 33%
 Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen**

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Anmerkung: Wegen der erhöhten Bandbreite der Schwankungen in diesem Wirtschaftszweig mussten die Einträge auf der Ordinatenachse erhöht werden.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen**

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 12%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte

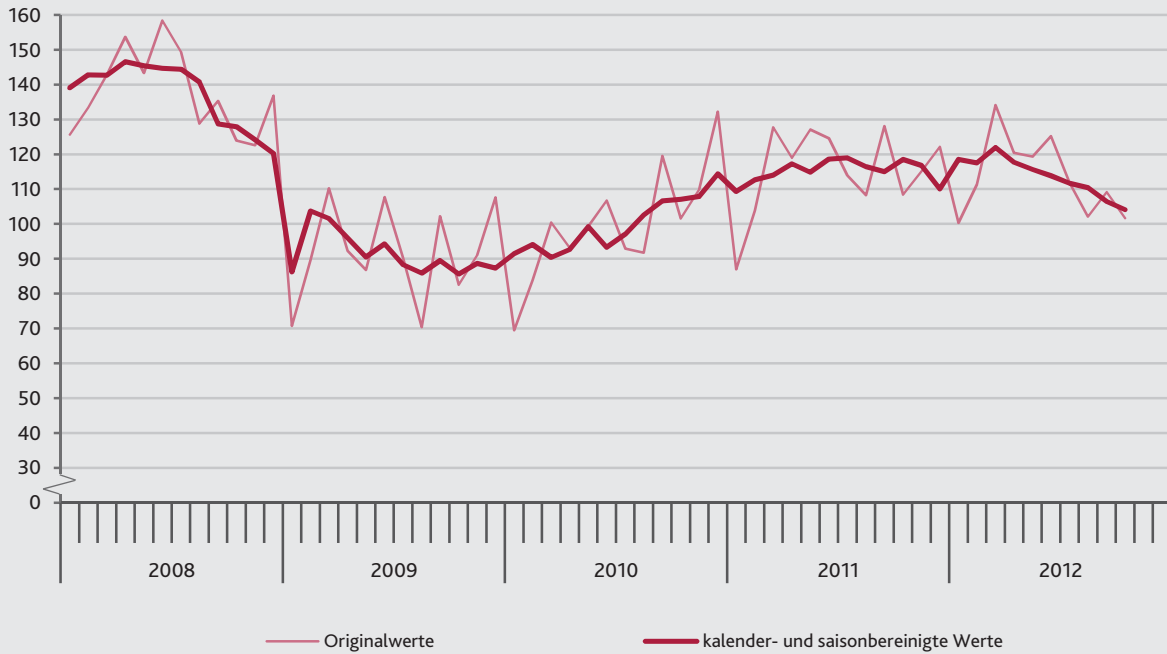


Anmerkung: Wegen der erhöhten Bandbreite der Schwankungen in diesem Wirtschaftszweig mussten die Einträge auf der Ordinatenachse erhöht werden.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Produktionsindex (preisbereinigt) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau**

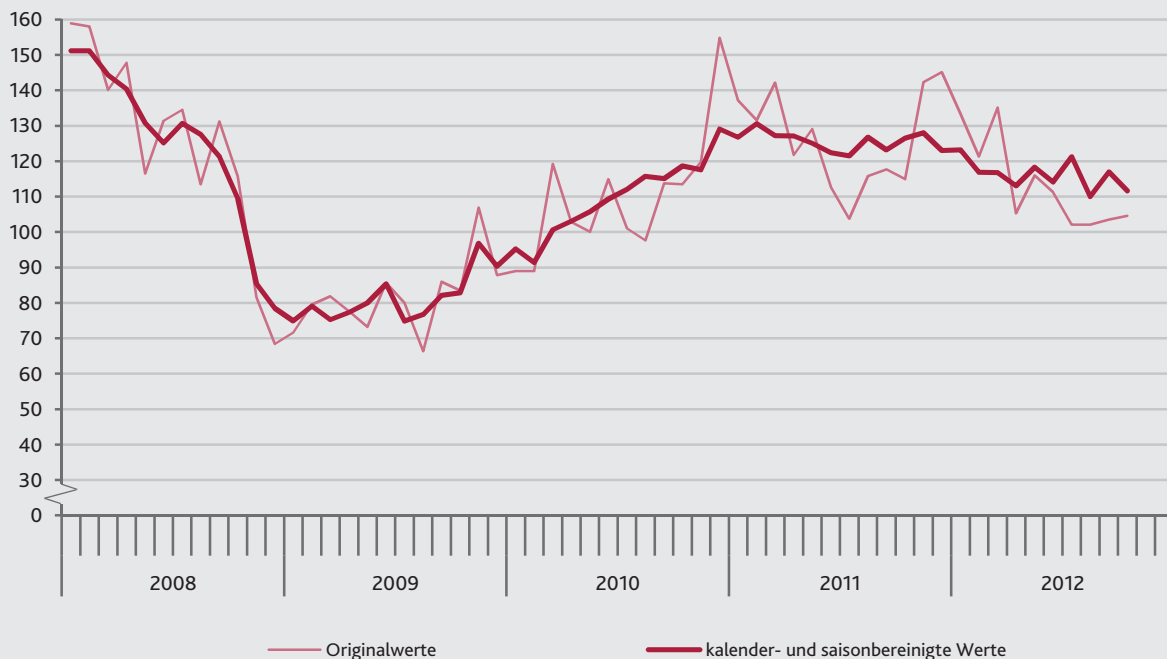
Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

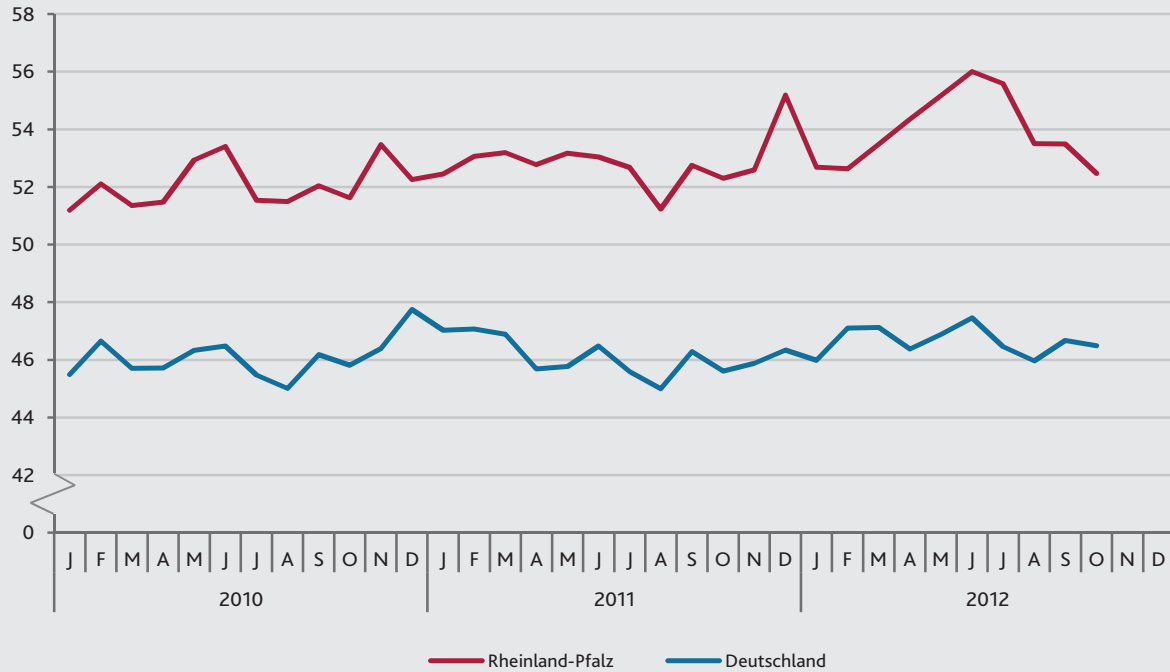
**Auftragseingang (Volumenindex) im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz
Maschinenbau**

Anteil am Gesamtumsatz 2010: 8%
Monatswerte (Originalwerte), kalender- und saisonbereinigte Werte



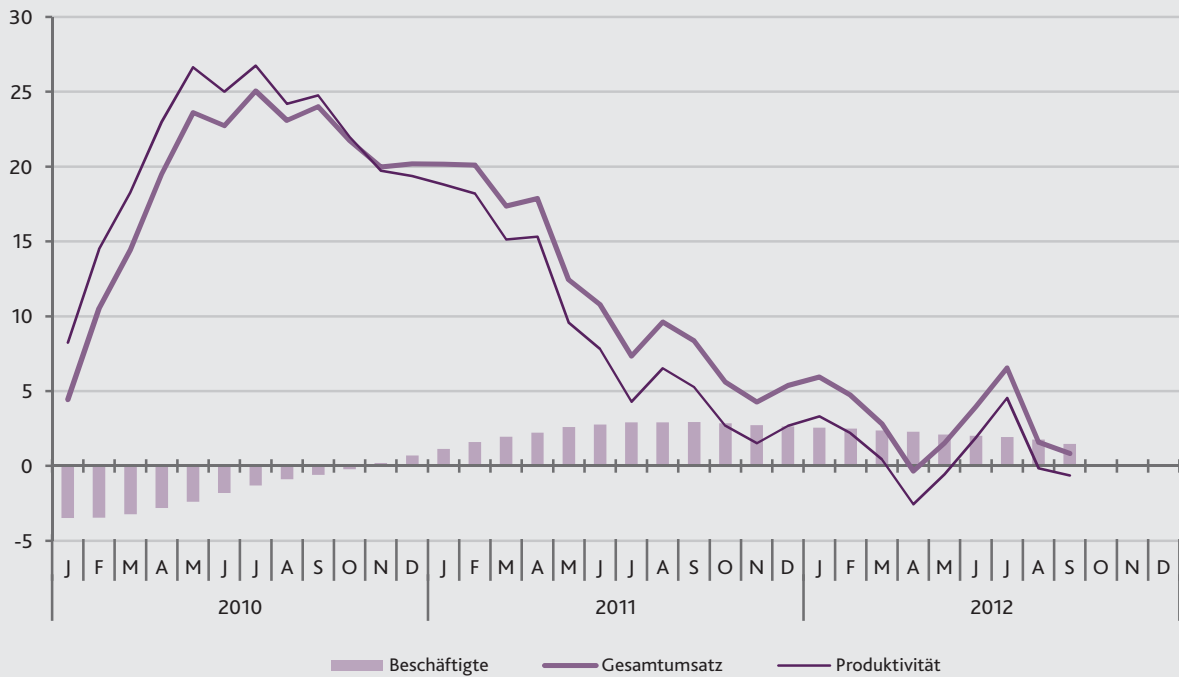
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im verarbeitenden Gewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



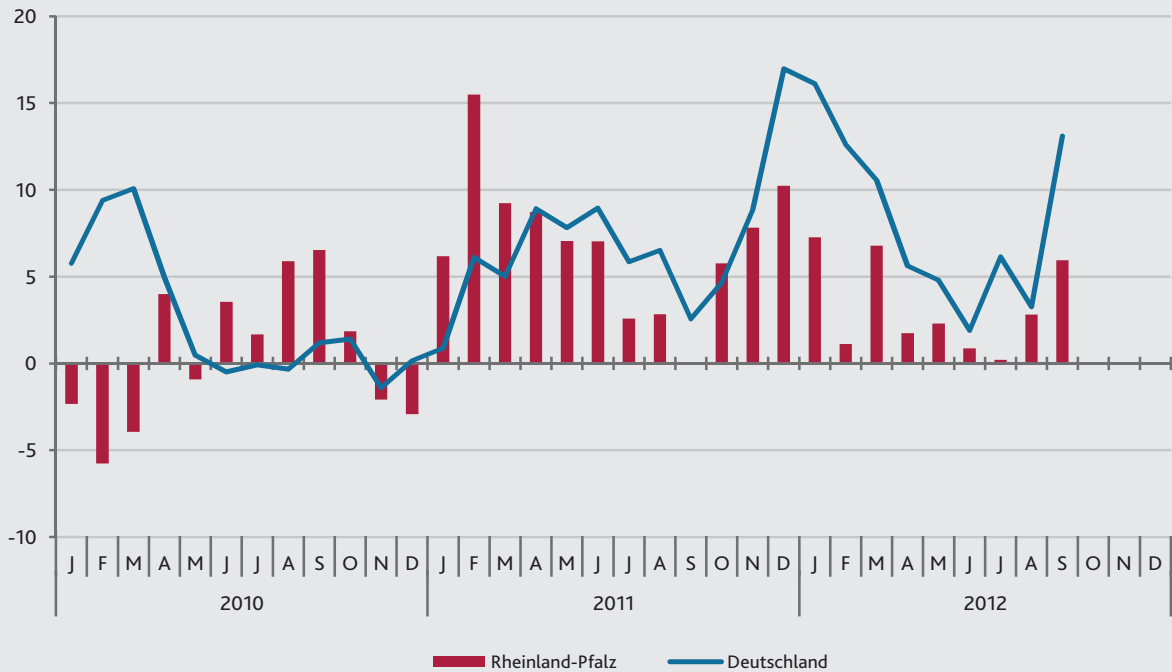
1 Umsatz je Beschäftigten.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Auftragseingang im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

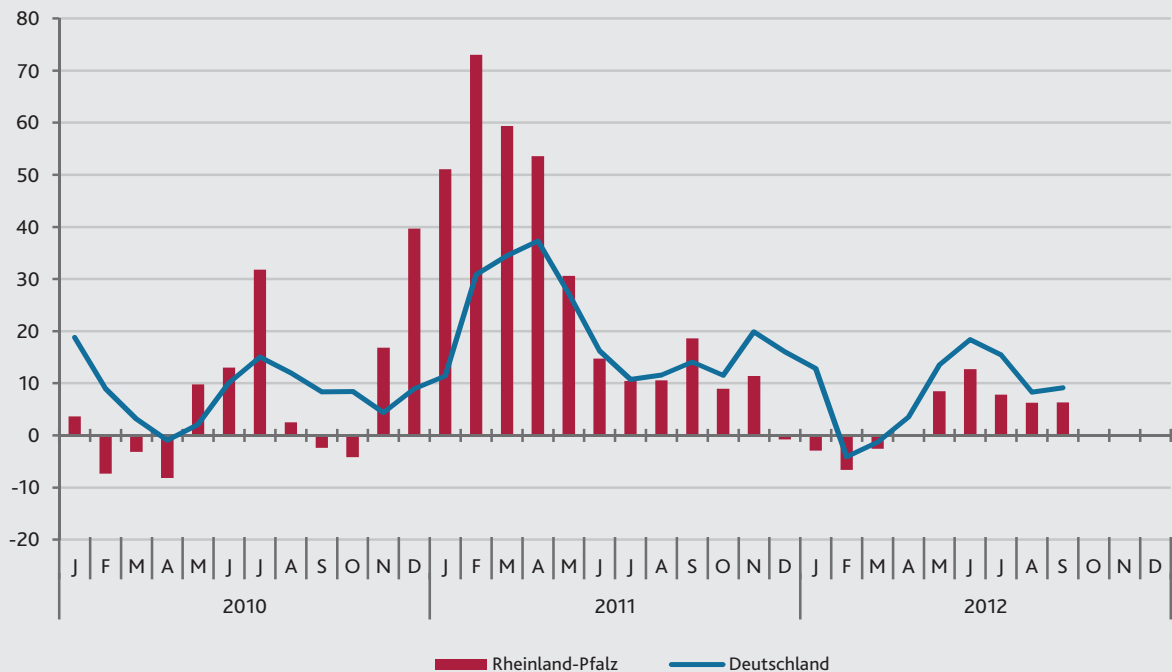


1 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Baugenehmigungen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

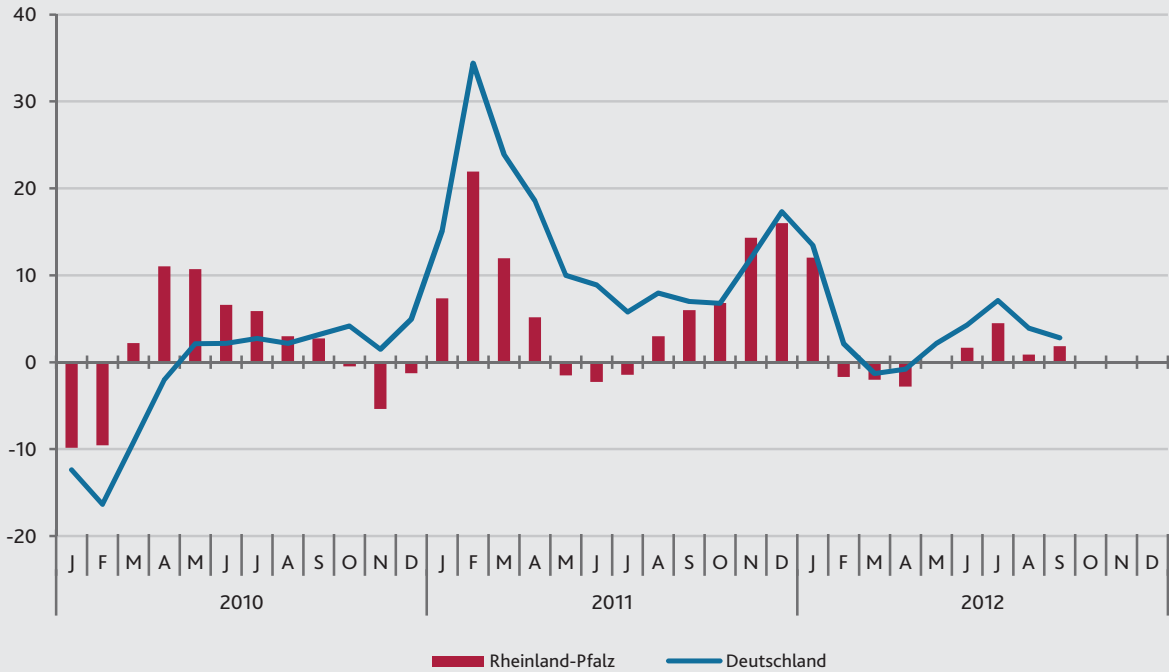


1 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude, Anzahl der Wohnungen.

2 Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

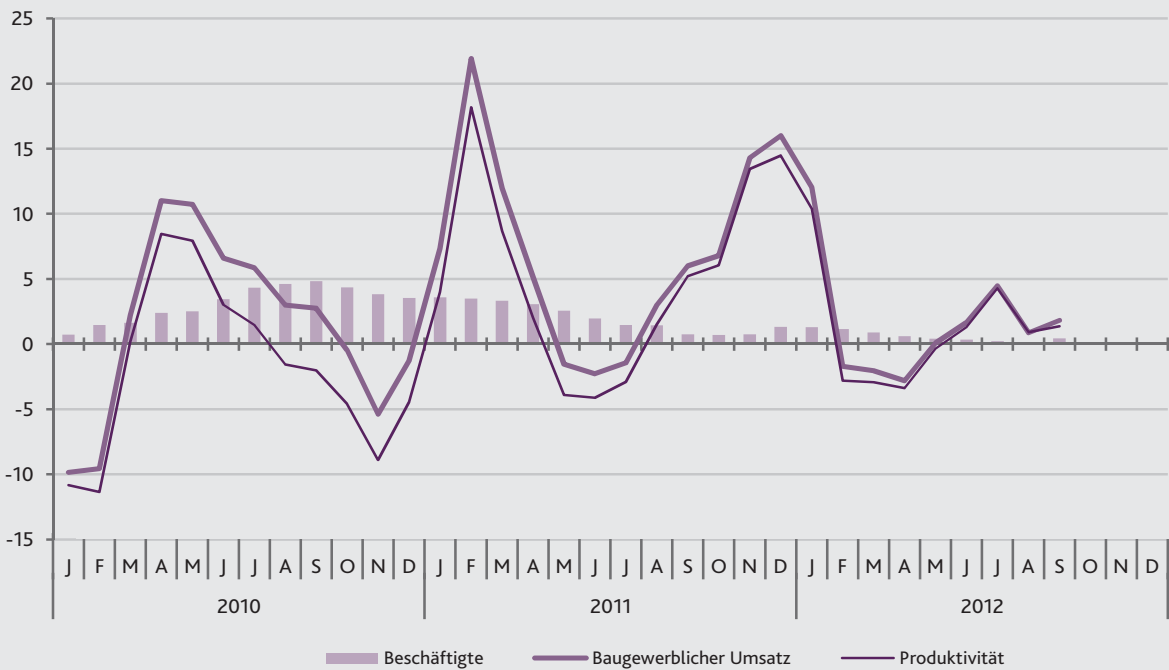
Baugewerblicher Umsatz (nominal) im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Beschäftigte, Umsatz (nominal) und Produktivität¹ im Bauhauptgewerbe
 Gleitende 3-Monats-Durchschnitte² – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

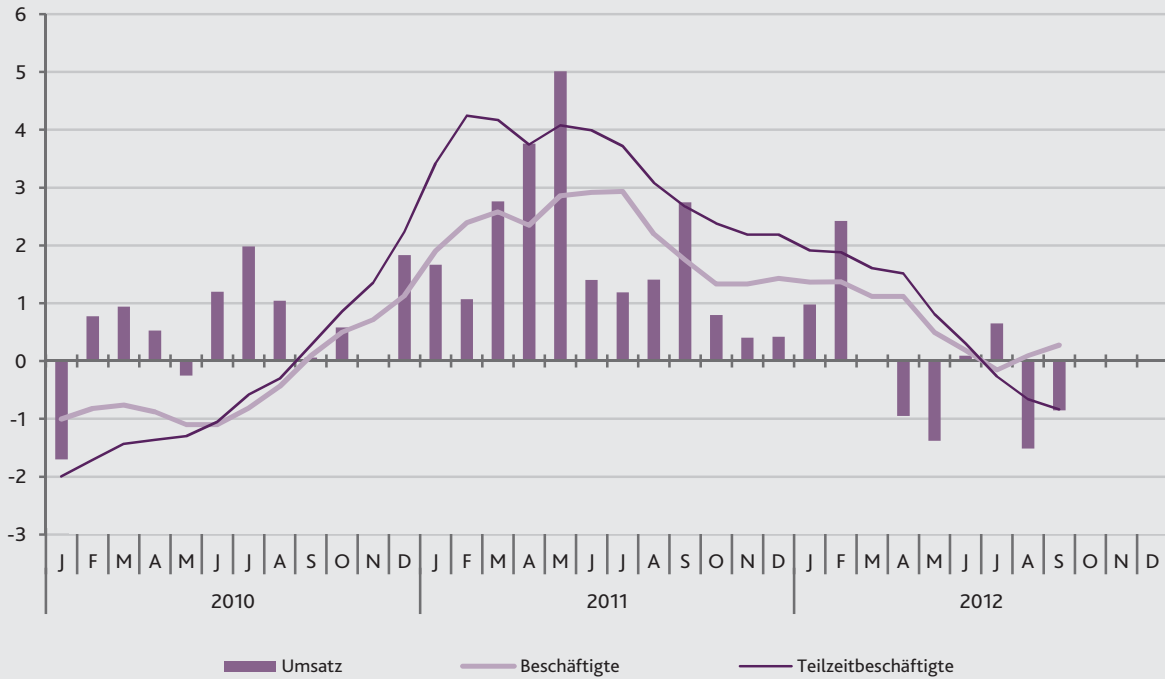


¹ Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten. – ² Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

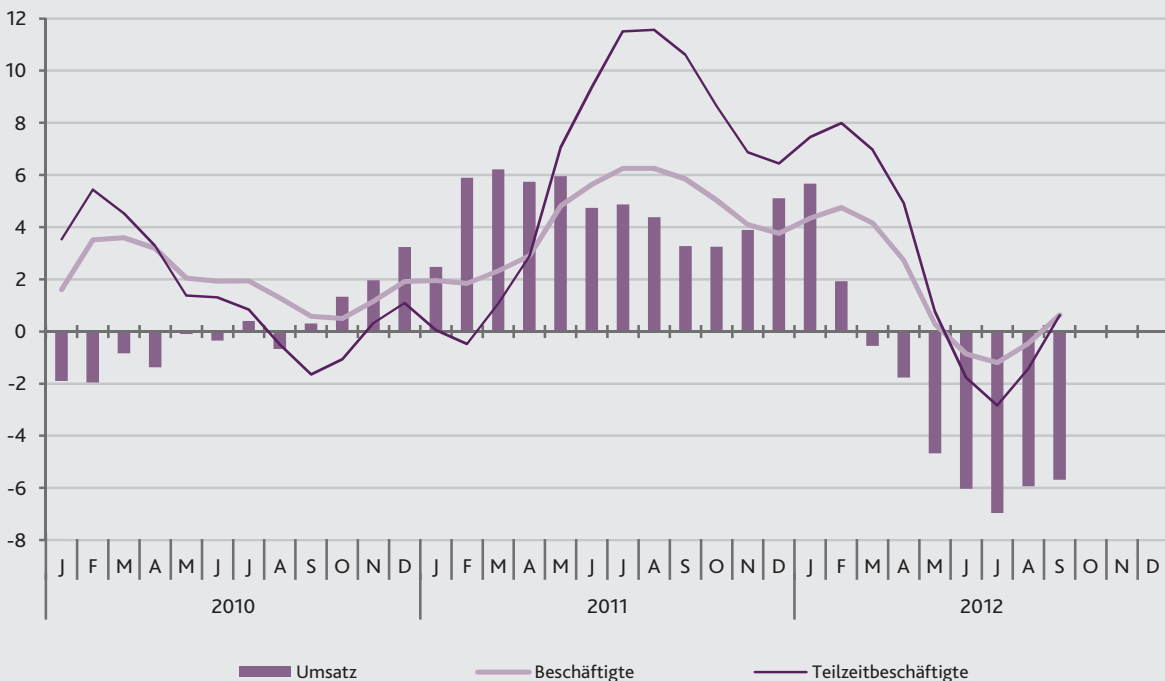


¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

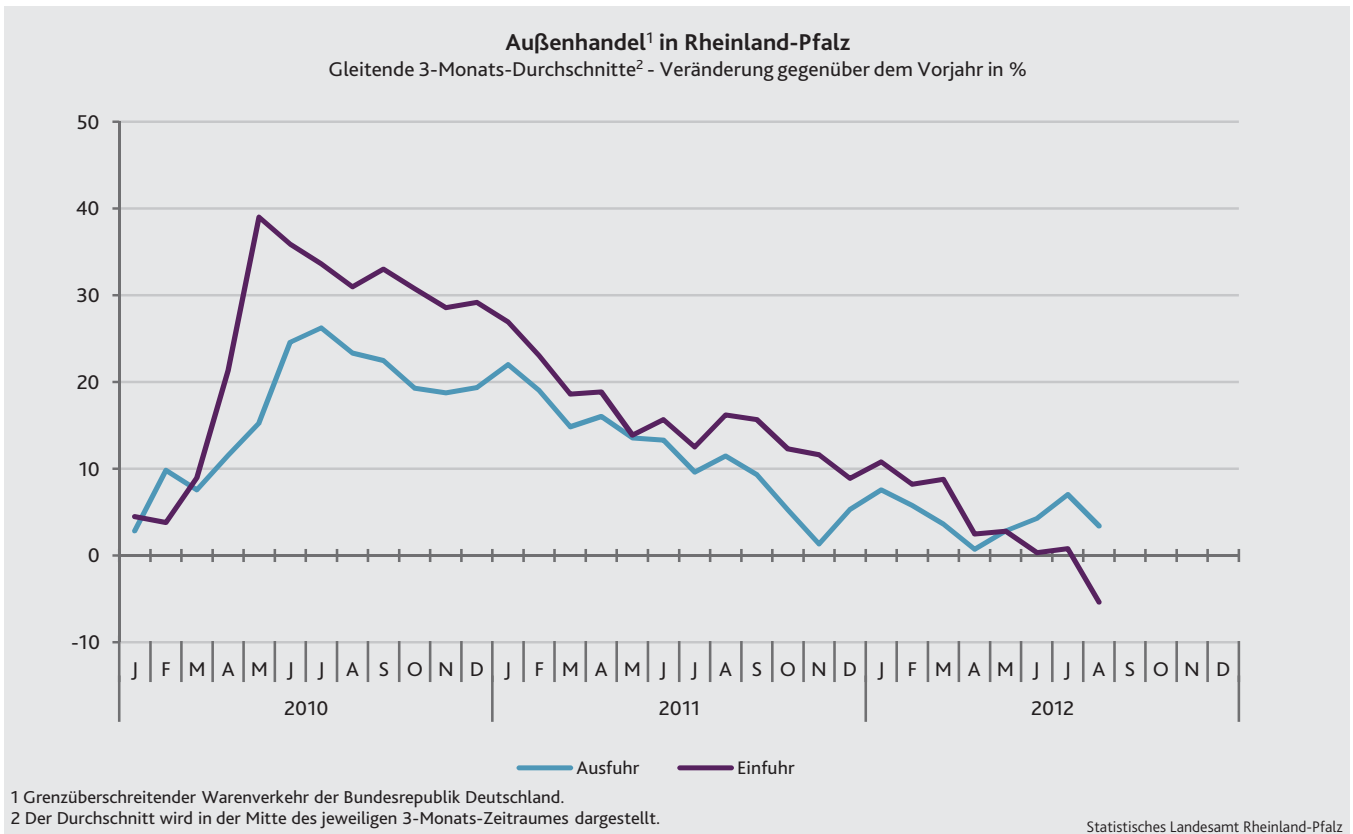
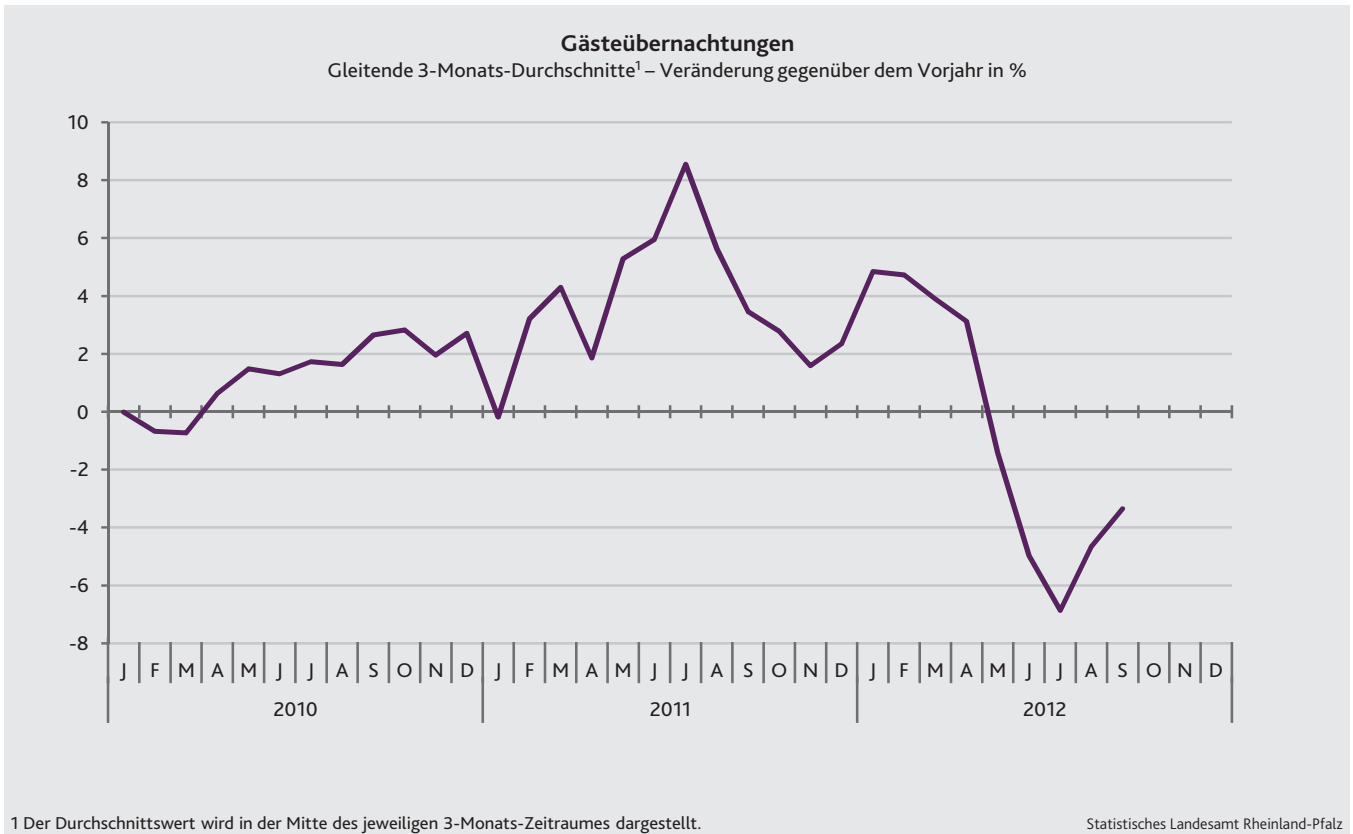
Umsatz und Beschäftigte im Gastgewerbe

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte¹ – Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

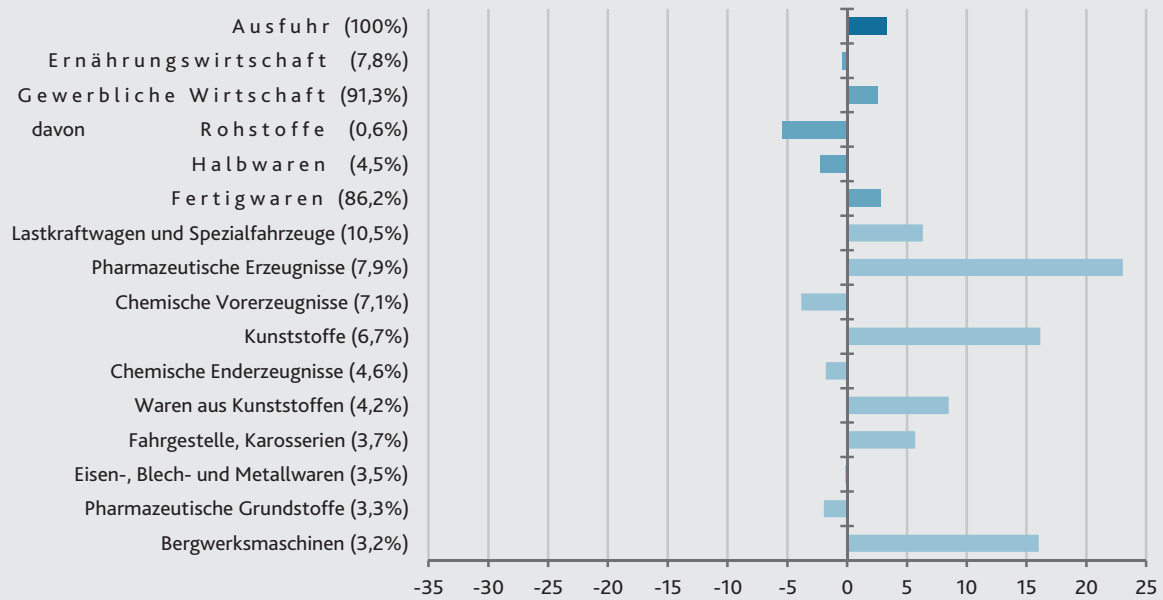


¹ Der Durchschnittswert wird in der Mitte des jeweiligen 3-Monats-Zeitraumes dargestellt.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz



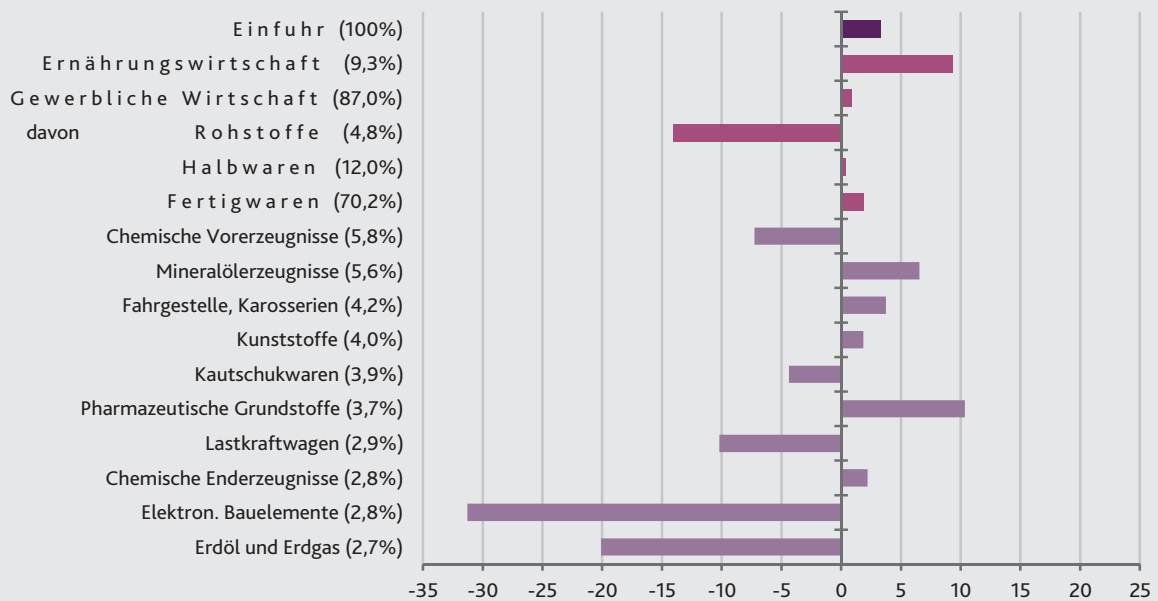
Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Oktober 2011 - September 2012 nach Warengruppen¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

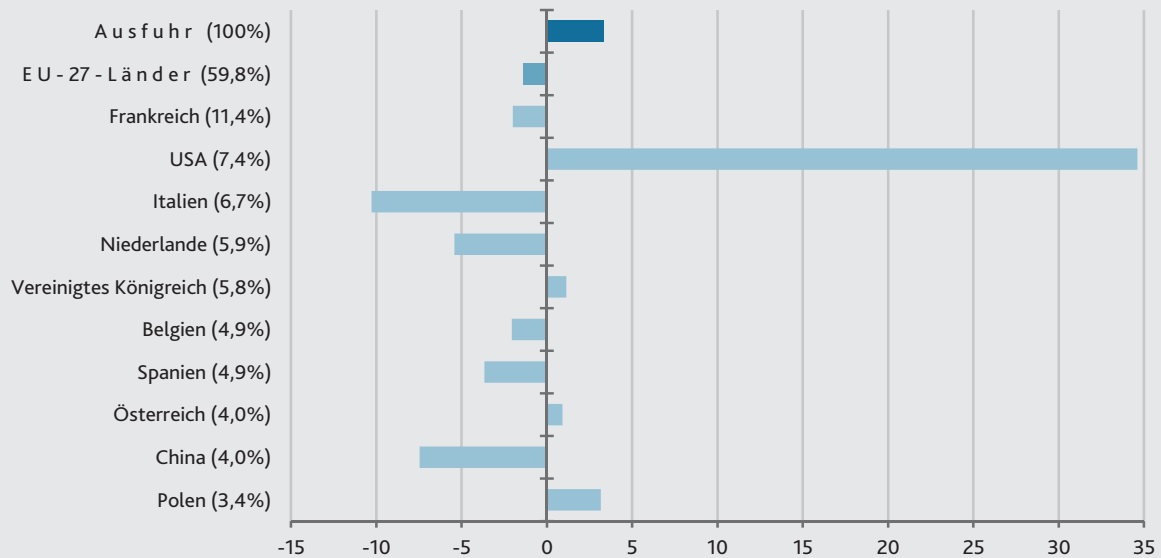
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Oktober 2011 - September 2012 nach Warengruppen¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Warenuntergruppen ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

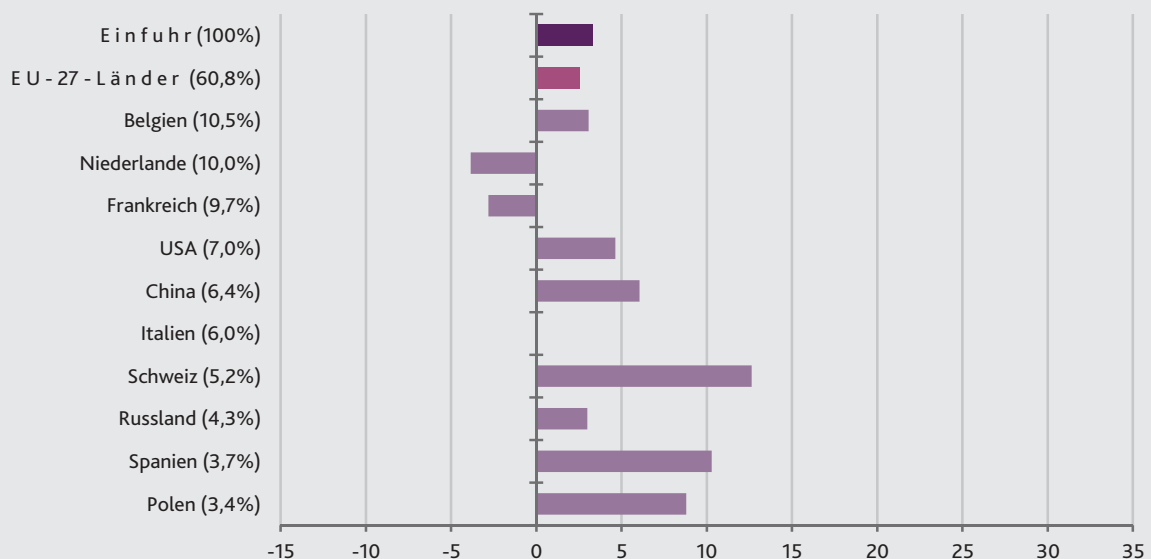
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Ausfuhr aus Rheinland-Pfalz Oktober 2011 - September 2012 nach Bestimmungsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

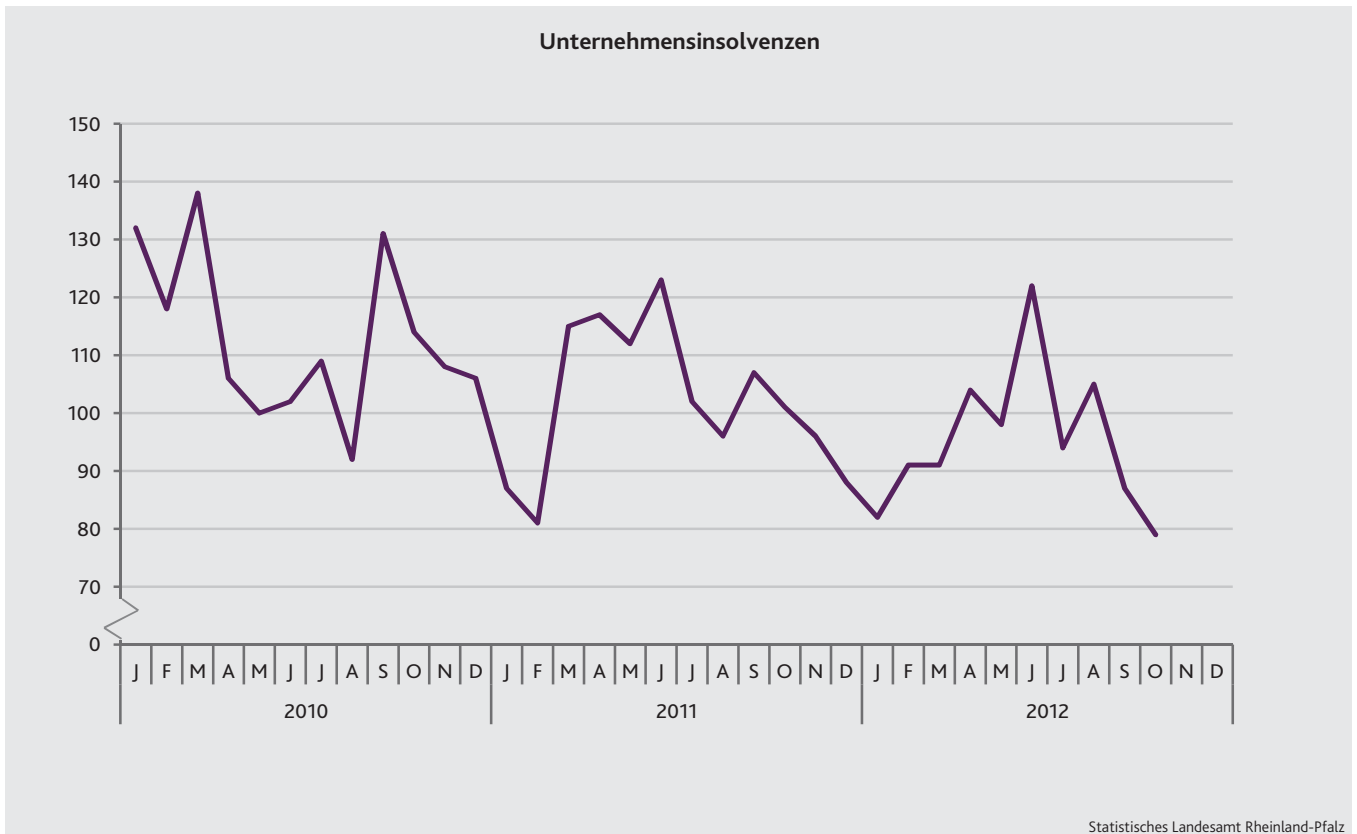
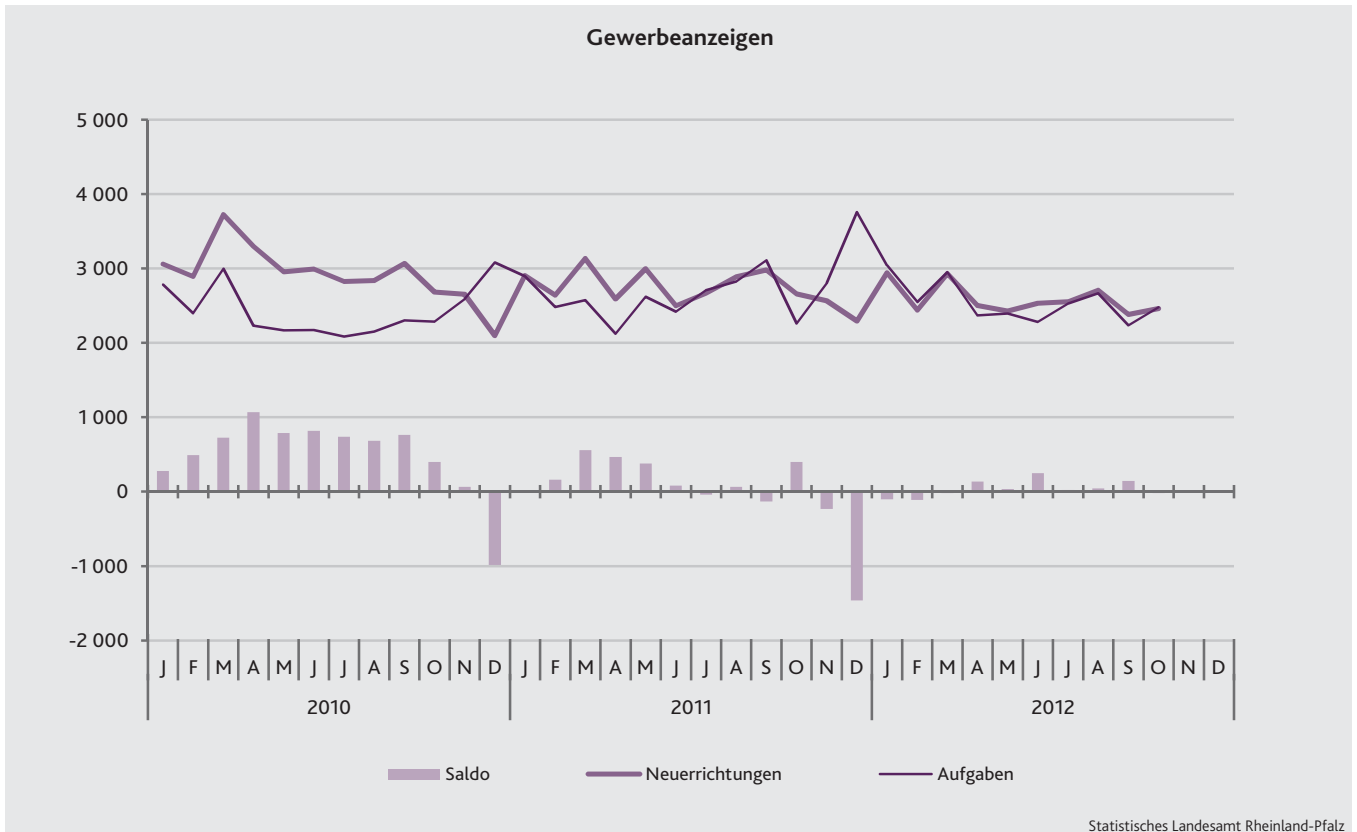


¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

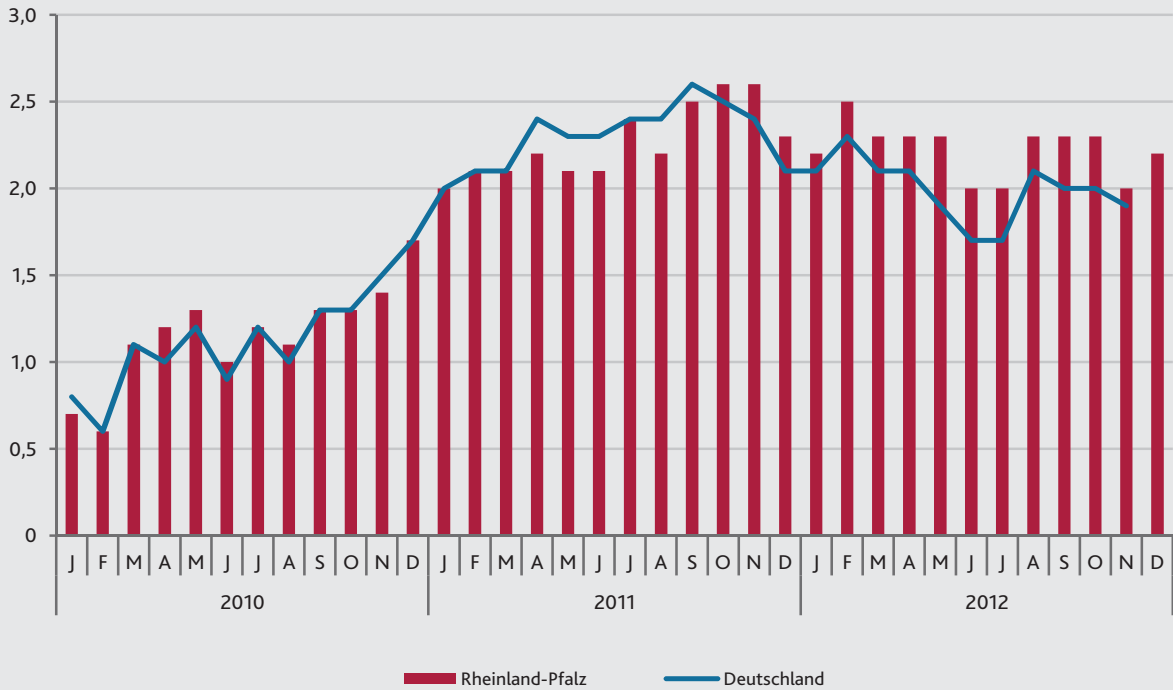
Einfuhr nach Rheinland-Pfalz Oktober 2011 - September 2012 nach Herkunftsländern¹
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der zehn wichtigsten Länder ergibt sich aus dem Anteil am gesamten Warenwert 2011.

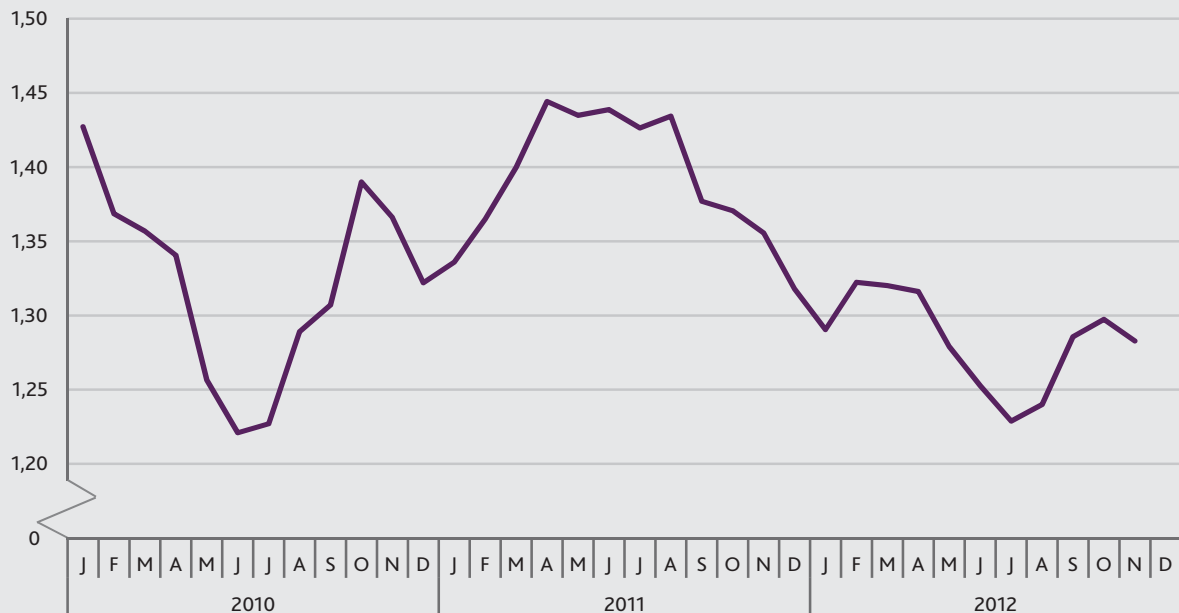


Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

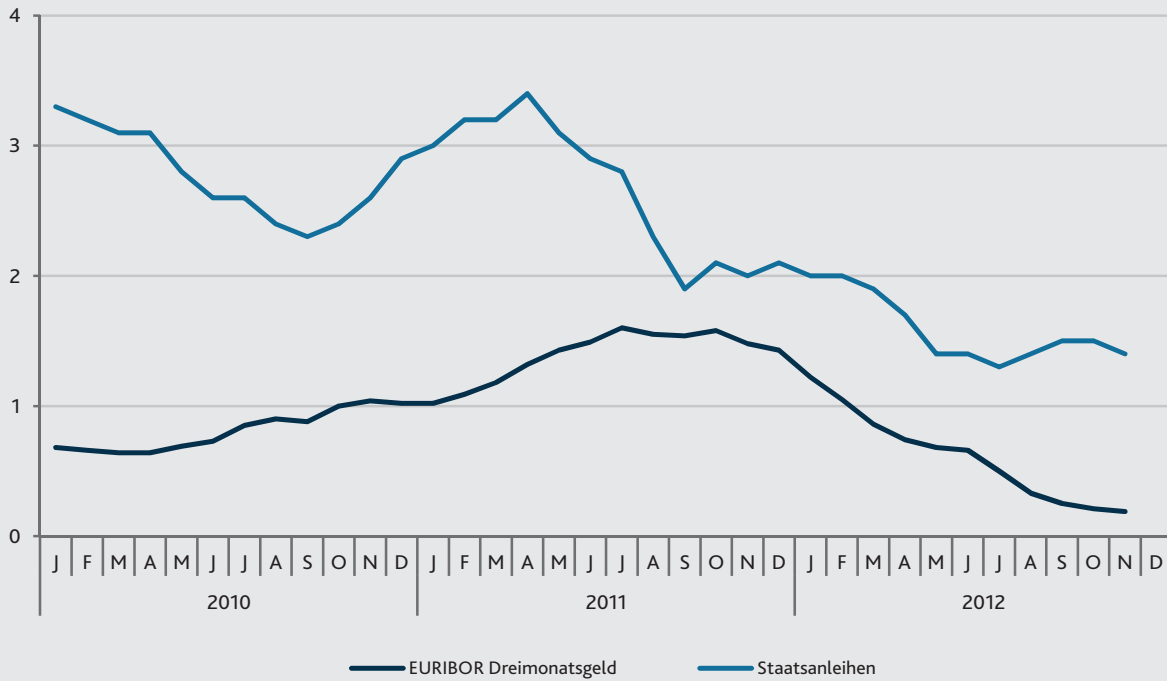
Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank (1 EUR = ... US-Dollar)
Monatsdurchschnitt in US-Dollar



Quelle: Europäische Zentralbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

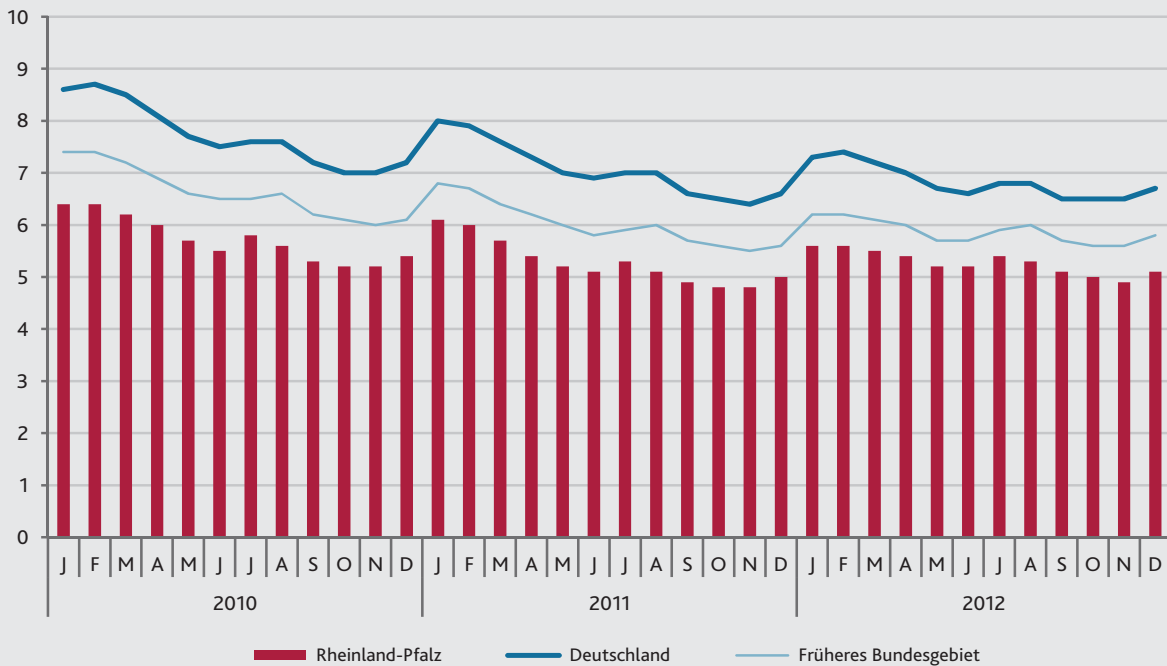
Geldmarktsätze EURIBOR und Umlaufrenditen von Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit
Monatsdurchschnitt in %



Quelle: Deutsche Bundesbank

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

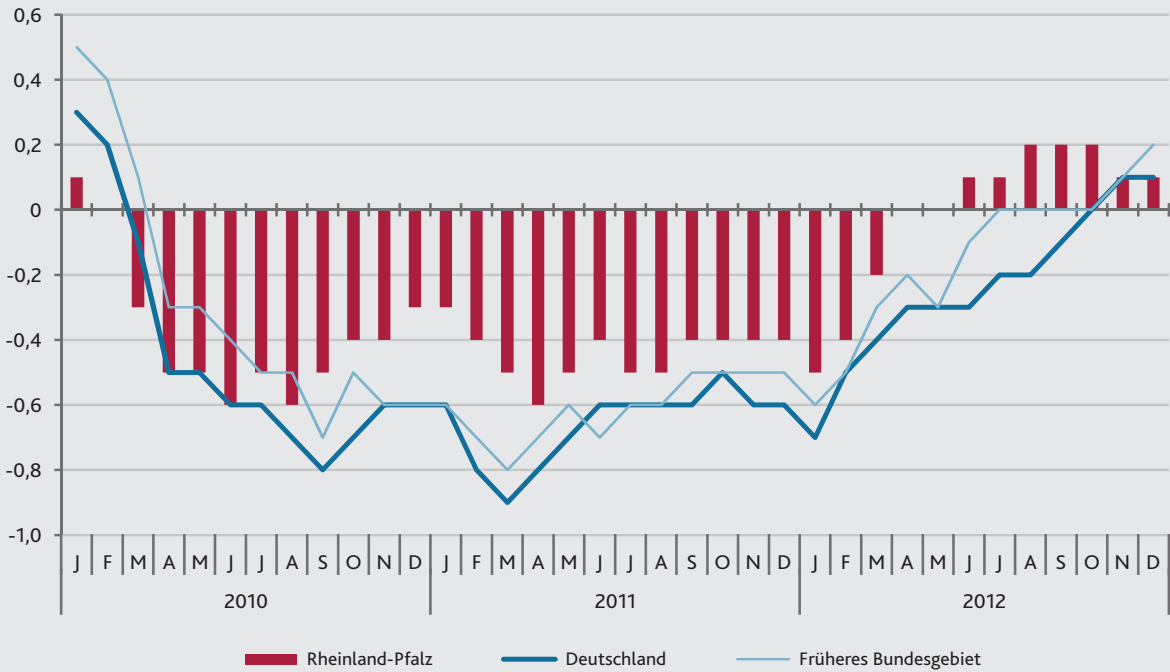
Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

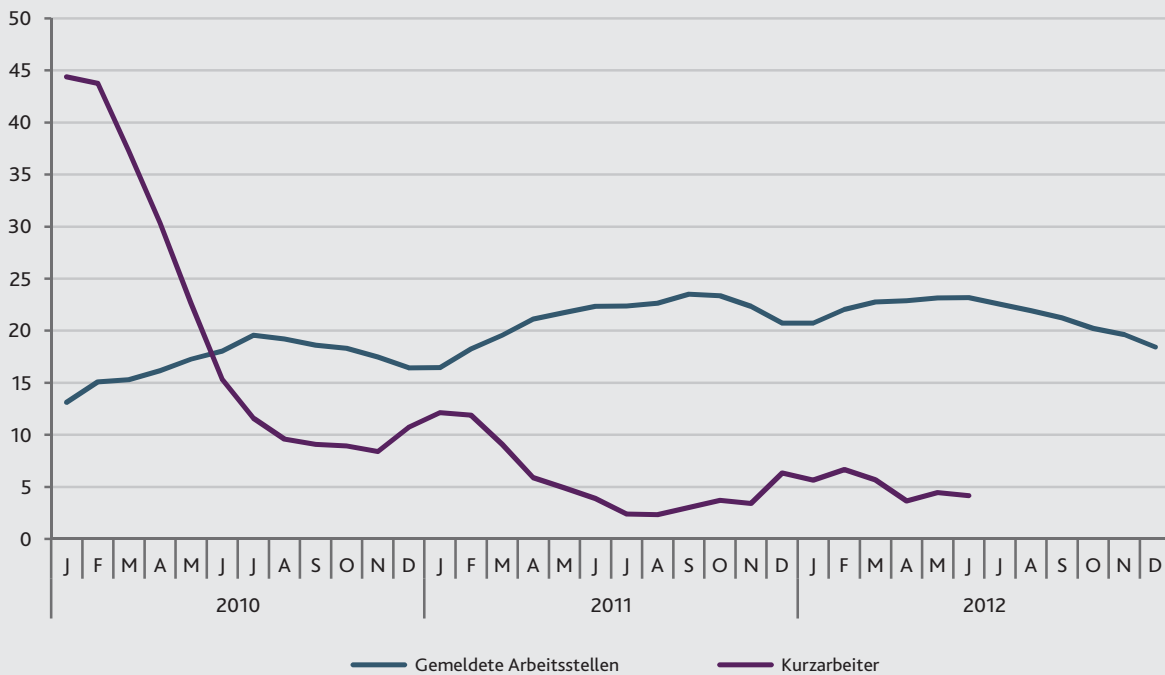
Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und im früheren Bundesgebiet
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

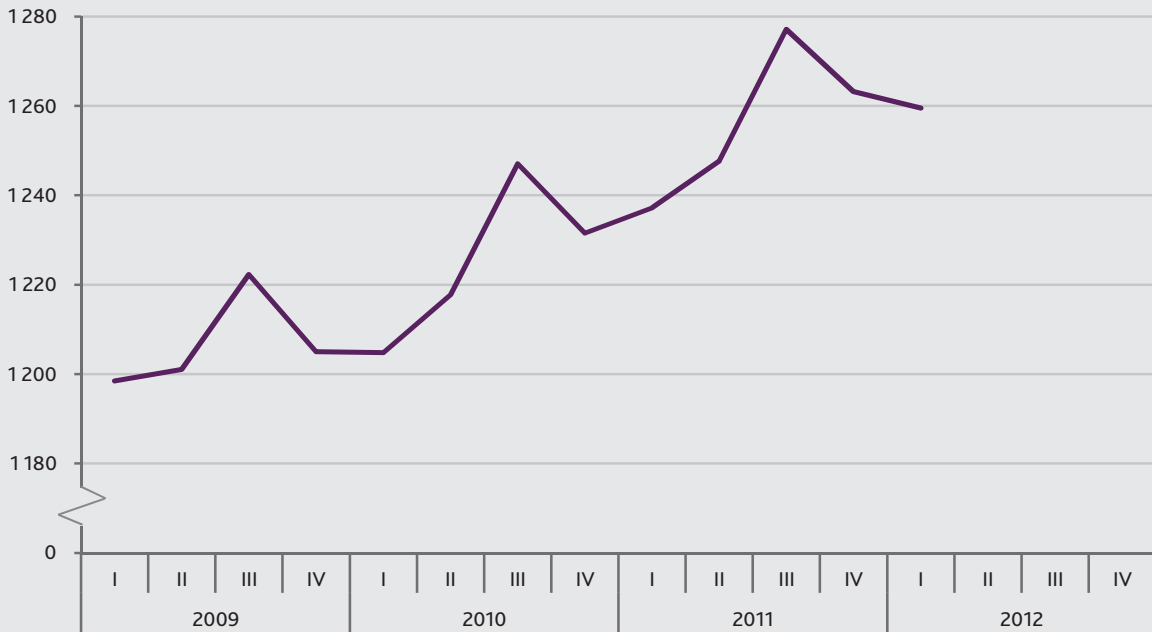
Gemeldete Arbeitsstellen und Kurzarbeiter
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

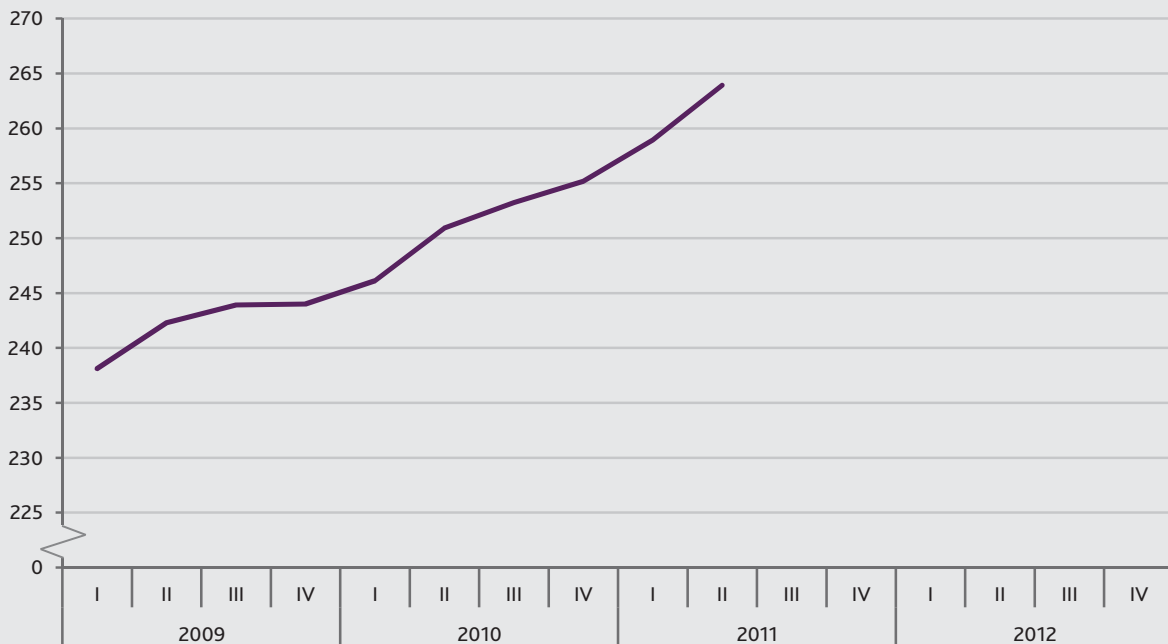
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

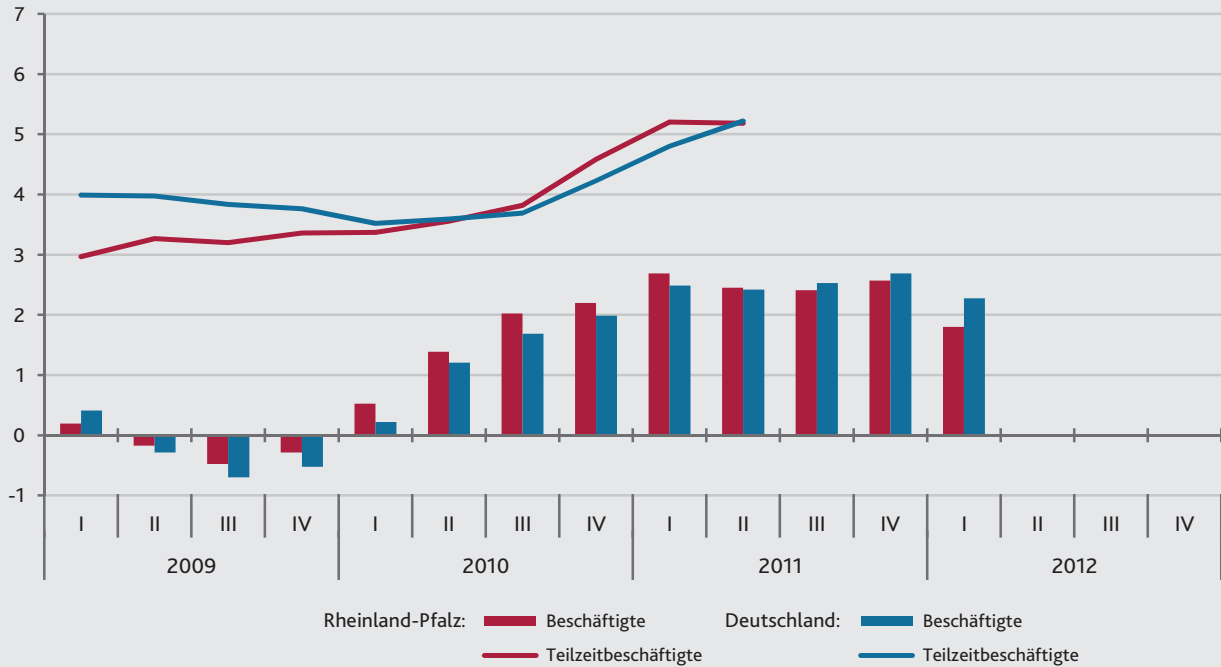
Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsort
in 1 000



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

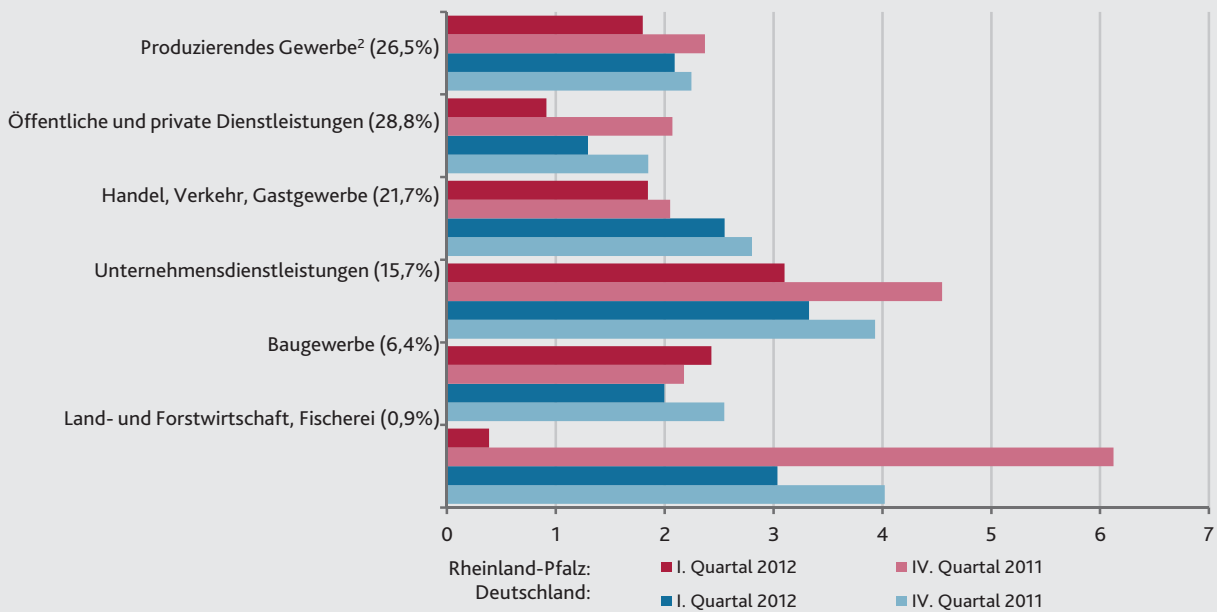
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

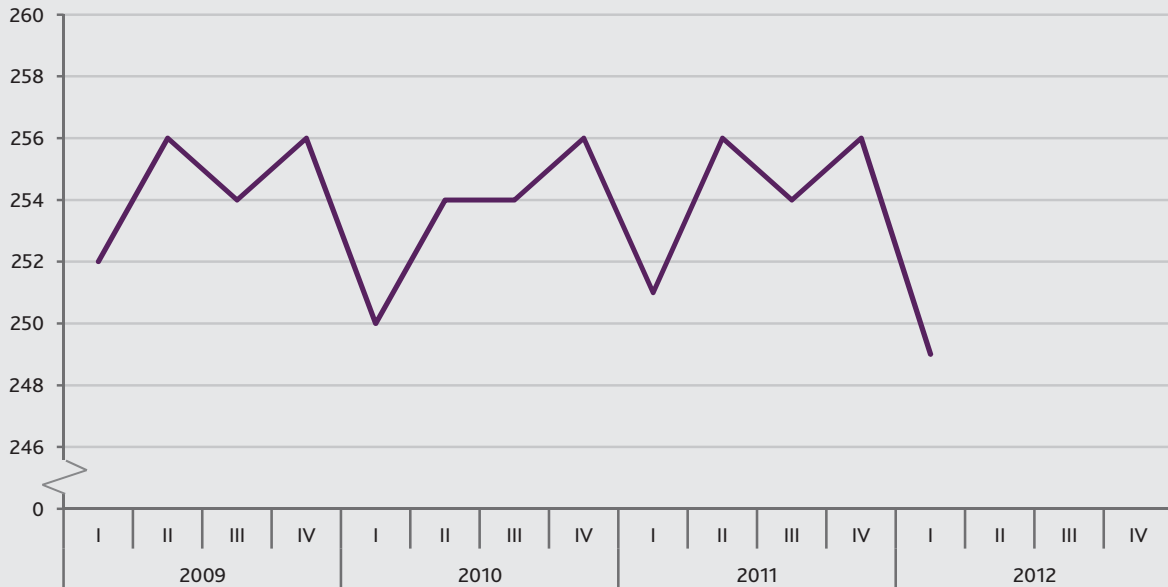
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹ in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2011. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

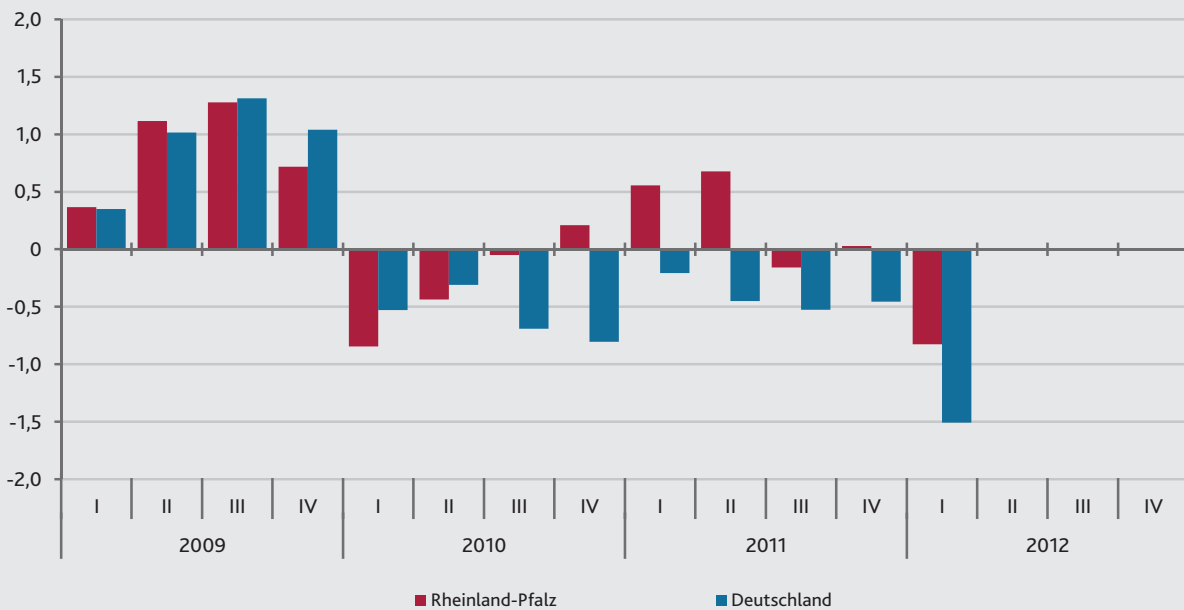
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte¹ am Arbeitsplatz
in 1000



¹ Geringfügig entlohnte Beschäftigung liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt regelmäßig monatlich 400 Euro nicht übersteigt.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

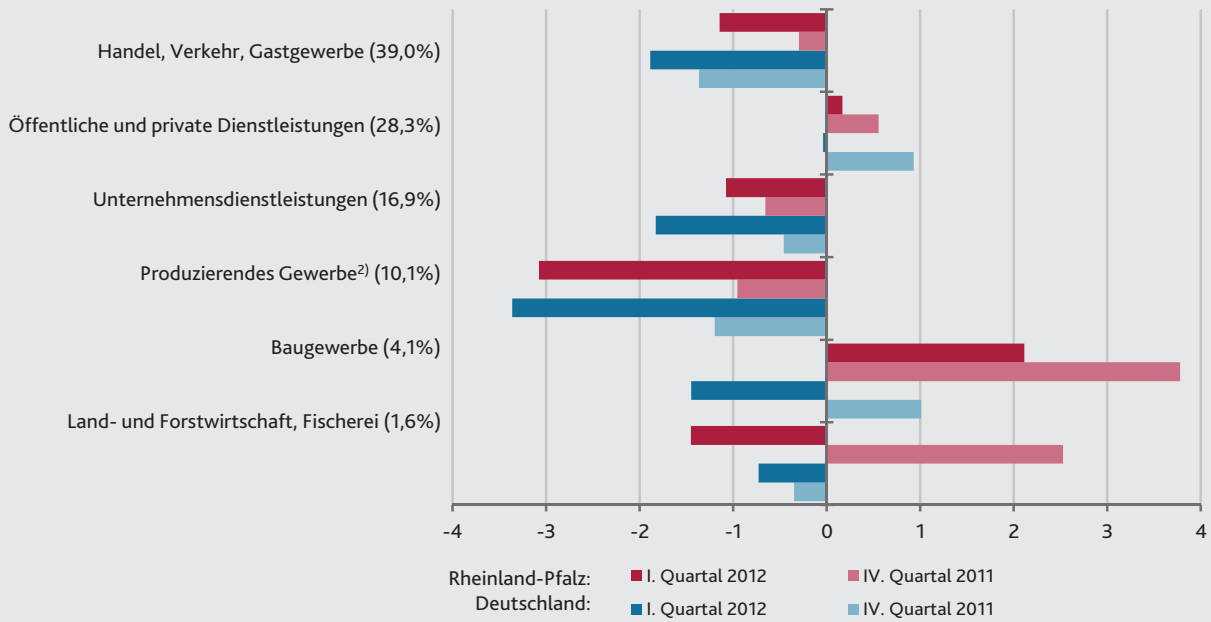
Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

**Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte am Arbeitsplatz nach Wirtschaftsbereichen¹
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



¹ Die Rangfolge der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand: 30. Juni 2011. – ² Ohne Baugewerbe.
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 28. Dezember 2012.

Glossar

Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz ($= \text{Nominalzins} \cdot 100 / \text{Kurswert}$) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials.

Auftragseingang

Unter Auftragseingang werden alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge verstanden.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird unter Ausschaltung der Preisveränderungen in einem Volumenindex auf der Basis des Jahres 2005 (d. h. 2005=100) ausgedrückt.

Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Ausbaugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerberbe, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerei, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst.

Ausschließlich geringfügige Beschäftigung

Eine geringfügige Beschäftigung, die auch als Mini-Job bezeichnet wird, liegt vor, wenn das Arbeitsentgelt 400 Euro im Monat nicht übersteigt. Ausschließlich geringfügig Beschäftigte sind nicht zugleich anderweitig sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten.

Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb stehen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig

zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept).

EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenumsatz gesetzt. Sie ist ein Indikator für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

Gemeldete Arbeitsstellen

Bei den gemeldeten Stellen handelt es sich um ungeforderte Arbeitsstellen ohne selbstständige/freiberufliche Tätigkeiten und ohne Stellen der privaten Arbeitsvermittlung.

Gewerbeanzeigen

Ein Gewerbe ist anzumelden bei Neueröffnung (Neugründung, Gründung nach Umwandlungsgesetz), Zuzug aus einem anderen Meldebezirk (Wiedereröffnung) und Übernahme durch Kauf, Pacht oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschaftereintritt. Gründe für eine Abmeldung sind Aufgabe des Betriebes, Fortzug in einen anderen Meldebezirk (Verlegung) und Übergabe wegen Verkauf, Verpachtung oder Erbfolge, Änderung der Rechtsform oder Gesellschafteraustritt. Die Anzeigepflicht gilt für selbstständige Betriebe wie auch für Zweigniederlassungen und unselbstständige Zweigstellen.

ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklimaindex ist ein Frühindikator für die Konjunkturentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate.

Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

Produktionsindex

Der Produktionsindex für das verarbeitende Gewerbe ist ein wichtiger Indikator für die wirtschaftliche Entwicklung. Er misst die monatliche Produktionsleistung von rund 1 000 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit mehr als 50 Beschäftigten. Bei diesen Betrieben wird monatlich die Produktion industrieller Erzeugnisse wertmäßig erhoben. Die Wertangaben werden mit dem Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um Preisentwicklungen bereinigt. Aus den preisbereinigten Wertangaben werden auf den Monatsdurchschnitt des Jahres 2005 bezogene Messzahlen gebildet. Die Messzahlen werden mit den landesspezifischen Produktionswertanteilen zu Wirtschaftszweigindizes verdichtet.

Produktivität

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebig-

keit des Faktoreinsatzes und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau, die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Energie- und Wasserversorgung.

Teilzeitbeschäftigte

Den Teilzeitbeschäftigten werden alle Arbeitnehmer zugeordnet, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die übliche Wochenarbeitsstundenzahl umfasst, auch die Altersteilzeitbeschäftigten sowohl in der Arbeitsphase als auch in der Freistellungsphase, nicht jedoch die geringfügig Beschäftigten mit

einem Monatsentgelt von insgesamt regelmäßig nicht mehr als 400 Euro.

Umsatz

Als Umsatz der steuerpflichtigen Unternehmen gelten die im Berichtsjahr abgerechneten Lieferungen und Leistungen des nach § 2 Abs. 1 Umsatzsteuergesetz umsatzsteuerpflichtigen Unternehmers an Dritte (ohne Umsatzsteuer), einschließlich der steuerfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Ferner gelten als Umsatz die getrennt in Rechnung gestellten Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren werden von den fakturierten Werten abgesetzt.

Unternehmensinsolvenzen

Die Unternehmensinsolvenz dient zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger durch Verteilung des

Vermögens des Schuldners oder, in einer abweichenden Regelung (Insolvenzplan), zum Erhalt bzw. zur Sanierung des Unternehmens.

Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisentwicklung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex gilt als ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



The image shows a close-up, slightly blurred view of a statistical table. The table consists of several rows and columns of numerical data. The numbers are printed in black on a light-colored background. The values range from approximately 65,000 to 157,000. The table is oriented diagonally, with the top-left corner being the most visible. The numbers are arranged in a grid-like pattern, with some rows having more columns than others. The overall appearance is that of a printed document, possibly a page from a statistical yearbook or report.

20	129 151	130 953	137 842
752	134 121	128 093	128 432
6 058	126 824	133 450	133 520
134 628	134 545	157 284	110 138
157 811	157 827	111 776	77 082
113 466	113 035	80 756	61 111
87 007	84 980	63 568	61 111
65 282	64 829	77 648	61 111
78 320	78 146	92 396	61 111
95 409	94 429	125 873	61 111
	125 677	103 800	61 111
	127 027	69 111	61 111

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern * gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hierzulande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

Bevölkerung

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Juni	Juli	Aug.	Mai	Juni	Juli	Aug.	
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 004 ¹	3 999 ¹	3 999	4 000	4 000	3 997	3 998	3 998	3 999
darunter Ausländer ²	1 000	309 ¹	315 ¹	311	313	313	319	320	321	322

Natürliche Bevölkerungsbewegung³

* Eheschließungen ⁴	Anzahl	1 681	1 684	2 502	2 577	2 709	2 229	2 494	2 253	2 815
* Lebendgeborene ⁵	Anzahl	2 631	2 590	2 735	2 660	2 925	2 617	2 562	2 814	2 838
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	7,9	7,8	8,3	7,8	8,6	7,7	7,8	8,3	8,4
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶	Anzahl	3 622	3 637	3 292	3 087	3 759	3 736	3 269	3 714	3 514
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,8	10,9	10,0	9,1	11,1	11,0	9,9	10,9	10,3
* darunter im 1. Lebensjahr Gestorbene ⁶	Anzahl	8	9	10	6	7	9	12	8	15
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	3,1	3,4	3,7	2,3	2,4	3,4	4,7	2,8	5,3
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 991	- 1 047	- 557	- 427	- 834	- 1 119	- 707	- 900	- 676
je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 3,0	- 3,1	- 1,7	- 1,3	- 2,5	- 3,3	- 2,2	- 2,7	- 2,0

Wanderungen

* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 088	8 807	8 251	9 704	11 140	8 476	8 676	10 937	11 497
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 746	3 307	3 189	3 835	4 143	3 409	3 635	4 265	4 745
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 851	8 153	7 345	8 227	10 206	7 249	7 160	9 696	9 881
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 273	2 325	2 066	2 320	2 969	2 229	2 200	2 797	2 971
* Wanderungsgewinn (+) bzw. Wanderungsverlust (-)	Anzahl	237	654	906	1 477	934	1 227	1 516	1 241	1 616
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁷	Anzahl	12 576	12 938	12 545	13 203	15 348	12 880	12 539	14 882	15 381

Erwerbstätigkeit

Beschäftigte^{8,9}

	Einheit	2009	2010			2011			2012	
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ¹⁰	1 000	1 201	1 218	1 247	1 232	1 237	1 248	1 277	1 263	1 259
* Frauen	1 000	549	558	571	569	570	571	585	584	580

1 Jahresdurchschnitt hier: Bevölkerung am 31.12. – 2 Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3 Monatsergebnisse sind vorläufig. – 4 Nach dem Ereignisort. – 5 Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6 Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7 Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 8 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit. – 9 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 10 Einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

noch: Erwerbstätigkeit**Beschäftigte^{1,2}**

	Einheit	2009	2010			2011			2012	
		30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	
* Ausländer/-innen	1 000	76	78	81	76	79	84	87	82	86
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	242	251	253	255	259	264
* darunter Frauen	1 000	208	214	216	218	221	224
davon nach Wirtschaftsbereichen ³										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1.000	11	11	11	9	11	12	12	9	11
* produzierendes Gewerbe	1 000	404	402	410	404	407	411	419	414	415
* Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	264	265	272	268	267	270	278	274	272
* Erbringung von Unternehmens- dienstleistungen	1 000	176	187	192	188	192	195	201	197	198
* Erbringung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen	1 000	345	353	361	362	362	359	367	369	365

Arbeitsmarkt⁴

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Arbeitslose	Anzahl	119 933	111 054	100 924	101 242	104 438	106 672	104 741	104 492	108 605
* Frauen	Anzahl	55 198	52 451	49 152	48 686	49 429	51 591	50 289	49 902	50 360
Männer	Anzahl	64 735	58 603	51 772	52 556	55 009	55 081	54 452	54 590	58 245
SGB III (Arbeitslosengeld I) ⁵	Anzahl	46 790	40 987	36 323	36 248	38 471	40 323	39 480	40 564	43 717
SGB II (Arbeitslosengeld II) ⁶	Anzahl	73 143	70 067	64 601	64 994	65 967	66 349	65 261	63 928	64 888
* Arbeitslosenquote ⁷	%	5,7	5,3	4,8	4,8	5,0	5,1	5,0	4,9	5,1
* Frauen	%	5,7	5,4	5,0	5,0	5,1	5,2	5,1	5,0	5,1
* Männer	%	5,8	5,2	4,6	4,7	4,9	4,9	4,8	4,9	5,2
* Jüngere von 15–25 Jahren	%	5,5	4,8	4,1	3,9	4,2	4,8	4,2	4,2	4,4
Jüngere von 15–20 Jahren	%	3,5	3,1	2,6	2,5	2,6	3,3	2,6	2,6	2,6
Ältere von 50–65 Jahren	%	6,0	5,8	5,3	5,4	5,5	5,3	5,4	5,4	5,6
Ältere von 55–65 Jahren	%	6,4	6,3	5,8	5,9	6,0	5,9	6,0	6,0	6,2
* Ausländer/-innen	%	12,6	11,8	10,9	11,1	11,4	11,4	11,3	11,4	11,9
Deutsche	%	5,2	4,8	4,4	4,4	4,5	4,6	4,5	4,5	4,6
* Kurzarbeiter/-innen ⁸	Anzahl	21 000	5 754	3 719	3 413	6 329
* Gemeldete Arbeitsstellen ⁹	Anzahl	17 048	21 201	23 369	22 338	20 718	21 222	20 233	19 630	18 429

Soziales**Leistungsbezug nach SGB II¹⁰**

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Personen in Bedarfsgemeinschaften	Anzahl	242 801	225 426	222 339	219 116	217 873	218 236	216 610	214 389	...
* darunter Frauen	Anzahl	123 975	115 815	114 864	113 242	112 601	112 688	112 045	110 995	...
davon										
* erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	172 212	160 240	157 747	155 334	154 381	154 990	153 569	151 903	...
* nicht erwerbsfähige Leistungs- berechtigte	Anzahl	70 589	65 186	64 592	63 782	63 492	63 246	63 041	62 486	...
* darunter unter 15 Jahren	Anzahl	68 100	62 785	62 208	61 418	61 156	60 825	60 687	60 155	...

1 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. – 2 Jahresdurchschnitt: hier Beschäftigte am 30.06. – 3 Abgrenzung nach WZ 2008. – 4 Quelle: Bundesagentur für Arbeit; unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Ergebnisse sind vorläufig. Die jeweils aktuellen Werte sind im Internetangebot der Bundesagentur für Arbeit unter Arbeitsmarkt im Überblick zu finden. – 5 Arbeitslosengeld I ist als Leistung der Arbeitslosenversicherung eine Lohnersatzleistung. – 6 Arbeitslosengeld II bezeichnet die Geldleistungen für erwerbsfähige Hilfebedürftige im Rahmen der Grundsicherung. – 7 Arbeitslose aller zivilen Erwerbspersonen. – 8 Ab Januar 2009 auf neuer methodischer Grundlage. – 9 Ohne geförderte Stellen des zweiten Arbeitsmarktes. – 10 Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Bautätigkeit**(Baugenehmigungen)****Baugenehmigungen für
Wohngebäude**

Einheit	2010	2011			2012					
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	452	552	587	498	487	583	586	528	495
* mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	426	518	540	471	453	542	552	485	459
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	1	2	2	3	1	4	1	1	1
Unternehmen	Anzahl	50	66	57	49	92	40	49	37	38
private Haushalte	Anzahl	401	484	528	446	394	539	536	490	455
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	662	848	940	737	797	862	859	933	839
* Umbauter Raum	1 000 m ³	464	595	662	506	538	629	596	608	578
* Wohnfläche	1 000 m ²	87	112	126	96	106	117	111	113	106
Wohnräume	Anzahl	3 546	4 524	4 988	3 957	4 217	4 586	4 516	4 512	4 332
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	121	156	170	134	143	175	169	164	162

**Baugenehmigungen für
Nichtwohngebäude**

* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	128	135	160	153	155	144	124	156	131
davon										
öffentliche Bauherren und Organisationen ohne Erwerbszweck	Anzahl	17	13	11	17	18	19	9	19	13
Unternehmen	Anzahl	107	116	138	129	124	109	96	124	108
private Haushalte	Anzahl	4	6	11	7	13	16	19	13	10
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	20	35	80	13	8	35	25	3	6
* Umbauter Raum	1 000 m ³	748	977	1 303	863	1 986	1 774	549	603	1 280
* Nutzfläche	1 000 m ²	104	127	186	131	184	211	88	92	196
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	80	88	137	100	113	121	83	65	228

**Genehmigte Wohnungen
(Wohn- und Nichtwohngebäude)**

* Wohnungen (Neubau und Bau- maßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	780	1 008	1 147	866	899	1 013	1 018	1 045	1 007
* Wohnräume (einschließlich Küchen)	Anzahl	4 145	5 236	5 797	4 606	4 762	5 333	5 313	5 183	5 039

Landwirtschaft

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹	t	10 541	11 060	11 588	11 053	11 630	10 630	10 922	10 959	12 265
darunter										
* Rinder insgesamt	t	2 291	2 322	2 028	2 209	2 300	1 660	1 757	1 869	2 440
darunter										
* Kälber ²	t	12	12	10	11	11	5	6	7	9
* Jungrinder	t	9	15	6	5	13	4	6	4	11
* Schweine	t	8 198	8 683	9 507	8 797	9 279	8 927	9 124	9 049	9 725
* Eierzeugung ³	1 000	12 188	13 472	14 715	11 497	11 895	15 867	15 093	13 873	15 106

Produzierendes Gewerbe**Verarbeitendes Gewerbe sowie
Bergbau und Gewinnung von
Steinen und Erden⁴**

* Betriebe	Anzahl	1 006	996	996	999	1 000	1 004	1 004	1 005	1 005
* Beschäftigte ⁵	Anzahl	238 784	244 658	246 845	247 758	248 256	250 096	251 539	251 241	251 050
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	30 349	31 436	32 452	32 726	30 996	30 685	32 422	30 970	32 789
* Entgelte	Mill. EUR	853	928	865	852	867	916	918	895	921
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	6 217	6 918	6 940	7 309	6 752	7 320	7 179	6 803	7 192
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie ⁶	Mill. EUR	3 609	3 888	3 957	4 036	3 743	4 204	4 011	3 742	4 092
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 470	1 778	1 706	1 975	1 746	1 800	1 754	1 814	1 717
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	100	105	102	125	116	83	91	100	110
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 038	1 148	1 176	1 174	1 147	1 233	1 323	1 148	1 274
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	Mill. EUR	2 050	2 208	2 257	2 268	2 093	2 500	2 336	2 131	2 337
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	Mill. EUR	745	912	860	1 052	970	915	945	977	927
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	3 240	3 658	3 556	3 856	3 531	4 069	3 840	3 639	3 774
Exportquote ⁷	%	52,1	52,9	51,2	52,8	52,3	55,6	53,5	53,5	52,5
Index des Auftragseingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2005=100	95,4	99,7	92,3	96,3	91,2	101,0	91,5	85,8	95,9
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2005=100	91,9	90,2	87,9	85,0	79,3	98,9	88,2	81,2	93,4
Investitionsgüterproduzenten	2005=100	96,7	110,8	97,2	107,4	102,7	100,8	90,7	89,5	98,0

1 Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. – 2 Wegen methodischer Änderungen mit den Vorjahresergebnissen nur eingeschränkt vergleichbar. – 3 Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 4 Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten. – 5 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 6 Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 7 Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

noch: Produzierendes Gewerbe

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinn von Steinen und Erden¹

Einheit	2010	2011				2012				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
Gebrauchsgüterproduzenten	2005=100	103,0	111,7	82,2	116,0	106,6	89,0	73,9	94,5	104,6
Verbrauchsgüterproduzenten	2005=100	110,7	106,9	99,2	112,6	110,5	117,5	119,7	95,8	100,1
darunter										
Herstellung von chemischen Erzeugnissen	2005=100	79,3	75,3	71,6	67,3	64,2	85,5	76,0	67,5	80,5
Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen	2005=100	87,1	100,1	82,8	94,4	94,2	97,3	76,8	77,5	92,1

Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Beseitigung von Umweltverschmutzungen²

* Betriebe ³	Anzahl	164	168	167	167	167	172	172	172	172
* Beschäftigte ^{3,4}	Anzahl	9 470	9 495	9 554	9 560	9 643	9 621	9 780	9 790	9 801
* Geleistete Arbeitsstunden ³	1 000 h	1 205	1 193	1 249	1 235	1 150	1 170	1 254	1 191	1 256
* Entgelte ³	Mill. EUR	36	37	33	34	44	36	36	35	46
Stromerzeugung der Kraftwerke für die allgemeine Versorgung ⁵										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	494	419	440	420	448	435	427	421	478
* Nettostromerzeugung	Mill. kWh	480	406	428	408	433	423	411	408	461

Baugewerbe⁶ Bauhauptgewerbe⁷

* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	37 497	38 263	39 123	39 082	38 188	38 861	39 100	38 966	38 848
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 512	3 933	4 605	4 577	4 143	4 187	4 381	4 170	4 523
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 326	1 565	1 822	1 809	1 626	1 784	1 800	1 702	1 886
* gewerblicher Bau ⁸	1 000 h	873	934	1 025	1 029	996	946	1 032	960	1 004
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 313	1 434	1 758	1 739	1 521	1 457	1 549	1 508	1 633
darunter Straßenbau	1 000 h	636	717	909	923	796	714	784	739	802
* Entgelte	Mill. EUR	85	90	95	93	90	94	97	90	96

1 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 50 und mehr Beschäftigten. – 2 Für das aktuelle Kalenderjahr vorläufige Ergebnisse. – 3 Betriebe von Unternehmen der Energie- und Wasserversorgung mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4 Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5 Kraftwerke mit einer elektrischen Leistung ab 1 MW. – 6 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 7 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 8 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post.

noch: Baugewerbe¹**Bauhauptgewerbe²**

Einheit	2010	2011			2012					
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	356	383	434	441	433	427	439	418	475
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	110	124	143	143	126	161	159	144	172
* gewerblicher Bau ³	Mill. EUR	94	104	116	111	122	102	114	109	115
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	151	155	174	187	184	163	166	165	188
darunter Straßenbau	Mill. EUR	70	77	88	99	99	83	83	89	97

**Ausbaugewerbe
(Bauinstallation und sonstiger Ausbau)⁴**

Einheit	2010	2011				2012				
	Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.		
Betriebe ⁵	Anzahl	362	353	355	354	352	352	395	395	395
* Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) ⁵	Anzahl	13 268	13 485	13 199	13 367	13 745	13 629	14 704	14 948	15 138
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 335	4 448	4 257	4 446	4 567	4 523	4 769	4 758	4 930
* Entgelte	Mill. EUR	94	99	92	97	99	107	106	110	112
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	343	375	274	364	387	477	341	459	453

Handel⁶**Großhandel^{P, 7}**

Einheit	2010	2011			2012					
	Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.		
* Beschäftigte	2005=100	118,3	120,9	122,5	122,5	122,5	121,5	122,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	122,7	128,1	130,6	130,0	129,4	130,5	130,2
* Umsatz nominal ⁸	2005=100	113,6	122,3	127,1	140,4	125,3	120,9	124,9
* Umsatz real ⁹	2005=100	103,0	107,0	109,8	122,2	110,4	104,1	106,9

Einzelhandel^{P, 9}

* Beschäftigte	2005=100	105,8	108,2	109,0	108,6	108,8	108,1	109,0	109,0	109,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	107,4	111,0	111,3	111,5	111,5	111,5	110,5	110,3	110,7
* Umsatz nominal ⁸	2005=100	110,8	114,4	115,1	113,9	118,3	113,2	117,9	112,9	122,1
* Umsatz real ⁸	2005=100	106,9	109,0	109,7	107,9	111,9	105,5	109,4	104,4	112,9

1 Ab Januar 2009 wird im Baugewerbe eine revidierte Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) eingesetzt. Die Ergebnisse sind mit denen des Vorjahres weitgehend vergleichbar. – 2 Bau von Gebäuden, Tiefbau, Abbrucharbeiten und vorbereitende Baustellenarbeiten u. a.; nach der Ergänzungserhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Ergebnisse. – 3 Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; Vierteljahresergebnisse. – 5 Am Ende des Berichtsvierteljahres. – 6 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 7 Einschließlich Handelsvermittlung. – 8 Ohne Umsatzsteuer. – 9 Einschließlich Tankstellen.

noch: Handel¹
Kfz-Handel^{P, 2}

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Beschäftigte	2005=100	105,5	107,3	108,6	109,5	109,7	106,6	107,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	127,6	130,4	131,2	134,1	131,3	130,6	129,0
* Umsatz nominal ³	2005=100	92,3	97,4	94,3	100,5	108,7	94,6	91,0
* Umsatz real ³	2005=100	87,6	91,1	88,1	93,5	100,4	87,7	84,2

Gastgewerbe^P

* Beschäftigte	2005=100	105,8	110,4	118,1	116,9	114,3	115,5	117,8	117,0	116,7
darunter Teilzeitbeschäftigte	2005=100	114,9	122,2	132,9	129,9	126,1	128,5	131,4	130,1	129,8
* Umsatz nominal ³	2005=100	101,6	108,2	128,4	125,9	120,1	115,7	125,1	121,4	113,2
* Umsatz real ³	2005=100	92,6	97,2	115,3	111,9	106,7	102,1	110,4	105,6	98,9

Tourismus⁴

* Gästeankünfte	1 000	640	684	954	974	857	840	947	936	...
* darunter von Auslandsgästen	1 000	156	159	268	205	170	271	267	205	...
* Gästeübernachtungen	1 000	1 714	1 794	2 729	2 470	2 265	2 420	2 685	2 418	...
* darunter von Auslandsgästen	1 000	449	448	904	571	465	860	900	571	...

Verkehr
Straßenverkehrsunfälle

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ⁵	Anzahl	1 886	1 931	1 813	2 229	2 203	1 971	1 856	2 105	2 181
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 229	1 318	1 236	1 609	1 613	1 374	1 273	1 576	1 530
* Getötete Personen	Anzahl	17	16	16	16	20	21	26	15	18
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	8	8	9	8	9	8	10	6	8
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	4	4	4	6	8	8	4	6
Radfahrer	Anzahl	1	1	1	1	2	3	4	2	3
Fußgänger	Anzahl	1	2	1	2	1	1	2	3	1
* Verletzte Personen	Anzahl	1 599	1 709	1 604	2 099	2 092	1 749	1 660	1 991	1 983

1 Ab Januar 2009 erfolgt die Abgrenzung nach der WZ 2008; die Ergebnisse des Vorjahres wurden entsprechend umgerechnet. Der Berichtskreis wird ab 2007 jährlich durch Ergänzungsstichproben und ab 2009 durch Stichprobenrotation aktualisiert. Zur Vermeidung von Sprüngen in der Zeitreihe werden die Messzahlen einheitlich auf den Stichprobenstand von 2006 zurückgerechnet. – 2 Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. – 3 Ohne Umsatzsteuer. – 4 Betriebe ab neun Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). Ab Januar 2012 Betriebe ab zehn Betten, einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping) ab zehn Stellplätzen. – 5 Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschadensunfall unter Einfluss berauschender Mittel.

noch: Verkehr**Straßenverkehrsunfälle**

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
schwer verletzte Personen	Anzahl	290	320	320	372	372	334	326	411	373
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	130	147	149	141	152	131	142	129	158
Benutzer motorisierter										
Zweiräder	Anzahl	73	75	74	119	111	109	95	129	110
Radfahrer	Anzahl	43	50	50	76	65	64	52	106	57
Fußgänger	Anzahl	31	34	28	26	24	20	21	28	30

Kraftfahrzeuge¹

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	11 933	12 789	12 048	13 044	12 038	11 994	11 755	11 619	11 892
darunter										
Krafträder	Anzahl	609	608	639	493	285	724	755	456	282
* Personenkraftwagen ²	Anzahl	10 154	10 699	10 092	11 076	10 282	9 933	9 656	9 971	10 350
* Lastkraftwagen	Anzahl	833	1 003	930	1 011	1 017	974	918	824	891
Zugmaschinen	Anzahl	274	403	301	391	396	306	360	287	304

Personenbeförderung

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	53 245	54 787	58 167	55 244	49 859	55 876	56 012	54 910	...
Personenkilometer ³	Mill.	530	537	543	534	478	594	528	455	...

Binnenschifffahrt

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Gütereingang	1 000 t	1 153	1 064	1 212	1 199	1 132	1 080	1 163	1 051	880
* Güterversand	1 000 t	930	778	949	868	827	829	886	853	810

Außenhandel⁴**Ausfuhr (Spezialhandel)⁵**

* Insgesamt	Mill. EUR	3 369	3 737	3 778	3 738	4 031	4 076	4 170	4 030	3 767
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	282	292	287	305	314	306	309	320	294
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	3 052	3 411	3 457	3 401	3 680	3 669	3 751	3 583	3 337

1 Quelle: Kaffahrt-Bundesamt. – 2 Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens acht Sitzplätzen außer dem Fahrersitz; einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 3 Verkehrsleistung berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 4 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 5 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten.

noch: Außenhandel¹Ausfuhr (Spezialhandel)²

Einheit	2010	2011				2012				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	24	23	19	24	25	24	17	18
* Halbwaren	Mill. EUR	152	168	173	182	179	162	184	178	168
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 877	3 220	3 261	3 200	3 477	3 481	3 543	3 388	3 150
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	912	921	889	892	1 010	973	943	1 052	974
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 965	2 298	2 372	2 308	2 467	2 509	2 600	2 336	2 177
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	2 328	2 612	2 612	2 569	2 826	2 768	2 724	2 565	2 505
* darunter in EU-Länder ³	Mill. EUR	2 023	2 235	2 236	2 156	2 401	2 374	2 306	2 172	2 173
Belgien	Mill. EUR	172	184	174	196	197	185	184	193	171
Luxemburg	Mill. EUR	52	58	60	55	64	63	61	61	58
Dänemark	Mill. EUR	34	36	39	39	44	45	39	39	36
Finnland	Mill. EUR	25	29	26	34	30	32	28	32	24
Frankreich	Mill. EUR	370	428	435	394	444	443	448	403	390
Griechenland	Mill. EUR	30	29	24	24	36	36	36	28	36
Großbritannien	Mill. EUR	201	217	213	223	243	232	232	236	223
Irland	Mill. EUR	9	9	8	9	8	10	11	11	9
Italien	Mill. EUR	247	251	280	198	266	247	259	175	225
Niederlande	Mill. EUR	205	221	241	210	226	231	222	235	224
Österreich	Mill. EUR	136	150	140	152	152	163	155	158	145
Schweden	Mill. EUR	58	66	52	68	70	73	48	66	59
Spanien	Mill. EUR	171	183	182	174	195	187	178	151	170
Portugal	Mill. EUR	20	22	21	21	26	22	24	22	20
* Afrika	Mill. EUR	82	90	96	94	93	97	101	97	94
* Amerika	Mill. EUR	452	457	464	477	520	502	646	692	566
darunter nach USA	Mill. EUR	289	278	257	288	326	310	409	487	388
* Asien	Mill. EUR	474	538	553	551	539	656	645	613	548
darunter nach China	Mill. EUR	118	149	164	144	129	186	180	150	126
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	31	40	52	48	52	53	53	62	55

Einfuhr (Generalhandel)²

* Insgesamt	Mill. EUR	2 257	2 625	2 705	2 639	2 731	2 717	2 742	2 508	2 409
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	216	243	229	224	214	285	241	246	199
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. EUR	1 969	2 282	2 395	2 333	2 420	2 253	2 321	2 064	1 987
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	91	126	174	50	187	110	105	95	95
* Halbwaren	Mill. EUR	293	314	342	343	315	329	372	263	256
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 585	1 842	1 879	1 940	1 918	1 814	1 845	1 707	1 636

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27).

noch: Außenhandel¹Einfuhr (Generalhandel)²

Einheit	2010	2011				2012				
		Durchschnitt	Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.	
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	472	520	526	566	517	498	528	513	454
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 113	1 322	1 354	1 375	1 402	1 316	1 316	1 193	1 182
* davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 657	1 893	1 986	1 816	1 996	1 995	1 978	1 812	1 777
* darunter aus EU-Ländern ³	Mill. EUR	1 398	1 595	1 630	1 575	1 621	1 701	1 671	1 502	1 530
Belgien	Mill. EUR	240	275	283	297	277	315	303	276	245
Luxemburg	Mill. EUR	36	44	47	48	47	45	39	44	46
Dänemark	Mill. EUR	24	14	13	17	13	19	17	19	18
Finnland	Mill. EUR	11	12	14	14	12	11	12	15	12
Frankreich	Mill. EUR	225	253	271	232	244	257	258	223	222
Griechenland	Mill. EUR	8	8	10	8	8	6	7	7	7
Großbritannien	Mill. EUR	74	82	75	81	89	98	92	89	96
Irland	Mill. EUR	11	11	10	8	12	11	12	11	11
Italien	Mill. EUR	134	157	172	147	148	163	172	139	139
Niederlande	Mill. EUR	228	262	261	258	274	258	260	202	236
Österreich	Mill. EUR	81	86	84	79	86	97	87	88	90
Schweden	Mill. EUR	27	26	23	23	24	36	32	34	39
Spanien	Mill. EUR	82	96	96	75	98	105	93	81	91
Portugal	Mill. EUR	14	16	16	14	15	18	16	15	20
* Afrika	Mill. EUR	39	52	55	72	49	37	57	45	37
* Amerika	Mill. EUR	229	267	235	257	238	299	289	280	252
darunter aus USA	Mill. EUR	149	184	164	175	162	199	199	184	189
* Asien	Mill. EUR	327	409	424	488	442	379	412	366	337
darunter aus China	Mill. EUR	150	168	160	195	163	154	174	176	145
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	5	5	6	6	8	6	5	6

Gewerbeanzeigen⁴

Einheit	2010	2011				2012				
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Gewerbebeanmeldungen	Anzahl	3 434	3 272	3 434	3 491	3 118	3 128	3 228	2 912	2 961
darunter										
Betriebsgründungen	Anzahl	496	553	552	565	530	527	544	465	493
sonstige Neugründungen	Anzahl	2 415	2 168	2 319	2 379	2 118	2 017	2 158	1 910	1 952
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 934	3 230	3 331	3 620	2 710	3 032	3 174	2 683	2 963
darunter										
Betriebsaufgaben	Anzahl	455	459	412	427	373	469	541	431	409
sonstige Stilllegungen	Anzahl	1 969	2 238	2 389	2 644	1 870	2 050	2 117	1 781	2 045

1 Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht sinnvoll. – 2 Für Antwortausfälle und Befreiungen sind Zuschätzungen bei den EU-Ländern und damit auch im Insgesamt enthalten. – 3 Einschließlich Bulgarien und Rumänien (EU-27). – 4 Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Insolvenzen

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt	Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	
* Insgesamt	Anzahl	670	611	646	604	560	601	644	546	573
davon										
* Unternehmen	Anzahl	113	102	96	107	101	94	105	87	79
* Verbraucher	Anzahl	420	387	414	369	341	373	419	344	383
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	116	102	115	116	94	108	103	100	93
* sonstige natürliche Personen, ¹										
Nachlässe	Anzahl	21	20	21	12	24	26	17	15	18
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	151	93	117	81	153	79	94	109	69

Handwerk²

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
* Beschäftigte ³	2009=100 ⁴	98,4	99,0	98,0	98,5	101,4	99,3	98,8	98,9	...
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) ⁵	2009=100 ⁶	97,7	104,0	84,6	104,6	107,5	118,9	85,3	102,8	...

Preise

	Einheit	2010	2011			2012				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Verbraucherpreisindex (Gesamtindex)	2005=100	107,4	109,9	110,4	110,4	111,2	112,7	112,9	112,6	113,7
* Nettokaltmieten (Teilindex)	2005=100	104,6	105,7	106,2	106,2	106,3	106,8	107,0	107,1	107,2

Verdienste⁷

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
* Bruttomonatsverdienste ⁸ der voll- zeitbeschäftigten Arbeitnehmer ⁹ im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	EUR	3 494	3 593	3 243	3 285	3 288	3 312	3 301	3 356	3 371
* Frauen	EUR	3 002	3 077	2 822	2 843	2 846	2 864	2 871	2 903	2 918
* Männer	EUR	3 686	3 798	3 410	3 460	3 463	3 490	3 475	3 538	3 551
* Leistungsgruppe 1 ¹⁰	EUR	6 039	6 228	5 444	5 535	5 550	5 591	5 704	5 769	5 786
* Leistungsgruppe 2 ¹⁰	EUR	3 971	4 075	3 700	3 762	3 769	3 796	3 821	3 869	3 893
* Leistungsgruppe 3 ¹⁰	EUR	3 057	3 153	2 839	2 889	2 898	2 911	2 846	2 893	2 917
* Leistungsgruppe 4 ¹⁰	EUR	2 502	2 579	2 358	2 398	2 409	2 411	2 390	2 455	2 481
* Leistungsgruppe 5 ¹⁰	EUR	1 867	1 926	1 809	1 829	1 836	1 854	1 866	1 915	1 928

1 Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2 Zulassungspflichtiges Handwerk laut Anlage A der Handwerksordnung (ab 01.01.2004); die Angaben für die letzten zwei Quartale sind jeweils vorläufig. – 3 Am Ende eines Kalendervierteljahres. – 4 30.09. – 5 Vierteljahresergebnis – 6 Vierteljahresdurchschnitt. – 7 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem I. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit der Daten mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 8 Nachgewiesen werden Vierteljahresdurchschnitte ohne Sonderzahlungen. Im Jahresdurchschnitt sind die Sonderzahlungen mit enthalten. – 9 Einschließlich Beamte. – 10 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung; Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte; Leistungsgruppe 3: Fachkräfte; Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer; Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer.

noch: Verdienste¹

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
* Produzierendes Gewerbe	EUR	3 689	3 842	3 353	3 430	3 435	3 449	3 412	3 515	3 523
* Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	EUR	3 425	3 542	3 220	3 230	3 306	3 289	3 327	3 335	3 404
* verarbeitendes Gewerbe	EUR	3 777	3 943	3 424	3 492	3 491	3 508	3 522	3 607	3 600
* Energieversorgung	EUR	5 134	5 173	4 372	4 389	4 487	4 477	4 233	4 330	4 312
* Wasserversorgung ²	EUR	2 912	2 987	2 751	2 772	2 803	2 822	2 878	2 900	2 959
* Baugewerbe	EUR	3 001	3 090	2 815	2 961	2 987	2 981	2 818	3 025	3 113
* Dienstleistungsbereich	EUR	3 354	3 412	3 164	3 180	3 181	3 211	3 228	3 250	3 268
* Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz	EUR	3 256	3 300	2 956	2 983	3 001	3 038	3 109	3 121	3 131
* Verkehr und Lagerei	EUR	2 835	2 888	2 643	2 678	2 679	2 707	2 714	2 758	2 769
* Gastgewerbe	EUR	2 044	2 058	2 004	2 009	2 002	2 004	1 898	1 897	1 893
* Information und Kommunikation	EUR	4 686	4 847	4 197	4 380	4 314	4 359	4 200	4 290	4 313
* Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	EUR	4 528	4 598	3 936	3 962	3 971	3 997	(4 040)	(4 049)	(4 086)
* Grundstücks- und Wohnungswesen	EUR	3 768	3 772	3 474	3 491	3 600	3 577	3 477	3 495	(3 562)
* Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	EUR	3 903	4 022	3 603	3 658	3 652	3 672	3 719	3 802	3 776
* Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	EUR	1 902	1 940	1 866	1 868	1 864	1 902	1 937	1 974	2 010
* öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	EUR	3 260	3 338	3 188	3 194	3 204	3 219	3 227	3 232	3 280
* Erziehung und Unterricht	EUR	3 991	4 040	3 887	3 904	3 919	3 946	3 934	3 935	3 950
* Gesundheits- und Sozialwesen	EUR	3 480	3 567	3 287	3 324	3 369	3 381	3 300	3 332	3 372
* Kunst, Unterhaltung und Erholung	EUR	3 371	3 374	3 173	3 167	3 205	3 228	3 144	3 264	3 290
* Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	EUR	2 802	2 828	2 668	2 657	2 640	2 682	2 829	2 874	2 879

Geld und Kredit³

	Einheit	2010	2011				2012			
		Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	116 827	117 322	116 241	117 085	118 290	117 670	117 908	119 731	118 696
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 434	12 311	12 507	12 777	12 221	11 737	12 113	12 169	11 771

1 Durch strukturelle Veränderungen innerhalb des Berichtskreises ist ab dem I. Quartal 2012 die Vergleichbarkeit der Daten mit früheren Berichtszeiträumen beeinträchtigt. – 2 Einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen. – 3 Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Geld und Kredit¹

Einheit	2010	2011				2012		
	Durchschnitt	31.03.	30.06.	30.09.	31.12.	31.03.	30.06.	30.09.

Kredite an Nichtbanken

mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	13 693	14 643	14 092	14 368	15 191	14 919	15 322	15 413	14 983
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 701	90 369	89 642	89 940	90 878	91 014	90 473	92 149	91 942
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	106 680	107 341	106 664	107 629	107 811	107 259	108 841	110 912	110 406
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	97 386	97 143	96 721	97 134	97 515	97 203	98 754	100 226	99 954
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	9 294	10 198	9 943	10 495	10 296	10 056	10 087	10 686	10 452
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	10 147	9 981	9 577	9 456	10 479	10 411	9 067	8 819	8 290

Einlagen und aufgenommene**Kredite von Nichtbanken**

Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	109 118	111 359	110 049	111 255	111 545	112 585	111 755	111 769	113 388
Sichteinlagen	Mill. EUR	41 764	43 847	43 233	43 891	43 853	44 412	44 477	45 313	47 540
Termineinlagen	Mill. EUR	31 010	30 198	29 690	30 015	30 419	30 667	29 818	29 377	29 346
Sparbriefe	Mill. EUR	7 040	7 672	7 252	7 628	7 825	7 981	7 962	7 870	7 596
Spareinlagen	Mill. EUR	29 304	29 642	29 874	29 721	29 448	29 525	29 498	29 209	28 906
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	106 608	108 983	107 672	108 995	109 181	110 083	109 246	109 216	110 892
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	104 341	106 437	105 248	106 430	107 057	107 012	106 764	106 499	108 148
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	2 267	2 546	2 424	2 565	2 124	3 071	2 482	2 717	2 744
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 510	2 376	2 377	2 260	2 364	2 502	2 509	2 553	2 496

Steuern

Einheit	2010	2011			2012			
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.

**Aufkommen nach
Steuerarten**

Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	3 103	3 398	3 592	3 106	3 416	3 638	3 890	3 175	3 701
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	923	1 002	1 152	532	885	1 073	1 278	763	1 021
Lohnsteuer	Mill. EUR	647	699	559	506	887	985	527	528	990
Lohnsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	133	136	-	-	391	446	-	-	458
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	119	130	409	- 21	- 8	- 32	502	135	- 28
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	63	73	24	18	22	26	34	72	26

¹ Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch: Steuern

Einheit	2010	2011			2012					
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.		
Gemeinschaftsteuern										
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	34	30	6	12	42	47	10	12	53
Abgeltungsteuer-Zerlegung auf Zins- und Veräußerungserträge	Mill. EUR	15	13	0	0	26	33	0	0	36
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	60	69	154	17	- 57	46	204	15	- 19
Körperschaftsteuer-Zerlegung	Mill. EUR	- 2	- 7	-	-	- 49	9	-	-	- 19
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	2 180	2 397	2 440	2 575	2 531	2 566	2 612	2 412	2 680
Umsatzsteuer	Mill. EUR	443	441	417	467	534	493	468	511	494
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 737	1 956	2 023	2 108	1 997	2 072	2 144	1 902	2 186
Zölle	Mill. EUR	181	205	243	228	201	214	229	195	203
Bundessteuern¹	Mill. EUR	114	109	123	94	86	90	130	101	91
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	28	27	26	35	29	27	29	33	32
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	38	38	34	34	32	36	32	37	33
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	40	44	63	26	25	27	69	31	27
Landessteuern	Mill. EUR	45	43	49	52	57	60	53	54	55
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	12	7	15	13	23	19	11	11	16
Grunderwerbsteuer	Mill. EUR	17	20	19	23	20	26	27	29	25
Rennwett-, Lotterie- und Sportwettsteuer	Mill. EUR	12	12	11	12	10	11	10	11	11
Feuerschutzsteuer ¹	Mill. EUR	1	2	1	1	1	1	1	1	1
Biersteuer	Mill. EUR	3	3	3	3	2	3	3	2	3

Einheit	2010	2011				2012				
	Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.		
Gemeindesteuern										
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	5	4	5	6	4	4	5	6
Grundsteuer B	Mill. EUR	111	116	105	115	135	107	113	122	142
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. EUR	366	412	383	411	376	476	394	572	420
sonstige Gemeindesteuern ²	Mill. EUR	9	9	8	9	10	9	9	13	14

¹ Die Versicherungsteuer und die Feuerschutzsteuer werden ab dem 01.07.2010 nicht mehr von den Finanzämtern der Länder, sondern vom Bundeszentralamt für Steuern in Bonn verwaltet. Daher wird die Versicherungsteuer nicht mehr und von der Feuerschutzsteuer nur noch der Zerlegungsanteil nachgewiesen. – ² Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer.

noch: Steuern**Steuerverteilung****Steuereinnahmen der
Gemeinden und Gemeinde-
verbände**

Einheit	2010	2011				2012			
	Durchschnitt	I. Q.	II. Q.	III. Q.	IV. Q.	I. Q.	II. Q.	III. Q.	
Mill. EUR	762	824	557	798	819	1 121	543	1 016	849
Gewerbesteuer (netto) ¹	299	334	352	336	298	352	369	501	314
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	298	320	77	300	329	576	45	337	339
Anteil an der Umsatzsteuer	39	40	12	33	41	75	2	39	33

Einheit	2010	2011			2012				
	Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
Steuereinnahmen des Landes	698	738	660	602	732	798	705	732	751
Landessteuern	45	43	49	52	57	60	53	54	55
Anteil an den Steuern vom Einkommen	335	370	442	171	315	401	501	273	374
Lohnsteuer	213	236	181	158	321	360	168	168	363
veranlagte Einkommensteuer	50	55	174	- 9	- 4	- 13	213	58	- 12
Kapitalertragsteuer	26	31	8	8	8	10	13	35	9
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	15	13	3	5	18	21	5	5	23
Körperschaftsteuer	30	35	77	9	- 29	23	102	8	- 10
Anteil an den Steuern vom Umsatz	301	304	168	326	356	325	152	345	320
Umsatzsteuer	221	211	70	227	261	237	54	246	237
Einfuhrumsatzsteuer	80	92	99	99	95	88	98	100	83
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	4	6	0	14	1	3	0	16	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)	2	2	-	6	0	1	0	5	0
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)	9	11	-	27	2	7	0	31	1
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	2	2	-	6	0	1	0	6	0
Steuereinnahmen des Bundes	1 643	1 808	1 901	1 771	1 773	1 890	2 052	1 699	1 922
Bundessteuern	114	109	123	94	86	90	130	101	91
Anteil an den Steuern vom Einkommen	401	436	502	228	373	461	560	330	434
Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 124	1 257	1 275	1 435	1 313	1 335	1 362	1 252	1 396
Anteil an der Gewerbesteuer- umlage	4	6	- 0	14	1	3	0	16	0

¹ Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Neuerscheinungen im Dezember 2012

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerung der Gemeinden am 30. Juni 2012
Kennziffer: A1033 201221

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten
und Grünland im Dezember 2012
Kennziffer: C2013 201203

Vorläufige Weinmosternernte 2012 (abschließendes
Ergebnis der Ernteberichterstattung im November)
Kennziffer: C2043 201200

Rinderbestände und Rinderhaltungen
im November 2012
Kennziffer: C3073 201222

Größenstruktur landwirtschaftlicher Betriebe 2012
Kennziffer: C4053 201200

Agrarstrukturerhebung – Landwirtschaftszählung 2010 –
Bewässerung, Berufsbildung, Hofnachfolge,
Einkommenskombinationen, Förderprogramme
und erneuerbare Energien der landwirtschaftlichen
Betriebe
Kennziffer: C4693 201001

Gewerbeanzeigen, Unternehmen und Arbeitsstätten, Insolvenzen

Gewerbeanzeigen im Oktober 2012
Kennziffer: D1023 201210

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und
Gewinnung von Steinen und Erden im Oktober 2012 –
Ergebnisse des Monatsberichts für Betriebe mit
50 und mehr Beschäftigten
Kennziffer: E1023 201210

Index des Auftragseingangs für das
verarbeitende Gewerbe im Oktober 2012
Kennziffer: E1033 201210

Ausbaugewerbe im 3. Vierteljahr 2012 –
Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe (Ergebnisse
der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe
bei Betrieben von Unternehmen mit 20 und mehr
Beschäftigten)

Kennziffer: E3023 201243

Elektrizitäts- und Wärmeenergieerzeugung der Kraftwerke
der allgemeinen Versorgung im September 2012
Kennziffer: E4023 201209

Energieverwendung des verarbeitenden Gewerbes
sowie im Bergbau und bei der Gewinnung von Steinen
und Erden 2011

Kennziffer: E4083 201100

Wärmeversorgung 2011

Kennziffer: E4103 201100

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im Oktober 2012
Kennziffer: F2033 201210

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Beschäftigte und Umsatz im Handel
und im Gastgewerbe im August 2012
Kennziffer: G1023 201208

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im September 2012
Kennziffer: H1023 201209

Sozialleistungen

Pflegeeinrichtungen und Pflegegeldempfänger
am 15. bzw. 31. Dezember 2011 –
Ergebnisse der Pflegestatistik
Kennziffer: K2013 201101

Wohngeld 2011

Kennziffer: F2043 201100

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Staatsfinanzen – Jahresrechnungsergebnisse 2010
Kennziffer: L1023 20100

Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in
Deutschland im November 2012
Kennziffer: M1013 201211

Umwelt

Daten zur Abfallwirtschaft 2010
Kennziffer: Q2023 201000

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im September 2012
Kennziffer: Z1013 201209

Sonstige Veröffentlichungen

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz –
Ausgabe Dezember 2012
Kennziffer: Z2201 201212

Statistisches Jahrbuch Rheinland-Pfalz 2012
Kennziffer: Z2101 201200

Faltblatt: Rheinland-Pfalz 2060 – Dritte regionalisierte
Bevölkerungsvorausberechnung (Basisjahr 2010)

Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Erwerbstätige in den kreisfreien Städten und Landkrei-
sen der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 2010 –
Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 1 – Berechnungsstand:
August 2011 (vorläufige revidierte Ergebnisse)
Kennziffer: A6315 201000

Standard-Arbeitsvolumen in den kreisfreien Städten
und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland
2008 bis 2010 – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 2 –
Berechnungsstand: August 2011 (vorläufige revidierte
Ergebnisse)
Kennziffer: A6325 201000

Erwerbstätige in Vollzeitäquivalenten in den kreis-
freien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik
Deutschland – Reihe 2 Kreisergebnisse, Band 3 –
Berechnungsstand: August 2011 (vorläufige revidierte
Ergebnisse)
Kennziffer: A6335 201000

Kulturfinanzbericht 2012
Kennziffer: Z1055 201201

Die Veröffentlichungen stehen im Internet unter www.statistik.rlp.de zum kostenfreien Download zur Verfügung. Die Statistischen Berichte gibt es ausschließlich als PDF-Datei. Alle übrigen Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.
Telefon: 02603 71-2450, Telefax: 02603 71-194322, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Impressum

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Dort können Sie alle Beiträge der Statistischen Monatshefte, die seit dem Jahr 2001 erschienen sind, kostenlos herunterladen.



Herausgeber:
Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz
Mainzer Straße 14-16
56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0
Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: monatsheft@statistik.rlp.de
Internet: www.statistik.rlp.de

Redaktion: Romy Siemens

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Titelfoto: Werner Schwarz, Romantischer Rhein Tourismus GmbH
Autorenfotos: Manfred Riege

Bestellnummer: Z2201
ISSN: 0174-2914

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise: Printausgabe: 60,00 EUR
Online-Abonnement: kostenfrei

Kostenfreier Download im Internet:
www.statistik.rlp.de/veroeffentlichungen/statistische-monatshefte